

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

10–11/2011 · 7. März 2011



Demografischer Wandel

Björn Schwentker · James W. Vaupel

Eine neue Kultur des Wandels

Tilman Mayer

Demografiepolitik – gestalten oder verwalten?

Axel Börsch-Supan

Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels

Norbert F. Schneider · Jürgen Dorbritz

Wo bleiben die Kinder?

Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur

Hans Dietrich von Loeffelholz

Demografischer Wandel und Migration als Megatrends

Thomas Bryant

Alterungsangst und Todesgefahr –
der deutsche Demografie-Diskurs

Editorial

Der demografische Wandel gehört zu den „Megatrends“ unserer Zeit. Seit Jahrzehnten konstant niedrige Geburtenraten und eine immer weiter steigende Lebenserwartung haben die Altersstruktur der Bevölkerung nachhaltig verändert. Der Anteil der älteren gegenüber den jüngeren Menschen wächst beständig, gleichzeitig „schrumpft Deutschland“, weil es immer weniger Nachgeborene gibt. Zugespitzt heißt das: Wir werden immer weniger und immer älter.

Dieser Trend lässt sich vielleicht beeinflussen, aber ihn aufhalten zu wollen, hieße einer Illusion anzuhängen. Denn demografische Prozesse sind äußerst träge, wie auch der Blick zurück beweist: Die bislang letzte Generation in Deutschland, die so viele Kinder bekam, dass die Zahl der Eltern bzw. das „Bestandserhaltungsniveau“ erreicht wurde, erblickte vor über 130 Jahren das Licht der Welt. Es ist also notwendig, sich auf den Wandel, in dem wir uns längst befinden, realistisch einzustellen – anstatt Entwicklungen, die sich kurzfristig ohnehin nicht umkehren lassen, ausschließlich zu beklagen oder gar zu ignorieren.

Während unter Experten Einigkeit darüber zu bestehen scheint, dass ohne verstärkten Fachkräftezugang aus dem Ausland das derzeitige volkswirtschaftliche Niveau kaum zu halten sein dürfte, gestalten sich die politischen Diskussionen darüber äußerst schwierig. Ähnliche Kontroversität versprechen auch andere mögliche Anpassungsmaßnahmen. Zu diesen gehören etwa eine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit und vermehrte Teilzeitarangements, um die Arbeit gleichmäßiger über die Generationen und zwischen den Geschlechtern zu verteilen. Insbesondere Letzteres hätte dabei möglicherweise auch einen positiven Effekt auf die Fertilität, denn gerade an der mangelnden Vereinbarkeit von Beruf und Familie scheitern bislang noch allzu häufig Nachwuchspläne.

Johannes Piepenbrink

Eine neue Kultur des Wandels

Essay

Der demografische Wandel gilt vielen als ein gesellschaftlich erdrückendes Problem. Das ist eines der großen Missverständnisse unserer Zeit.

Björn Schwentker

Geb. 1973; freier Journalist und freier Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock; Ehrenbergstraße 75, 22767 Hamburg. mail@bjoernschwentker.de

James W. Vaupel

PhD, geb. 1945; Direktor des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock, Konrad-Zuse-Straße 1, 18057 Rostock. jwv@demogr.mpg.de

Aus unserer Perspektive ist er nämlich das Gegenteil: Eine große Chance für die entwickelten Länder, ihre Gesellschaften umzubauen, um flexibler und glücklicher zu leben als bisher. Und das auf einem höheren Bildungsniveau.

Der demografische Wandel der Industrienationen hat zwei Hauptkomponenten: Geburtenraten, die häufig unter dem Bestandserhaltungsniveau liegen, und eine zunehmende Lebenserwartung.¹ Während Ersteres zumindest in extremer Ausprägung kein dauerhaftes Phänomen sein dürfte, müssen wir davon ausgehen, dass der Trend zu einem immer längeren Leben anhält. Dass er bisher hauptsächlich als Last gesehen wird, liegt daran, dass die Diskussion bisher oft statisch verläuft: Sie dreht sich nämlich vor allem darum, wie sehr die Alterung für *bestehende* Systeme, wie etwa die Sozialversicherung, eine Gefahr ist. Was wir brauchen, ist eine dynamische Sichtweise. Wir müssen uns fragen: Wie können wir solche Systeme angesichts des demografischen Wandels *verändern*, um eine bessere Lebensqualität zu erreichen?

Uns erwartet nicht nur ein längeres Leben, sondern auch ein längeres gesundes Leben. Dies ist keine Last oder Behinderung, sondern ein Geschenk und eine der größten Errungenschaften der modernen Zivilisation.

Es macht den Weg frei für viele nötige Reformprojekte unserer Gesellschaft. Im Kern wird eine Umverteilung der Arbeit stehen. Das führt zu einem fundamentalen Wandel unserer Lebensplanung.

Was einer Zukunft in Wohlstand und Glück im Weg steht, ist nicht der demografische Wandel selbst. Es ist die Zögerlichkeit der Gesellschaften, sich diesem Wandel anzupassen, der, unaufgeregt betrachtet, weder unnatürlich ist, noch etwas, wovor man sich fürchten müsste. Viele Nationen verharren dennoch in Angststarre. Schuld daran ist eine öffentliche Debatte, in der die Fakten des demografischen Wandels oft missverstanden und negativ, ja apokalyptisch fehlinterpretiert werden. Es ist ratsam, sich nüchtern darauf zu besinnen, was die demografischen Daten aussagen.

Dabei darf allerdings nicht unterschätzt werden, wie stark die andauernde Verlängerung des Lebens die Gesundheit, die Fähigkeiten und das Lebensglück jedes Einzelnen beeinflusst. Sie ist weder zu stoppen, noch wäre das erstrebenswert. Ebenso wichtig: Die Alterung der Gesellschaft als Ganzes wird wesentlich weniger von den derzeit niedrigen Geburtenraten getrieben als von der rasant steigenden Lebenserwartung – also von einem wünschenswerten Prozess.

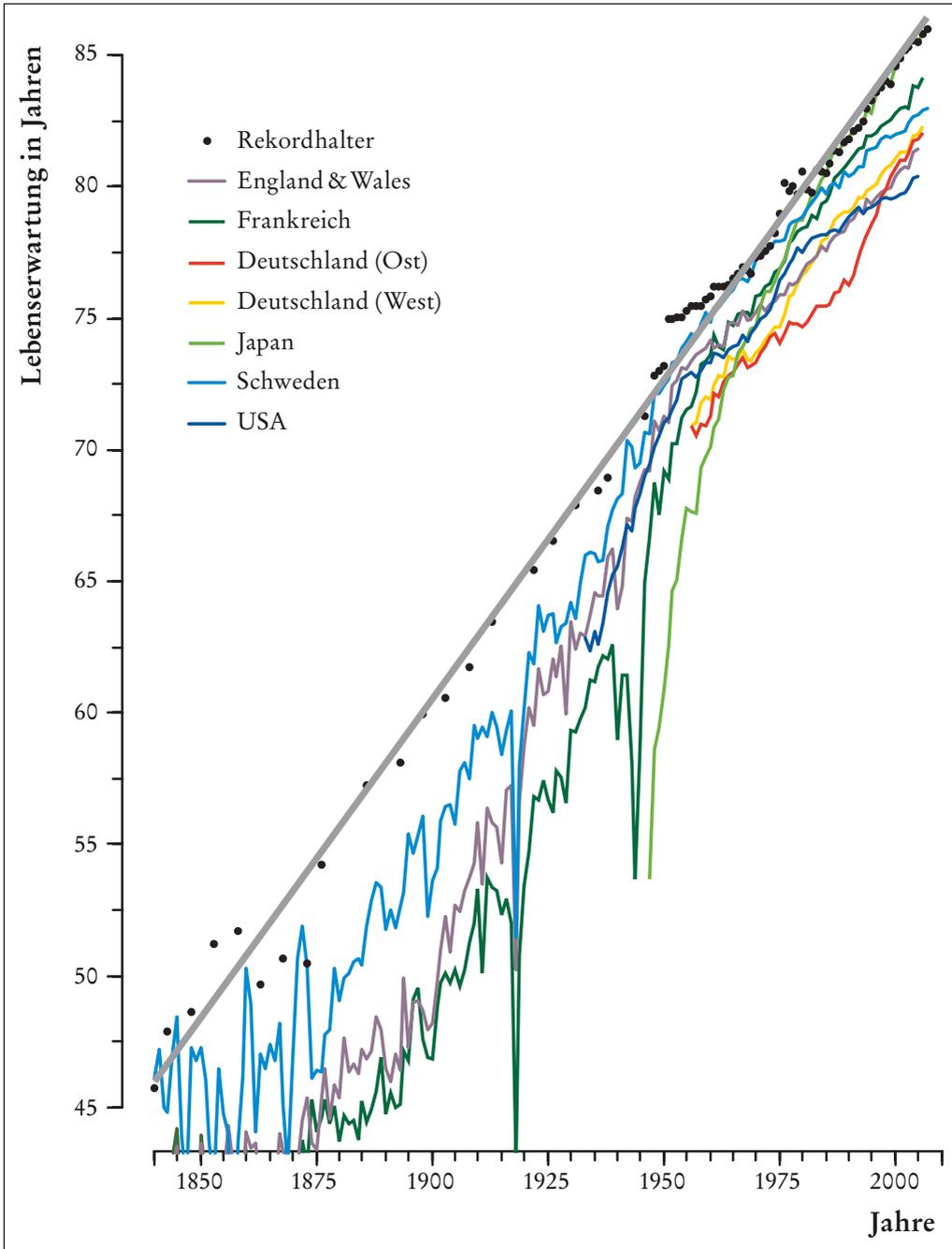
Gesellschaft der Hundertjährigen

Der Zugewinn an Lebenszeit dauert schon lange an und vollzieht sich in hohem Tempo. Allein im 20. Jahrhundert stieg die Lebenserwartung in Deutschland um etwa 30 Jahre. Ähnlich stark nahm sie auch in vielen anderen Staaten Westeuropas, in Australien, den USA, Kanada oder Japan zu. Heute hat ein in Deutschland geborenes Mädchen eine Lebenserwartung von etwa 82 Jahren und sechs Monaten.² Dieser statistische Wert geht allerdings davon aus, dass sich die gesundheitlichen Bedingungen in den nächsten Jahrzehnten nicht weiter verbessern – eine eher unrealistische Annahme.

¹ Das Bestandserhaltungsniveau entspricht einer Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau, für die jede kommende Generation die ihrer Eltern komplett ersetzt.

² Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Grafik: Steigerung der Lebenserwartung



Die Lebenserwartung der Frauen in den rekordhaltenden Ländern (schwarze Punkte) folgt seit über 150 Jahren dem gleichen Trend (graue Gerade): Sie steigt ungebremst um ca. drei Monate pro Jahr. In einzelnen Ländern (farbige Linien) liegt die Lebenserwartung zwar niedriger. Sie hat aber im Laufe des letzten Jahrhunderts aufgeschlossen und steigt in ähnlichem Tempo.

Quelle: K. Christensen et al. (Anm. 3).

Schließlich lässt sich für viele entwickelte Staaten eine rasante Steigerung der Lebenserwartung schon seit mindestens 1850 bele-

gen (*Grafik*). Es zeichnet sich ein schon lange anhaltender Trend ab: Die jeweils Besten im Ländervergleich gewinnen etwa drei Lebens-

monate pro Jahr. Alle zehn Jahre werden wir also mit zweieinhalb zusätzlichen Lebensjahren beschenkt – oder, zugespitzt ausgedrückt, jeden Tag mit sechs Stunden.

Selbst wenn man konservativ schätzt, dass die gesundheitlichen Verbesserungen, die hinter diesem Zugewinn liegen, sich bloß in schwächerem Maße fortsetzen und die Lebenserwartung für die kommenden Jahrzehnte nur um zweieinhalb Monate pro Jahr zulegen, kommt man zu einem beeindruckenden Ergebnis: Ein 2010 in Deutschland geborenes Baby wird mit mindestens 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit hundert Jahre alt.[¶] Die Kinder, die heute auf den Geburtsstationen liegen, sind bereits die Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft der Hundertjährigen.

Gleichzeitig erreichen schon jetzt immer mehr Senioren ein sehr hohes Alter. Weil die verbleibende Lebenserwartung im Verlauf des Lebens steigt, können 65-jährige Frauen heute mit im Durchschnitt 20 weiteren Jahren rechnen, und sogar 85-jährige noch mit sechs. Ein nicht nur langes, sondern sehr langes Leben ist also kein Phänomen der fernerer Zukunft. Es ist bereits Wirklichkeit. Deswegen ist auch der radikale Wandel von Politik und Gesellschaft, den die Erweiterung unseres Lebenshorizontes nötig macht, kein Projekt, das sich für die Zukunft aufheben ließe. Es gilt, dies jetzt anzugehen.

Aber wird die Verlängerung des Lebens nicht bald ein jähes Ende finden, weil es eine biologische Obergrenze für das Alter des menschlichen Körpers gibt? Es sieht nicht danach aus. Immer wieder haben Forscher obere Altersgrenzen postuliert. Doch die ungebremst ansteigende Lebenserwartung hat jede einzelne davon durchbrochen.[¶] Es gibt bis jetzt keinen Befund, der etwas anderes belegt: Unsere Lebensspanne könnte *theoretisch* endlos wachsen.

Dafür spricht auch, wie der Zugewinn an Lebensjahren heute zustande kommt. Bis 1920 nahm die Lebenserwartung vor al-

[¶] Vgl. Kaare Christensen/Gabriele Doblhammer/Roland Rau/James W. Vaupel, Ageing populations: the challenges ahead, in: *Lancet*, (2009) 374, S. 1196–1208.

[¶] Vgl. James Oeppen/James W. Vaupel, Broken limits to life expectancy, in: *Science*, (2002) 296, S. 1029ff.

lem zu, weil die Sterblichkeit von Kindern und Jugendlichen beträchtlich sank. Je weniger Erfolge in diesem Alter erzielt werden konnten, desto wichtiger wurden jedoch die Beiträge aus höheren Altersgruppen. Inzwischen geht die Verlängerung des Lebens zu fast 80 Prozent auf das Konto einer sinkenden Sterblichkeit in der Klasse der über 65-Jährigen. Dabei verliert der Prozess keineswegs an Tempo.

Die jungen Alten kommen

Die Verlängerung der Lebenserwartung findet also sozusagen am „oberen Ende“ des Lebens statt. Die Alten werden in Zukunft noch älter. In der Öffentlichkeit hat diese erfreuliche Entwicklung zu einigen Fehleinschätzungen geführt. Sie sind hauptsächlich auf ein verzerrtes Bild des Alterns zurückzuführen: Das einer senilen Bevölkerung, deren Alte für die Gemeinschaft vornehmlich eine Bürde sind. Symbolhaft haben sich dafür Begriffe wie „Vergreisung“ oder „Überalterung“ der Gesellschaft in der medialen Debatte breit gemacht, verbunden mit den Assoziationen von Krankheit, Schwäche und egoistischem Altersstarrsinn.

Die Diskussion leidet unter einem systematischen Denkfehler: der „Ceteris-Paribus-Logik“, also der irrigen Annahme, dass sich nur ein Parameter ändert, alles andere aber so bleibt, wie es ist. Es wird zwar allgemein akzeptiert, dass wir sehr viel älter werden. Es wird aber ignoriert, dass wir auch sehr viel gesünder altern als früher. Tatsächlich verändert sich das Alter beträchtlich und ist gleichzeitig von uns selbst veränderbar. Es ist plastisch.

Es gibt begründete Hoffnung, dass sich die Lebensspanne, innerhalb derer wir noch gesund, leistungs- und arbeitsfähig sind, genauso schnell erweitert wie die Lebenserwartung steigt. Grob gesprochen ist damit ein heute 50-Jähriger so fit wie noch 1970 ein 40-Jähriger oder ein 65-Jähriger so gesund wie ein damals 55-Jähriger. Das Alter wird also immer aktiver und agiler, und Alte können (und wollen) gesellschaftlich mehr Verantwortung übernehmen als früher. Mit dieser Einsicht verliert der demografische Wandel sofort eine Menge des ihm zu Unrecht zugeschriebenen Schreckens.

Wieso dürfen wir so optimistisch sein? In der Tat ist wissenschaftlich noch nicht geklärt, wie genau sich Alterskrankheiten und funktionale Behinderungen im Licht der steigenden Lebenserwartung entwickeln. Es steht außer Frage, dass der Körper zum Ende des Lebens hin abbaut. Wir alle altern, und manche sind schon in frühem Alter von körperlichem Leid betroffen. Aber der große Trend ist ein anderer. Es scheint realistisch, davon auszugehen, dass der Anteil der kranken und schwachen Jahre am Lebensende im Verhältnis zur gesamten Lebenszeit immer kleiner wird.

Ein starkes Indiz dafür ist die Entwicklung der Mortalität, also der Wahrscheinlichkeit, in einem bestimmten Lebensjahr zu sterben. Sie gilt als einer der verlässlichsten Indikatoren für die Gesundheit. Würden wir tatsächlich, entsprechend der gängigen Vorstellung, mit steigender Lebenserwartung immer länger siech und schwach sein, dann wäre dies die Folge eines Alterungsprozesses, der sich verlangsamt. Die körperliche Entkräftung, die wir bisher zwischen 70 und 80 erfahren haben, erlitten wir dann beispielsweise von 70 bis 85. Die Rate, mit der unsere Sterbewahrscheinlichkeit im Alter ansteigt, müsste dann abflachen. Dies ist aber nicht der Fall, wie die Mortalitätsdaten belegen: Die Änderungsrate der Sterbewahrscheinlichkeit bleibt gleich, die Mortalitätskurve verschiebt sich einfach nur in ein höheres Alter. Das heißt: Der Alterungsprozess geht nicht langsamer, der körperliche Verfall beginnt nur später.[¶] Der Tod stellt sich also nicht langwieriger und schleicher ein, er wird lediglich aufgeschoben. Darum ist es sehr wahrscheinlich, dass sich die gesunde Lebensspanne in gleichem Maße verlängert.

Schwieriger ist es, die Zunahme der Gesundheit im Alter direkt zu erfassen. Zunächst sieht nämlich alles nach dem Gegenteil aus. Die Literaturlage ist zwar teils widersprüchlich, doch es kristallisiert sich heraus, dass viele, insbesondere chronische Erkrankungen im Alter häufiger werden: etwa Herz-Kreislauf-Krankheiten, Krebs, Demenz oder auch Übergewicht. Doch viele Krankheiten werden heute früher und besser erkannt,

und tauchen darum in den Statistiken häufiger auf. Gleichzeitig werden sie immer früher und besser behandelt.

Ständige Fortschritte in der Medizin haben dazu geführt, dass viele Alte heute zwar in den Augen der Gesundheitsstatistik krank, aber durchaus fit sind. So lässt sich etwa mit einem Schrittmacher trotz Herzschwierigkeiten noch sehr lange und gut leben. Und künstliche Gelenke halten immer mehr Rentnerinnen und Rentner mobil, obwohl ihr Knie oder ihre Hüfte eigentlich verschlissen sind. Für medikamentöse und andere medizinische Behandlungsformen gelten ähnliche Effekte. Anders ist nicht zu erklären, wieso die Mortalität so eindeutig sinkt, während die Häufigkeit vieler Krankheiten steigt.[¶]

Es ist wahrscheinlich, dass sich der Alterungsprozess auch in Zukunft weiter aufschiebt; die Voraussetzungen dafür werden immer besser: Die Medizin wird sich weiter entwickeln und das Streben nach gesünder Ernährung und Lebensweise lag selten so sehr im Trend wie heute. Hier gibt es viel Potenzial nicht nur in den höheren Altersgruppen, sondern auch unter den Jugendlichen. Sie können das Alter künftig in noch besserem körperlichem Zustand erreichen, wenn es gelingt, einige unvernünftige Lebensweisen zu bekämpfen, wie etwa Rauchen, übermäßigen Alkoholkonsum, Mangel an Bewegung oder Übergewicht.

Kontra statisches Katastrophendenken

Doch was nun? Es gilt, die Tatsache, dass wir immer gesünder alt werden, in handfeste Politik umzusetzen. Nimmt man lediglich zur Kenntnis, dass die Lebenserwartung steigt, ignoriert aber sowohl, dass Menschen länger gesund sind und darum länger arbeiten können, als auch, dass sich das Rentenalter entsprechend anpassen lässt, muss man zwangsläufig folgern, dass das Sozialversicherungssystem zerbrechen wird. Der öffentliche Diskurs hat diese Denkweise mit Hilfe eines numerischen Symbols zementiert: Dem sogenannten Altersquotienten, dem Verhältnis von Rentnern zu Rentneinzahlern.

¶ Vgl. James W. Vaupel, *Biodemography of human aging*, in: *Nature*, (2010) 464, S. 536–542.

¶ Vgl. K. Christensen et al. (Anm. 3).

2008 lag dieses Verhältnis bei 34 Prozent.^f Die Trennlinie zwischen Alt und Jung lag dabei, wie meistens unterstellt, bei 65 Jahren, dem heutigen Renteneintrittsalter. Die ganze Dramatik des „Rentenproblems“ scheint deutlich zu werden, wenn man, wie in der gegenwärtigen Debatte üblich, in den Berechnungen das Renteneintrittsalter bei 65 Jahren belässt und nur die Lebenserwartung steigen lässt (Ceteris-Paribus-Fehler). Für das Jahr 2030 kommt man so auf eine Prozentzahl von 53, und 2060 würden hundert Renteneinzahler schon für 67 Pensionäre aufkommen müssen.^g In solch einem Szenario können die Alten nur als Belastung empfunden werden.

Ganz anders sieht es aus, wenn man das Rentenalter als variabel begreift. Schon die Rente mit 67, die bis 2029 umgesetzt sein soll, führt für 2060 zu einem niedrigeren Altenquotienten von 60 Prozent. Angesichts einer gesunden Lebenserwartung, die nicht aufhört zu steigen, ist allerdings letztlich jede feste Altersgrenze fragwürdig – sei sie nun 65 oder 67. Demografen aus Österreich und den USA haben ausgerechnet, was passieren würde, stiege die Rentenaltersgrenze so schnell wie die Lebenserwartung: Der Quotient nimmt dann zwar zunächst bis auf ein Maximum von knapp 40 Prozent im Jahr 2040 zu, wenn die Babyboomer in ein höheres Alter kommen. Danach aber schrumpft er und fällt auf etwa 30 Prozent am Ende des Jahrhunderts. Wenn die Babyboomer sterben, erlebt Deutschland also eher eine Verjüngung als eine Vergreisung.^h

Verkehrte Welt? Keineswegs. Absurd ist vielmehr die politische Praxis: Seit etwa hundert Jahren liegt das Renteneintrittsalter in Deutschland bei 65. Die Lebenserwartung ist seitdem aber um 30 Jahre gestiegen. Als die Rentenversicherung 1913 eingeführt wurde

^f 34 Menschen im Alter von 65 Jahren und mehr („Rentner“) kamen auf Hundert Personen zwischen 20 und 64 Jahren („Renteneinzahler“).

^g Vgl. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden 2009, Variante 1-W1.

^h Für diese Berechnung wurde angenommen, dass die deutsche Geburtenrate von derzeit etwa 1,4 Kindern pro Frau auf 1,6 im Jahr 2082 steigt. Vgl. Waren C. Sanderson/Sergei Scherbov, Average remaining lifetime can increase as human populations age, in: *Nature*, (2005) 435, S. 811 ff.

und die Menschen etwa 50 Jahre lang lebten, war die Grenze von 65 Jahren ebenso wenig berechtigt wie heute bei einer Lebenserwartung von etwa 80.

Rentenalter abschaffen

Wie könnte ein sinnvolles System aussehen? Klar ist, dass Menschen länger arbeiten können, müssen und auch wollen. Wer mit der Aussicht auf ein hundertjähriges Leben geboren wird, den dürfte die Perspektive, 35 Jahre ohne die Herausforderung und Verantwortung eines Jobs zu verbringen, nicht besonders reizen. Aus Sicht des Staates ist es am einfachsten, das Rentenalter heraufzusetzen. Doch um wie viel? Inzwischen ist zwar in Deutschland eine Anhebung auf 67 Jahre beschlossen. Doch das kann nur ein erster Schritt sein. Denn so lange die Lebenserwartung weiter steigt, wird jedes fixe Rentenalter, egal wie hoch, von der demografischen Dynamik eingeholt, und das Missverhältnis von Rentenbeziehern zu Renteneinzahlern wird sich immer wieder neu aufbauen.

Verhindern ließe sich das durch eine dynamische Rentenregel: Die Altersgrenze würde dabei nach einer gesetzlich festgelegten Formel kontinuierlich angehoben. Ein solches Gesetz wäre auch politisch dauerhafter und effizienter, als sich immer wieder auf die Änderung eines fixen Altersschemas einigen zu müssen. Wie die teilweise erregte Diskussion um die Rente mit 67 zeigt, besteht die Gefahr, dass solche Schemata schon in der langen Einführungsphase angepasst werden müssen.

Wie eine dynamische Rentenregel gestaltet wird, lässt sich nur im gesellschaftlichen Diskurs festlegen. Im Extremfall ließe sich das Rentenalter direkt an die Lebenserwartung koppeln, dann stiegen beide Werte proportional. Das hat der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen gerade seinen Landsleuten für die Zeit nach 2030 ans Herz gelegt.ⁱ Eine Alternative schlägt der deutsche Ökonom Axel Börsch-Supan vor: Man könnte die hinzukommenden Lebensjahre nach einem festen Verhältnis auf Arbeits-

ⁱ Vgl. Gunnar Herrmann/Thomas Öchsner, Jetzt neu: Rente mit 74, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 27.1.2011, S. 17.

und Pensionszeit verteilen.¹¹ Rechenbeispiel: Wählte man die heutige Aufteilung von etwa 2:1 bei einer konservativ geschätzten Steigerung der Lebenserwartung von zwei Jahren pro Jahrzehnt, so läge das Renteneintrittsalter 2030 bei 67 Jahren und acht Monaten und 2050 bereits bei 70 Jahren und vier Monaten. 2050 hätten Frauen dann schon eine Lebenserwartung von 90, Männer von 85 Jahren.

Für deutsche Politikerinnen und Politiker sind solche Vorschläge bislang tabu. Hält sich doch hartnäckig die Überzeugung, Menschen jenseits der 65 seien nicht mehr belastbar und zu wenig produktiv, um gewinnbringend am Wirtschaftsprozess teilnehmen zu können. Die Ergebnisse der Altersforschung zeichnen hier ein differenzierteres Bild: Es ist richtig, dass Ältere weniger körperliche Kraft haben als Jüngere und einige ihrer kognitiven Fähigkeiten nachlassen. Gleichzeitig haben sie aber mehr Erfahrung und soziale Kompetenz. Wiederholt haben Untersuchungen ergeben, dass daher Teams gemischten Alters produktiver sind als Gruppen allein aus jungen Kollegen.¹²

Dazu passen Forschungsergebnisse, die zeigen, dass Ältere zwar mehr Fehler machen, aber für das Unternehmen weniger folgenschwere als ihre jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.¹³ Inwieweit Produktivität tatsächlich vom Alter abhängt, wird sich erst herausfinden lassen, wenn alle Altersklassen durch lebenslange Weiterbildung auf dem gleichen Wissensstand sind. Denn momentan kommen die Jungen gerade aus der Ausbildung, und ihr frisches Wissen führt vergleichsweise leicht zu Innovationen. Ältere Mitarbeiter, deren letzte Schul- oder Vorlesungsstunde Jahrzehnte zurück liegen kann, sind demgegenüber erheblich im Nachteil.

Während zwar im Durchschnitt alle immer gesünder alt werden, schwankt die individuelle Leistungsfähigkeit von Person zu Person. Insbesondere können und wollen einige län-

ger arbeiten als andere. Geeigneter als eine dynamische Rentenregel wäre darum eine radikalere Lösung: Das Renteneintrittsalter ganz abzuschaffen.¹⁴ Die Menschen könnten dann arbeiten, so lange sie wollen. Das sollte man ihnen unbedingt erlauben. Momentan muss, wer in Deutschland länger als bis 65 arbeiten will, im Normalfall um eine Ausnahmeregelung kämpfen. Denn die meisten Arbeitsverträge enden automatisch mit dem gesetzlichen Rentenalter.¹⁵

Mit dem Rentenalter würde gleichzeitig eine „magische Zahl“ abgeschafft, die in der öffentlichen Wahrnehmung für den Beginn der persönlichen Arbeitsunfähigkeit steht. Alle Menschen derart über einen Kamm zu scheren, wird den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Bürger nicht gerecht. Ohnehin verstellt eine auf das Rentenalter fokussierte Debatte den Blick darauf, dass es um viel mehr geht: Was vor uns liegt, ist eine komplette Neuorganisation des Arbeitslebens.

Umverteilung der Arbeit

So wie das 20. Jahrhundert das der Umverteilung von Wohlstand war, wird das 21. das der Umverteilung von Arbeit sein. Welches Potenzial die brachliegende Arbeitskraft der Älteren birgt, zeigt eine Modellrechnung des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung:¹⁶ Selbst wenn man das Rentenalter nicht erhöhen wollte, wäre es möglich, die wirtschaftliche Arbeitsleistung pro Kopf bis 2025 auf dem Niveau von 2005 zu halten. Dazu müssten nur die 50- bis 60-Jährigen so viel arbeiten wie derzeit die 35- bis 49-Jährigen. Das wären im Durchschnitt 30 Stunden pro Woche, und nicht wie heute bloß acht. Die 60- bis 65-Jährigen müssten auf 20 Stunden aufstocken.¹⁷

¹⁴ Flankierend wären Renten-Abschläge bei zu früher Verrentung nötig, denn der Staat muss Anreize für Arbeit setzen, nicht aber für Frühpensionierung.

¹⁵ Der Europäische Gerichtshof hat gerade festgestellt, dass dies rechtens und keine Diskriminierung des Alters ist. Vgl. EuGH-Urteil vom 12. 10. 2010 (Az: C45/09).

¹⁶ Vgl. James W. Vaupel/Elke Loichinger, Redistributing work in aging Europe, in: *Science*, (2006) 312, S. 1911 ff.

¹⁷ Die Wochenarbeitszeiten sind Mittelwerte über alle Menschen in der jeweiligen Altersklasse, einschließlich derjenigen, die gar nicht arbeiten.

¹¹ Vgl. Axel Börsch-Supan, Über selbststabilisierende Rentensysteme, MEA Discussion Paper, (2007) 133.

¹² Vgl. Christian Göbel/Thomas Zwick, Which Personnel Measures are Effective in Increasing Productivity of Old Workers?, ZEW Discussion Paper, (2010) 10–069.

¹³ Vgl. Axel Börsch-Supan/Matthias Weiss, Productivity and the Age Composition of Work Teams: Evidence from the Assembly Line, MEA Discussion Paper, (2007) 148.

Viel attraktiver wäre aber ein echte Umverteilung: Es würde ausreichen, wenn alle im Alter von 20 bis 65 nur 25 Stunden pro Woche arbeiteten – vorausgesetzt, Menschen bis 70 Jahre beteiligten sich auch zu einem kleineren Teil.

Die Zukunft der Arbeit wird wesentlich auf Modellen der Teilzeitarbeit beruhen, und nicht mehr wie heute die Vollzeitarbeit zur – insbesondere für Männer – sozialen Norm erheben. Viele Menschen in ihren 60ern und 70ern wollen arbeiten, aber nebenher auch genug Freizeit haben. Und künftige Alte dürften viel eher gewillt sein, bis 70 und weit darüber hinaus zu arbeiten, wenn sie nicht in jüngeren Jahren unter dem Druck eines Vollzeitjobs und gleichzeitiger anderer Verpflichtungen in der „Rushhour des Lebens“ vitale Energie gelassen hätten.

Wie wollen wir leben?

Lässt man die Ceteris-Paribus-Beschränkungen fallen, wird sichtbar, welche Chancen der demografische Wandel birgt. Mit Blick auf das gesellschaftliche Ganze mag es eine ungewöhnliche Idee sein: Dass ausgerechnet jetzt ein hervorragender Zeitpunkt ist, um umzudenken und unsere Art zu leben und zu arbeiten grundlegend umzukrempeln und so zu verbessern. Aus individueller Sicht läuft es aber genau darauf hinaus. Jedes heute in Deutschland geborene Kind wird sich, sobald es begreift, dass es hundert Jahre vor sich hat, fragen: Wie will ich eigentlich leben? Wie will ich mein Jahrhundert verbringen, wie meine Lebenszeit einteilen? So wie bisher sicherlich nicht.

Die traditionelle Aufteilung des Lebens in die drei Abschnitte Lernen – Arbeit – Freizeit wird aufbrechen. Es war eigentlich noch nie sinnvoll, die gesamte Ausbildung in die zwei ersten Lebensjahrzehnte zu stecken (und danach nicht oder kaum weiter zu lernen), in die nächsten drei oder vier Jahrzehnte maximale Arbeitslast und Elternschaft gleichzeitig hineinzudrängen, um dann in Rente zu gehen und endlich Zeit zu haben, wenn man sie für die Kinder gar nicht mehr braucht.

Künftig werden sich Arbeit, Ausbildung, Freizeit und Zeit für Kindererziehung im Lebensverlauf zu den verschiedensten Zei-

ten stark vermischen. Das bedeutet erhebliche strukturelle Veränderungen für jeden der Bereiche. Die Wirtschaft wird sich darauf einstellen müssen, die Arbeit besser an den Zeitbedürfnissen der Menschen zu orientieren und Vollzeitjobs in großem Stil in Teilzeitjobs umwandeln. Der Staat könnte dies flankieren durch Maßnahmen wie lebenslange Arbeitszeitkonten und fiskalische Anreize.

Das Bildungssystem würde dann in 50 Jahren nicht mehr wiederzuerkennen sein – im positiven Sinn. Lebenslanges Lernen könnte vom Schlagwort zur Realität geworden sein. Universitäten und andere Bildungseinrichtungen würden von Menschen jeden Alters besucht, und regelmäßige, häufige und gründliche Weiterbildung sollte von den Arbeitgebern nicht nur toleriert, sondern gefordert und bezahlt werden. Unternehmen, die ihre Leistung steigern wollen, würden zudem erkannt haben, dass Weiterbildung allein nicht reicht. Es wäre üblich, dass sich mit mehr Wissen auch die Tätigkeiten der Mitarbeiter verändern und ihre Verantwortung wächst. Das Forschungsfeld zur Produktivität der Ressource Mensch wird boomen und seine Erkenntnisse die Arbeitswelt weiter verändern. Bildung wird die wertvollste Währung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt sein.

In der Wissenschaft häufen sich erste Hinweise, dass mehr Bildung und kürzere Arbeitszeiten, verteilt über ein längeres Arbeitsleben, sowohl Lebenserwartung als auch Gesundheit weiter steigern können. Wenn wir es richtig angehen, könnte die als so negativ abgestempelte Alterung zu einem äußerst produktiven Prozess mit positiver Rückkopplung werden.

Neues Kinderglück

Chancen ergeben sich auch für das neben dem Altern zweite große Thema des demografischen Wandels: Das Geburtenverhalten. Wenn sich die Arbeitszeit gleichmäßiger über das Leben verteilt, könnte das die Geburtenrate nach oben treiben. Denn dann müssen junge Menschen weniger arbeiten, haben wieder Zeit für Kinder, und die Belastung für beide Geschlechter, gleichzeitig Job und Elternschaft zu meistern, nimmt spürbar ab.

Auch wenn die Kinderzahl pro Frau in Deutschland seit etwa 40 Jahren bei ungefähr 1,4 liegt, wünschen sich junge Paare weiterhin mehr Kinder. Viele von ihnen können ihre Kinderwünsche nur derzeit nicht umsetzen. Damit sie es in vollem Umfang tun, muss sich auch die Geschlechterkultur wandeln. So scheinen Paare eher Nachwuchs zu planen, wenn Frauen und Männer in Gesellschaft und Partnerschaft gleichberechtigt leben.¹⁸

Auch hier hilft die Umverteilung der Arbeit. Wenn sie nämlich nicht nur entlang des Lebensverlaufs, sondern auch zwischen den Geschlechtern gelingt. Das ist schon deswegen nicht nur ein moralisches, sondern auch ein ökonomisches Gebot, weil die Wirtschaft auf die Expertise und Arbeitskraft der gut ausgebildeten Frauen nicht länger verzichten kann. Die Neuorganisation der Arbeitswelt wird darum notwendigerweise auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Es wäre deswegen nicht verwunderlich, wenn es in Deutschland in absehbarer Zeit mehr bezahlbare, akzeptable und ausreichend flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten gäbe als heute vorstellbar. Käme es so, dürfte das die Geburtenraten ebenfalls klettern lassen.¹⁹

Es ist nicht zuletzt die Lebensperspektive, ein sehr hohes Alter zu erreichen, die das Geburtenverhalten nachhaltig beeinflussen könnte: In einem Leben von hundert Jahren sind zwei Jahrzehnte aktiver Kindererziehung ein vielleicht entbehrungsreicher, aber doch nur kurzer Abschnitt. Danach wird Nachwuchs vor allem als Bereicherung empfunden. Die Freude an Enkeln und Urenkeln gibt dem Kinderkriegen eine ganz neue Relevanz. Die Antizipation dieser Freude wird ein zunehmend wichtiger Grund werden, die Elternschaft anzugehen.

¹⁸ Vgl. Gerda Neyer/Dorothea Rieck, Moving towards Gender Equality, in: UNECE (ed.), How Generations and Gender shape Demographic Change (Conference Proceedings), Genf 2009.

¹⁹ Nachdem lange Zeit wissenschaftlich schwer belegbar war, dass mehr Kinderbetreuung tatsächlich zu mehr Kindern pro Paar führt, ließen sich erst kürzlich deutliche Effekte nachweisen. Vgl. Ronald R. Rindfuss/David K. Guilkey/S. Philip Morgan/Øystein Kravdal, Child-Care Availability and Fertility in Norway, in: Population and Development Review, 36 (2010) 4, S. 725–748.

Aus diesem Blickwinkel erscheint übrigens auch ein „Krieg der Generationen“ unwahrscheinlich, in dem die Mehrheit der Alten den Jungen die Ressourcen streitig macht und eine staatliche Umverteilung zu ihren Gunsten durchsetzt. Wie Untersuchungen über die Einstellungen zu Generationenfragen zeigen, denken Eltern und Großeltern anscheinend eher altruistisch, wenn es um Transfers an die Jüngeren geht. Sie stimmen etwa wesentlich häufiger für die Finanzierung von Elterngeld, flexible Arbeitszeiten für Eltern oder Investitionen in Kinderbetreuung als Kinderlose.²⁰ Zu einer „Kultur der Kinderlosigkeit“, die einige befürchten, wird es jedoch nicht kommen. Viel wahrscheinlicher ist das Gegenteil.

Eine Kultur des Wandels

Alles nur Vision? Höchstens teilweise. Es ist wahrscheinlich unmöglich, die Bürgerinnen und Bürger moderner Gesellschaften dauerhaft an der Erfüllung ihrer grundlegenden Bedürfnisse zu hindern. Wenn das Leben selbst (nämlich unser Alter und Geburtenverhalten) sich so stark verändert wie im demografischen Wandel, dann ist ausgeschlossen, dass sich die gesellschaftlichen Systeme und Organisationsstrukturen einer ebenso grundlegenden Veränderung langfristig widersetzen. Ihr Wandel wird kommen. Die Frage ist nur, wie wir diesen Wandel vernünftig formen.

Diese Frage müssen wir heute angehen, weil Langlebigkeit kein Zukunftsszenario ist, sondern bereits Realität. Wie wir sie jetzt und in den kommenden Jahrzehnten beantworten, wird die kulturelle Herausforderung des 21. Jahrhunderts sein. Die Chancen stehen gut, dass sie künftig besser gemeistert werden, als wir das heute glauben würden. Die kommenden Generationen werden besser und breiter gebildet sein als wir. Wir dürfen hoffen, dass sie ein tieferes Verständnis dafür haben, dass die Art, wie wir zusammen arbeiten und leben, durch dynamische statt statische Regeln bestimmt sein muss. Das wäre eine zukunftsfähige Kultur des Wandels.

²⁰ Vgl. Harald Wilkoszewski, Alte versus Junge, in: Manuela Glaab/Werner Weidenfeld/Michael Weigl (Hrsg.), Deutsche Kontraste, Frankfurt/M. 2010.

Demografie- politik – gestalten oder verwalten?

Im November 2009 beschloss die Bundesregierung auf dem Brandenburgischen Schloss Meseberg die Entwicklung einer Demografie-

Tilman Mayer

Dr. phil., geb. 1953; Professor für politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte an der Universität Bonn; Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie; Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstraße 25, 53113 Bonn. tilman.mayer@uni-bonn.de

strategie, welche die demografische Lage Deutschlands erfassen und die daraus ableitbare künftige Entwicklung analysieren soll. Dies ist erfreulich, denn zum einen wird Demografie hiermit bereits begrifflich als „großes“ Thema anerkannt, zum anderen wird deutlich, dass die Politik bereit ist, auf die demografische Herausforderung dynamisch und strategisch zu antworten. Der Weg hin zu dieser Anerkennung der Demografie währte in Deutschland jedoch übertrieben lange; über viele Jahre wurde versucht, den sich ankündigenden Geburtenrückgang wegzudiskutieren, und Migrationsprozesse wurden in ihrer Dauerhaftigkeit nicht wirklich ernst genommen. Dass nun gar von einer Strategie die Rede ist, dimensioniert die Demografie – parallel zu Wirtschaft, Verteidigung, Arbeit – endlich zu einer der tragenden Säulen der gesellschaftlichen Entwicklung,¹ deren Beachtung gleichermaßen und gleichrangig zu erfolgen hat. Ein vergleichender Blick auf die Säulen zeigt jedoch, dass ein gravierender Nachholbedarf bezüglich der institutionellen Akzeptanz von Demografie besteht.

Die Arbeit an der Demografiestrategie soll durch das Bundesministerium des Innern auf der Ebene der Staatssekretäre koordiniert werden. Im Beschluss ist die Rede von der Reduktion der Abwanderung, der Stabilisierung der privaten und öffentlichen Infrastruktur im ländlichen Raum, und bei-

des wird dann nochmals heruntergebrochen auf Bereiche wie Gesundheitsvorsorge, Bildungsmöglichkeiten vor Ort, Mobilitätssicherung und anderes mehr. Es entsteht überdies der Eindruck eines Schwerpunktes in Ostdeutschland. Erfreulicherweise wird aber auch der Anspruch der „Gestaltung des demografischen Wandels“ erhoben, der zwar hoch gegriffen ist, strategisch aber richtig ansetzt. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche und vor allem auch gesamtstaatliche Aufgabe, die ressortübergreifend oder auch ressortbezogen umsetzbar bis 2012 entwickelt werden soll.²

Die Regierungsvorlage ist höchst willkommen, scheint sie doch über alle verstreut angelegten demografischen Politikansätze hinauszugehen, wenn die Absichtserklärung beim Wort genommen werden darf. Der Beschluss der Bundesregierung ist „interministeriell“ angelegt, das heißt, es wird von einer Querschnittsaufgabe ausgegangen und eine gouvernementale Gestaltung des demografischen Wandels beabsichtigt. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwiefern wirklich „Gestaltung“ gemeint ist. Ob diesem Gestaltungsanspruch wirklich Rechnung getragen wird, darauf wird man bis zum Abschluss des Demografieberichts gespannt sein dürfen. Es kann überdies nur gehofft werden, dass keinerlei regionale Einschränkung vorgenommen und tatsächlich dem Begriff Strategie entsprechend vorgegangen wird.

Strategische Politik und Wissenschaft

Was heißt Strategie? Welcher konzeptionelle Zugriff darf mit diesem Ansatz verbunden werden? Es liegt neuerdings auch in der Politikwissenschaft eine gute Literaturgrundlage

¹ Eigentlich genügt nicht alleine der Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung. Vgl. Steffen Angenendt/Wenke Apt, Die demographische Dreiteilung der Welt. Trends und sicherheitspolitische Herausforderungen, SWP-Studie, (2010) 28.

² Vgl. Beschlussammlung von der Kabinettsklausur am 17./18. 11. 2009 im Gästehaus der Bundesregierung Schloss Meseberg, S. 15, online: www.antje-tillmann.de/cms/upload/files/pol_themen/2009_11_29_Beschlusse_Meseberg.pdf (17.2.2011); Mitschrift der Regierungspressekonferenz vom 18.11.2009, online: www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/11/2009-11-18-regpk.html (17.2.2011).

vor, von der aus sich argumentieren lässt.^f So kann folgende, dem demografischen Politikfeld angemessene Definition gegeben werden: Demografische Strategie bedeutet politisches Handeln mit dem Ziel, demografische Prozesse a) zu beeinflussen oder zu steuern und/oder b) zu verwalten und zu kanalisieren. Über eine Strategie zu verfügen heißt also, ein Ziel zu haben, wohin man steuernd gelangen will und mitzuteilen, mit welchen Mitteln und unter welchen Umständen dies geschehen soll.

Unter demografischen Prozessen subsumiert man die Zu- und Abwanderung, die Geburtenentwicklung, die Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft. Diese Prozesse laufen fast unabhängig von jedweder Steuerung ab. In der Bevölkerungswissenschaft^f stellen sie die wichtigsten Untersuchungsfelder dar, die selbstverständlich in Bezug gesetzt werden zu vorherrschenden Einstellungen und Rahmenbedingungen wie auch zu ökonomischen, sozialen und kulturellen Begleitumständen. Es sei ganz besonders betont, dass die Wissenschaft von der Bevölkerung wie keine andere weit in die Zukunft reichende Berechnungen vornehmen kann. Von daher müsste es selbstverständlich sein, ihre Kompetenz abzurufen und in gesellschaftliche und politische Planungsprozesse einzubeziehen.^f Weil aber manche der Aussagen aufgrund der vorliegenden Daten nicht unbedingt erfreulich sind, wird der demografische Sachverstand nicht selten ignoriert. Eine in der Politik verbreitete, verständliche Aversion gegen Demografen hat mit deren oft düsteren Zukunftsszenarien zu tun. Das sollte man bedenken, wenn man die Politik für die Akzeptanz demografischer Fragen ge-

winnen will; als Maßstab kann dies allein allerdings nicht gelten.

Das Ansinnen, demografische Prozesse beeinflussen zu wollen, stellt eine weitere Schwierigkeit dar. Auch Nicht-Eingriffe sind Entscheidungen. Auf den erwähnten Geburtenrückgang so gut wie nicht zu reagieren oder eine Reaktion als sinnlos auszugeben, überlässt ihn dem Selbstlauf, wie geschehen. Der Versuch, generatives Verhalten steuern zu wollen, ist ein heikles moralisches Unterfangen, auf das sich in demokratischen Gesellschaften so gut wie niemand festlegen lassen möchte. Das Gegenteil aber, Geburtenzahlen in Entwicklungsländer begrenzen zu wollen, wird als selbstverständlich angesehen. Mit derartigen Dialektiken umzugehen, setzt zumindest einige Sensibilität voraus. Ähnliches gilt für das Thema Migration. Ob ein Land Zuwanderung haben möchte oder nicht, ob es also diesen demografischen Prozess steuern will, gar Zuwanderer – etwa nach einem bestimmten Punktesystem – auszuwählen beabsichtigt, zeigt ein weiteres Segment dessen auf, was es bedeutet, auf demografische Prozesse Einfluss nehmen zu wollen.^f

Verwalten oder gestalten?

Abgesehen von der geschilderten Schwierigkeit selbst hat in pluralistischen Gesellschaften und Parteiendemokratien eine Diskussion über das politische Vorgehen stattzufinden; das Aushandeln von Entscheidungen kompliziert die Materie jedoch zusätzlich. Bei derartig sensiblen Entscheidungen zu einem gesellschaftlichen Konsens zu finden, wäre zwar ratsam, kann aber keinesfalls garantiert werden.

Angesichts dieser Umstände liegt es nahe, Entscheidungen auszuweichen und die demografischen Prozesse quasi als schicksalhaft, determiniert und unbeeinflussbar auszugeben und auf eine Politik zu setzen, die sich zwar mit allen demografischen Fragen beschäftigt, die Entwicklungen aber nur noch hinnimmt und sie letztlich lediglich verwaltet oder kanalisiert. Bereits dies ist angesichts des fortgeschrittenen Zustandes der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zu

^f Vgl. etwa Elmar Wiesendahl, Rationalitätsgrenzen politischer Strategie, in: Joachim Raschke/Ralf Tils (Hrsg.), Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfeldes, Wiesbaden 2010, S. 21–44.

^f Die Bevölkerungswissenschaft ist bedauernswerterweise in der Hochschullandschaft stark unterrepräsentiert; dabei kommt es sehr auf die Lehre an, damit eher spezialisierten, migrationsforschungsspezifischen, frauenpolitischen, familienpolitischen, altersforschungsspezifischen Ansätzen die Breite des Faches gegenübergestellt werden kann, was eine ganz andere Urteilsstärke erzeugen würde.

^f Vgl. Hansjörg Bucher/Claus Schlömer, Que sera, sera. The future's not ours to see, Die BBR-Bevölkerungsprognose in Konfrontation mit der Realität, in: Information zur Raumentwicklung, (2008) 11–12, S. 682–694.

^f Siehe auch den Beitrag von Hans Dietrich von Loeffelholz in diesem Heft.

einer Herausforderung geworden, deren Bewältigung einiger Anstrengung bedarf. Bei einer solchen Politik von Gestaltung zu reden, wäre jedoch eine Übertreibung.

Verwalten heißt zum Beispiel, dass man den sogenannten Rückbau Ost betreibt, Stadtteile aussucht, die nicht mehr saniert werden, sowie Schulen, Infrastruktureinrichtungen, Versorgungssysteme, Ämter und Behörden konzentriert. Sachsen gehört diesbezüglich zu den Bundesländern, die, obgleich keinesfalls am stärksten von demografischen Einschnitten betroffen, vorgebaut haben, örtliche Demografiebeauftragte und Demografiemanager kennen, von „Demografiesensitivität“ sprechen und in jeder Hinsicht gut vorbereitet sind.⁷ Erfreulich ist es zu sehen, dass sich im Umfeld des Stichwortes Demografie auch immer mehr praktische Berufsbilder entwickeln.

Gestalten bedeutet, dass man strategisch handelnd vorgeht und Ziele entwickelt, die den demografischen Prozess beeinflussen sollen. So verschafft man sich Klarheit darüber, inwiefern man Schrumpfungsprozesse hinnehmen möchte, wobei es auf das Ausmaß des Prozesses ankommt. Eine Art Implosion zu akzeptieren, mag sich zwar aus der Praxis ergeben – etwa in manchen ostdeutschen Regionen („intelligent schrumpfen“) – dürfte aber, wenn schon von Strategie die Rede ist, nicht als Ziel gelten.

Über verkräftbare Migrationsvolumina nachzudenken, ist beim gestaltenden Ansatz ebenso geboten wie die Findung eines Konsenses über die Frage, wer denn zuwandern soll – in welchem Alter möglichst, mit welcher Qualifikation, mit welcher kulturellen (sprachlichen) Ausstattung, mit welchen Eigenmitteln? Die deutsche Politik war mit diesen Fragen in der Vergangenheit überfordert, ließ sie Migration über Jahre doch relativ ungesteuert zu.⁸ Das Konstrukt „Migrationshintergrund“ führt – beabsichtigt – dazu, dass suggestiv der

Eindruck einer enorm weit fortgeschrittenen Zuwanderergesellschaft entsteht.

Gestalten zu wollen, bedeutet schließlich auch zu fragen, wie man den Geburtenrückgang abbremsen kann, damit ein erträglicher demografischer Prozess eingeleitet wird als der gegenwärtige. Hier stellt sich ein breites Politikfeld dar, das viele Anläufe erlebt hat und unterschiedliche ministerielle Handwerker mit unterschiedlichen Akzentsetzungen tätig sah. Gestalten hieße also einzugreifen, um Prozesse nicht einfach nur hinzunehmen, sondern sie auch zu korrigieren. Welche Mittel bei diesem strategischen Ziel vorhanden sind, greife ich später auf.

Verhältnis von Politik und Demografie

Im Verhältnis von Politik und Demografie, Politiker und Bevölkerungswissenschaftler, bestehen gegenseitige Vorbehalte. Früher sahen Politiker in der Demografie zu langfristig ablaufende Prozesse, die sie in ihrer überschaubaren Amtszeit vermutlich nicht würden beeinflussen können, weswegen jeglicher Eingriff, noch dazu ein umstrittener, etwa pronatalistischer, unterlassen wurde. Hinweise von Demografen, es sei vielleicht mit einer Null-Komma-X-Wirkung zu rechnen, beendeten meistens die Kontakte, denn es sei wohl kaum einem auf Erfolge angewiesenen Politiker zuzumuten, sich bei derartigen „Wirkungen“ politisch einzusetzen. So gingen die Jahrzehnte ins Land. Demografen, vor allem die im engeren Sinne nur empirisch arbeitenden Sozialwissenschaftler, wollten sich in ihrem Terrain nicht von politischen Fragen leiten lassen. Man arbeite getrennt von normativen politischen Welten – was an sich nie stimmte, denn es gibt auch in der Gesellschaftspolitik bzw. in der Migrations-, Frauen-, Familien- oder Gleichstellungspolitik zahllose deutliche, um nicht zu sagen einseitige Positionierungen. Neutralität kann nicht einfach unterstellt werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass die deutsche Demografie besonderen Wert auf den Abstand zur Politik legt – wofür die aktuelle demokratische Politik nichts kann, denn das Problem liegt in der Vergangenheit der Bevölkerungswissenschaft. Zwar kam es zu einigen Aufarbeitungen der Disziplin, wie sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhun-

⁷ Vgl. Sächsische Staatskanzlei (Hrsg.), Empfehlungen zur Bewältigung des demographischen Wandels im Freistaat Sachsen. Expertenkommission „Demographischer Wandel Sachsen“, Dresden 2006.

⁸ Vgl. Stefan Luft, Staat und Migration. Zur Steuerbarkeit von Zuwanderung, Frankfurt/M. 2009; ders./Peter Schimany (Hrsg.), Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven, Bielefeld 2010.

derts agierte,⁹ aber das Bedürfnis, sich in kleinster Weise von politischen Hintergründen tangiert zu sehen, ist nach wie vor groß und verständlich. Hinzu kommen Anwürfe von Seiten mancher Autoren, die sich aus der Bearbeitung der Fehlentwicklungen der Vergangenheit berufen fühlen, die bestehende Bevölkerungswissenschaft ihrerseits belehren zu wollen oder gar grundsätzlich in Zweifel ziehen. Angesichts der internationalen Präsenz des Faches und seines festen Kanons kann man diese Attitüden zwar fachlich ignorieren, sie haben aber in manchen Medien noch einen Nachrichtenwert. Aus diesem Grunde gibt es auch innerhalb der Demografie manchmal Probleme, über Themen wie Geburtenförderung zu sprechen.

Dennoch kam es durchaus vor, dass man gelegentlich von Seiten der Politik auf Demografen zugeht und Fragen zu bestimmten Themen aufwarf, die mit Expertisen zu bearbeiten waren. Der große Bereich der Familiendemografie bzw. auch der Familiensoziologie hat es entsprechend zu hoher Aufmerksamkeit gebracht.

Ziele, Breite und Mittel strategischer Demografiepolitik

Politik sollte – wenn strategisch ausgeht – Ziele vorgeben, die diesem Anspruch entsprechen. Gefahr liegt ja durchaus darin, dass leider nicht wie etwa in der Ökonomie ein Rat der Wirtschaftsweisen gesucht wird, sondern nur nach kleinräumigen, sozialspezifischen, gruppenorientierten Themen und eben nicht nach gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsrichtungen und deren Supervision gefragt wird. Eine Demografiestrategie bezieht die gestalterische Einflussnahme auf den demografischen Prozess in seiner ganzen Breite mit ein, so wie die Ökonomen zu Analysen in ähnlicher Größenordnung aufgelegt sind. Eben deshalb, wenn das Ganze in den Blick genommen werden soll, ist eine Strategie tatsächlich vonnöten. Politische Demografie begleitet, beobachtet und analysiert

⁹ Vgl. Rainer Mackensen (Hrsg.), *Bevölkerungsfragen auf Abwegen der Wissenschaften. Zur Geschichte der Bevölkerungswissenschaft im 20. Jahrhundert*, Opladen 1998; Bernhard vom Brocke, *Bevölkerungswissenschaft Quo vadis? Möglichkeiten und Probleme einer Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland*, Opladen 1998.

die entsprechenden Prozesse und respektiert die Ansprüche des politischen Systems ebenso wie die des demografischen Systems, von dem man in Zusammenfassung der demografischen Prozesse sprechen kann.¹⁰

Bekanntlich verfügt die Politik über viele Politikfelder, die als Mittel der Strategie Aufgaben bekommen dürften bzw. diese in die Strategie einbringen werden. Natürlich gibt es da a) die Gesundheitspolitik, die, insofern die Bevölkerung noch gesünder als heute in den Alterungsprozess geleitet wird, eine wichtige Funktion innehat. Auch an b) die Bildungspolitik ist zu denken,¹¹ die kompensatorisch für eine abnehmende Bevölkerung den verbleibenden und besonders den nachwachsenden oder zuwandernden Teilen ein zusätzliches Pensum an Bildungsbeteiligung oder Weiterbildung auferlegen wird. Die verwaltungsbezogene Innenpolitik spielt ebenso eine Rolle wie c) die Wirtschaftspolitik mit ihrem immer wieder vermittelten Ziel, durch erhöhte Produktivität den demografischen Wandel abzufedern. Das weite Feld der d) Sozialpolitik hätte seinerseits das Potenzial, durch Beschäftigungspolitik und generationengerechten Umbau der sozialen Sicherungssysteme von sich aus eine Strategie maßgeblich zu befördern.¹²

Enger demografieorientiert gestalterisch werden aber vor allem die folgenden Politikfelder zum eigentlichen Mittel des Fortschritts, jedenfalls des Erfolgs einer Demografiestrategie, berufen sein: Das sind die Familien-, Frauen- und Migrationspolitik. Sie werden sich – bzw. müssten sich bei einer entsprechenden Strategie! – refigurieren, wenn das erwähnte Ganze in den Blick kommt, wenn zum Beispiel als Ziel ausgegeben würde, den Bevölkerungsbestand sichern

¹⁰ Vgl. Tilman Mayer, Was leistet eine politische Demographie?, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 32 (2007) 3–4, S. 429–444.

¹¹ Vgl. Markus Linten/Sabine Prüstel, *Auswahlbibliographie „Demographischer Wandel und berufliche Bildung“*, November 2009, online: www.bibb.de/dokumente/pdf/a1bud_auswahlbibliographie-demografischer-wandel.pdf (8.2.2011).

¹² Trotzdem sind die Aussagen der Familienministerin Kristina Schröder richtig, die sagte: „Familienpolitik ist weit mehr als Sozialpolitik“ und „Wir dürfen die Diskussion über das Existenzminimum für Kinder und deren Situation nicht verengen auf Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind.“ Pressemitteilung des BMFSFJ vom 9.2.2010.

zu wollen – sofern eine pluralistische deutsche Gesellschaft sich darauf verständigen kann, das Land und seine Bevölkerung erhalten¹³ und vor Erosionen schützen zu wollen. Allerdings stehen wir schon mitten im Fluss der demografischen Übergänge.

In der strategischen Perspektive wird sich aus der Gesamtschau der eigentlich demografie relevanten Politikfelder eine Demografiepolitik abzeichnen, deren Existenz längst überfällig ist. Demografiepolitik, im Französischen als *démographie politique* längst bekannt und dort als Politik für die Zukunft der Familie verstanden im Unterschied zur *politique familiale*, welche die bestehenden Familien und ihre Kinder meint, ist den diversen, demografisch relevanten Politikfeldern gewissermaßen übergeordnet, eine Art politische Metaebene. Sie bringt zum Ausdruck, dass sich der demografische Wandel mit nur begrenzten Politikfeldern kaum beeinflussen lässt. Frauenpolitik, Migrationspolitik, Familienpolitik und andere Politikfelder haben jeweils ihre spezifische Berechtigung, können aber keine gesamtpolitische Antwort auf den demografischen Wandel sein.

Demografiepolitik zu betreiben bedeutet also, dass man der Ansicht ist, dass nur eine Konzentration der Aufgaben und nicht ihre Verteilung weiterführen. Die Durchsetzung einer Demografiestrategie kann nicht im Sinne einer lockeren Querschnittspolitik unterschiedlichen Akteuren überlassen werden, vielleicht mit einigen bemühten Demografiebeauftragten, deren Existenz suggeriert, es sei etwas getan worden. Sie sollte aus einer Hand erfolgen. Nur so entstünde die erforderliche Durchsetzungsstärke, die dem angesprochenen Säulencharakter entspräche, wäre operative Kraft zur Durchsetzung der Politik vorhanden. Die Verfügung über entsprechende Etats im Bundeshaushalt würde eine stärkere Beachtung des neuen Politikfeldes garantieren.

¹³ Zu Zeiten der Populationisten und der Kameralwissenschaft war die Lage übersichtlicher. So schrieb Jakob Friedrich Freiherr von Bielfeld (1716–1770) in seinem „Lehrbegriff der Staatskunst“ (1768): „Um die Gesellschaft wohl zu erhalten, muß die erste Sorgfalt auf die Vermehrung und Erhaltung der Anzahl ihrer Glieder gehen. Die wahre Stärke eines Staates besteht in der Menge der Einwohner.“ Zit. nach: Harald Michel, *Der Bevölkerungsgedanke im Zeitalter des Merkantilismus*, Berlin 2006, S. 103.

Ressortfrage: Demografieministerium?

Demografiepolitik aus einem Guss – um zuzuspitzen, was hier schon angedeutet wurde – hieße auch, ein entsprechendes Ministerium zu etablieren. Der Vorteil eines eigenen Ressorts wäre unübersehbar. Es würde ein strategisches Zentrum entstehen, und auch eine politisch-symbolische Aufwertung jeglicher Beschäftigung mit demografischen Herausforderungen wäre damit verbunden. Niemand spräche mehr von „Gedöns“, wie seinerzeit Bundeskanzler Gerhard Schröder, dessen Familienministerin Renate Schmidt¹⁴ allerdings mit ihrer Akzentsetzung einer nachhaltigen, demografie relevanten Familienpolitik schon im Vorfeld einer Argumentation pro Demografieministerium angekommen war.

Man male sich einmal aus, Wirtschaft würde – mit einiger Plausibilität – als Querschnittsaufgabe verstanden, die unbedingt in allen Ministerien verankert und dadurch beachtet werden müsse – eine skurrile Vorstellung! Welcher Erfolg war es für die Umweltpolitik, als 1986 ein Bundesumweltministerium eingerichtet wurde und die vielen verstreuten Umweltthematiken in den Administrationen nicht mehr mühsam zusammengesammelt werden mussten. Ein Demografieministerium – eine Utopie, aber manchmal ist der Weg von der Idee zur Wirklichkeit ein kurzer – könnte alle anderen bunten Widmungen der Ministerien ersetzen, die auf Länderebene auffindbar sind: Gleichstellung, diverse Generationen, Integration, Emanzipation und anderes mehr. Doch gerade diese Schaufensterpolitik dürfte eines der Haupthindernisse für ein nüchtern betrachtet erforderliches Demografieministerium sein. Ein weiteres Hindernis liegt sicherlich in der bisherigen Struktur der Ressortverteilung. Niemand möchte etwas abgeben. Und die Medien, als treibende Kraft für Veränderungen, haben das Thema auch noch nicht entdeckt. Vielleicht muss der Druck erst noch steigen,¹⁵ bis man sich

¹⁴ Vgl. Nancy Ehlert, *Die Familienpolitik der Großen Koalition*, in: Sebastian Bukow/Wenke Seemann (Hrsg.), *Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien, 2005–2009*, Wiesbaden 2010, S. 142–158. Renate Schmidt ist inzwischen Kuratoriumsvorsitzende des Deutschen Familienverbandes.

¹⁵ Der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung von 2009 vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) zufolge wird der Altenquotient zwischen 2020 und 2030 sprunghaft von 33,3 auf

entschließt, Kompetenz für Gestaltung offensichtlich Aufgaben in einem Ministerium zu konzentrieren.

In der Politikwissenschaft ist schon lange skeptisch von der sogenannten Pfadabhängigkeit von Entwicklungen die Rede. Damit sei gesagt, dass zwar sachangemessen Vieles denkbar ist, praktisch aber Politik in gewohnten Bahnen abläuft. Deshalb ist man gut beraten, keinesfalls dogmatisch etwas zu favorisieren, was zumindest derzeit noch auf keiner Agenda steht. Auch die Verlagerung von Arbeitsfeldern, Referaten und Zuständigkeitsbereichen einzelner Ministerien zugunsten eines neuen Ministeriums ist deswegen derzeit unwahrscheinlich. Gewohnheit schlägt Kompetenz.

Kanzlerfrage und europäische Ebene

Sieht man die Dinge auf diese Weise pragmatisch und realistisch, kann man aus der Resortfrage nur den Schluss ziehen, dass sie – irgendwann einmal – zu einer Kanzlerfrage wird. Nur von dort aus ließe sich neu strukturieren und strategisch gestalten. In gewisser Weise ist also die gesamte Demografiestrategie – so sich dimensionieren lässt, so man sie tatsächlich ernst nimmt – eigentlich eine Kanzlerstrategie. Schließlich geht es um die Zukunft einer 80-Millionen-Bevölkerung und deren demografisch-strategische Einschätzung und Einordnung durch die politische Führung.

Doch auch von einer Kanzlerstrategie solltet man zunächst, wenn man tatsächlich wieder politische Spielfelder erreichen möchte und sich die aktuelle Agenda ansieht, vielleicht besser Abstand nehmen. Es wäre allerdings längst an der Zeit, dass eine Gipfelkonferenz der Europäischen Union sich eigens und nur des Themas und gesamten Politikfeldes Demografiepolitik annähme, vielleicht sogar angeschoben durch den sogenannten deutsch-französischen, in diesem Fall noch besser durch den französisch-deutschen Motor. Schließlich ist Frankreich im Unterschied

43,9 Prozent schnellen und dann bis 2040 auf 55 Prozent weiter steigen. Vgl. online: www.bib-demografie.de/cdn_099/nn_1645598/SharedDocs/Glossareintraege/DE/B/bevoelkerungsvorausberechnung.html (8.2.2011). Insofern ließe sich von der „Ruhe vor dem Sturm“ sprechen, in der wir uns in diesem Jahrzehnt befinden.

zu Deutschland seit Jahrzehnten demografisch gesehen ein vorbildliches Land, jedenfalls bezogen auf Fertilitätsraten. Die Europäische Kommission hat immerhin 2005 bereits ein Grünbuch zur neuen Solidarität zwischen den Generationen verfasst,¹⁶ an das sich nun der Europäische Rat intergouvernemental anschließen könnte. Ein Demografiegipfel, der – schwierig genug – nicht nur Migrationsfragen anspräche, sondern besonders die europäischen Geburtenlage, wäre im Sinne einer symbolischen Politik hilfreich. An der nationalen Zuständigkeit dürfte sich nichts ändern.

An dieser Stelle sei darauf aufmerksam gemacht, dass das von der Bevölkerungsgröße her kleinere Frankreich (64,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner) seit ein paar Jahren bereits mehr Geburten aufweist als Deutschland. Diese hierzulande kaum wahrgenommene Entwicklung stellt für Frankreich ein Ereignis dar, das gar nicht überschätzt werden kann, wenn man sich daran erinnert, dass die schiere deutsche Bevölkerungsgröße für Frankreich seit dem späten 19. Jahrhundert einen Albtraum darstellte.

Strategiekriterien

Eine Strategie zu vertreten – so hatte ich eingangs definiert – bedeutet, Ziele zu fixieren. Dafür wird man bestimmte Kriterien entwickeln müssen. Drei seien hier angesprochen, um eine angestrebte Bevölkerungsentwicklung beurteilen zu können.

1. Im natürlichen Bevölkerungswachstum muss *Resilienz* angestrebt werden (auch wenn die Differenz zwischen Anstreben und Erreichen recht groß bleiben mag). Seit 40 Jahren erleben wir in der Bundesrepublik einen Geburtenrückgang. Niemand wird erwarten, dass eine derartige Einbeulung, wenn wir uns den Bevölkerungsaufbau anschauen, wieder korrigiert werden kann. Es dürfte aber richtig sein, eine resiliente Struktur anzustreben, die den Bevölkerungsaufbau wieder besser ausgleicht. Die Makroebene zu verändern, setzt jedoch voraus, dass sich die Mikroebene des generativen Verhaltens damit vereinbaren lässt – und eben da liegt das alte Phänomen der sogenannten

¹⁶ Vgl. Mitteilung der Kommission, Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“, Brüssel 2005.

ten Nachwuchsbeschränkung vor,¹⁷ von deren Logik Deutschland seit über 100 Jahren erfasst ist. Denn schon über diesen langen Zeitraum fällt die Zahl der Geburten pro Frau. Deshalb ist es kühn zu erwarten, dass sich eine Trendwende abzeichnen oder gar politisch beeinflusst werden könnte. Dennoch gilt es, sich dieser objektiven Streitfrage zu stellen. In dieser Richtung Lösungswege anzudenken, würde hoch prämiert werden, doch wer es versucht, steht in Demografiekreisen unter dem Verdacht, Illusionen anzuhängen.¹⁸

2. *Nachhaltigkeit* wurde bereits als Kriterium auf die familienpolitische Agenda zu Beginn des 21. Jahrhunderts gesetzt. Insofern sollte hinter die Erkenntnis, dass eine ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung wünschenswert ist – so sie unter Entscheidungsbedingungen der Eltern in einer pluralistischen Gesellschaft erreichbar ist – nicht zurückgefallen werden.

3. Schließlich dürfte *Leistungsbezogenheit* ein weiteres belastbares Kriterium sein:

a. Von Familienleistungsausgleich ist schon lange die Rede. Kinder zu haben wird familienpolitisch durch viele staatliche Leistungen anerkannt. Eine Zusammenführung dieses Spektrums wird derzeit überprüft und ergibt deshalb Sinn, weil wieder größere Sichtbarkeit damit verbunden wäre. Sofern ein Familiensplitting nach französischem Beispiel das bestehende deutsche Ehegattensplitting substanziell übertrifft, sollte es diskutiert werden.¹⁹ Steuerentlastungsperspektiven, die besonders die Mittelklasse erfassen würden, sind überfällig – auch um die Differenz von Familien- und Sozialpolitik zu profilieren. Beschäftigungspolitik könnte eine neue Variante von Gleichstellungspolitik entwickelt werden, die Mütter – sie sind effektiv die reproduktiven Leistungsträgerinnen – bei gleicher Eignung

bevorzugt. Alterssicherungsbezogen und im Horizont der Verfassungsgerichtsurteile vorgehend sind entsprechende generationenvertragliche Regelungen nachzuholen, damit die Gesellschaft sich auf generationengerechte Maßstäbe einstellen kann.

b. Insofern in der Zuwanderungspolitik, wie wir es seit einiger Zeit erleben, nur noch von qualifizierter Zuwanderung gesprochen wird, verankert sich auch dort ein Leistungsdenken, was eine Wende bedeutet. Allerdings dürfen die schon in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten, sofern sie – eine Minderheit – Integrationsprobleme haben, nicht ignoriert werden.

c. Leistungsgerecht muss auch eine Alterssicherungspolitik angelegt sein. Eine Generation, die durch Nachwuchsbeschränkung das bestehende Umverteilungssystem belastet, muss generationengerecht an den Lasten beteiligt werden. In der öffentlichen Meinung stößt auf strikte Ablehnung, was systematisch richtig wäre: die Alterssicherung – auch – kinderspezifisch auszurichten. Vergleichsweise einfacher ist es dann schon, die Verlängerung der Lebenserwerbsarbeitszeit zu organisieren, so dass die viel kleinere nachwachsende Generation nicht auch noch die längere Ruhestandsphase der älteren Generation zu finanzieren hat. Für Politikerinnen und Politiker ist dies ein höchst unangenehmes Thema!

In pluralistischen, hoch individualisierten Gesellschaften sind es strapaziöse Vorgänge, derartige Kriterien zu bearbeiten, und die Literatur zu den Schwierigkeiten der Umsetzung solch komplexer Vorhaben ist umfangreich.²⁰ Doch sich den Herausforderungen nicht zu stellen, hieße, nicht länger von Strategien zu reden.

Würde es gelingen, die Gesellschaften in Europa kinderfreundlicher zu gestalten, wäre das sehr erfreulich – selbst bescheidene Erfolge wären schon zu begrüßen. Auch den Medien kommt diesbezüglich eine wichtige Begleitfunktion zu.

¹⁷ Vgl. etwa Hans Linde, *Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000*, Frankfurt/M. 1984.

¹⁸ Umso bemerkenswerter ist die Aussage der Rostocker Demografen unter der Leitung von Joshua R. Goldstein: „Geburten lassen sich nicht endlos in immer höhere Altersgruppen verschieben.“ Joshua R. Goldstein/Tomas Sobotka/Aviva Jasilioniene, *Geburtenraten in vielen Industriestaaten steigen wieder. Eine nachhaltige Trendumkehr scheint möglich*, in: *Demographische Forschung aus erster Hand*, 7 (2010) 1, S. 1 f.

¹⁹ In Deutschland wird das Steueraufkommen der Eheleute beachtet; in Frankreich werden die Einkünfte der Familie zusammengezählt und je nach Kinderzahl durch einen höheren Divisor geteilt.

²⁰ Vgl. z.B. Franz Xaver Kaufmann, *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Bonn 2005; Max Wingen, *Familienpolitische Denkanstöße*, Graftschaft 2001; Francois Héran, *Le temps des immigrés. Le destin de la population française*, Paris 2007.

Eine Politik für eine alternde Gesellschaft zu betreiben heißt – neben den bekannten gravierenden Fragen²¹ nach der Innovationskraft, Produktivität und Gesundheit – die Vorteile des Alters auch wahrzunehmen, von der die Altersforschung seit Langem zu berichten weiß. Merkwürdig mutet da an, dass in der Politik die ältere Generation allmählich unterrepräsentiert ist. Dabei täte es der Republik gut, wenn die Biedenkopfs, von Dohnanyis und Herzogs auch kraft Amtes den Kurs des Staatsschiffs beeinflussen könnten.²²

Sicherlich nicht angemessen wäre es, anstelle einer Demografiepolitik substitutiv ausschließlich eine sozialpolitische Agenda zu favorisieren. Kinderarmut zu reduzieren, ist sicherlich ein legitimes und wichtiges Ziel. Ersetzt es aber Familienpolitik, bleibt ein Manko bestehen. Sozialpolitik hat in sich einen Wert und ist demografiestrategisch auch mit Aufgaben zu versehen, sie darf aber nicht anstelle einer originär demografischen Politik treten.

Schlussfolgerungen

Sicherlich einfacher ist die demografische Herausforderung als Anpassungsstrategie zu verstehen.²³ Demnach stehen folgende Punkte auf der politischen Agenda:

- die Erhöhung der Lebensarbeitszeit;
- die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit bzw. die noch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie;
- gezielte Mütterförderung;
- Migrationspolitik, die besonders Qualifizierte anzieht;
- Alterungsprozesse der Bevölkerung zu begleiten, sowohl was die Aktivierung „junger

²¹ Vgl. Deutsche Bank Research, Aktuelle Themen vom 14.1.2011: „Deutsches Wachstum weiter robust“. Die Autoren äußern sich darin skeptisch zur Produktivität in der Zukunft (S. 11).

²² „Denn Vernunft, Klugheit und guter Rat, das findet sich bei den Greisen; wären sie nicht gewesen, hätten die Staaten gar keinen Bestand gehabt“, meinte schon Cicero, Keine Angst vor dem Alterwerden!, Stuttgart 2010, S. 64.

²³ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Perspektive 2025: Fachkräfte für Deutschland, Nürnberg 2011.

Alter“ angeht, als auch, was zum Beispiel altersgemischte Belegschaften betrifft;

- in jeder Hinsicht das Eintreten der „Babyboomer“-Generation in sehr hohe Altersklassen vorzubereiten.

Konzeptionell lässt sich der Kampf zweier Politikstrategien identifizieren. Die *Gestaltungsstrategie* legt den Akzent auf die Einflussnahme auf den demografischen Wandel, sie wirft den Blick auf das Ganze und ist letztlich optimistisch, was die mittel- oder langfristigen Effekte eines derartigen Politikansatzes angeht. Sie denkt von der Komplexität her. Sie weiß, dass sie 40 Jahre früher viel größere Chancen gehabt hätte. Verantwortungsethisch muss auch in schwieriger Zeit eine Zuversichtsperspektive aufrechterhalten werden. Ihre Vertreter neigen eher zu der Meinung, Politik sei das Schicksal, nicht die Demografie; Politik habe, bei immenser Anstrengung, an Gestaltungsmacht nicht verloren. Die gestaltende Strategie impliziert eine Generationenpolitik, die sich in diesen langen Zeiträumen abspielen muss. Tiefgreifende Änderungen wären anzugehen, die am besten im europäischen Kontext mitgetragen und begleitet werden sollten. Eine Art *great new deal* stünde an, und ein Bewusstsein seiner Notwendigkeit müsste bestehen.

Die *Anpassungsstrategie* dagegen hat den großen Vorteil, dass sie unmittelbar erkennbare Fortschritte, Maßnahmen, Korrekturen und Zustimmung mobilisieren kann. Sie geht auf die aktuellen Herausforderungen ein, analysiert treffend den Verlauf des demografischen Wandels und widmet sich der Machbarkeit. Ihre Vertreter wünschen sich auch eine veränderte Fertilität, sehen aber keine Chance, nachhaltig darauf einzuwirken und kümmern sich entsprechend um den Ist-Zustand. Strategisches Vorgehen bedeutet bei ihnen das Koordinieren von Maßnahmen.

Beide Strategien sind hier objektiv und ohne Ressentiments dargelegt worden. Es könnte jedoch sein, dass sich nach einem erneuten Abwarten zu einem späteren Zeitpunkt doch noch die Gestaltungsoption durchsetzt. Vielleicht wäre aber auch schon viel erreicht, wenn versucht würde, über ein Mischsystem beider Strategien nachzudenken.

Axel Börsch-Supan

Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels

Der demografische Wandel ist einer der „Megatrends“ des 21. Jahrhunderts, der die politische, soziale und ökonomische Situation unseres Landes

Axel Börsch-Supan

PhD, geb. 1965; Professor für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik, Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA) an der Universität Mannheim; er war Mitglied der Rürup-Kommission und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium; MEA, L 13, 17, 68313 Mannheim. boersch-supan@mea.uni-mannheim.de

entscheidend verändern wird. In 25 Jahren wird jeder dritte Bürger Deutschlands über 60 Jahre alt sein. Anteilsmäßig sind dies mehr als doppelt so viele pro Kopf der 20- bis 60-Jährigen wie heute. Dies ist ein dramatischer Strukturwandel der deutschen Bevölkerung. Die Alterung unserer Gesellschaft hat daher tiefgreifende Auswirkungen auf die Alters- und Gesundheitsvorsorge. Sie ist zudem eine Herausforderung an unser gesamtes Wirtschaftssystem, an den Arbeitsmarkt, die Produktion und den Kapital- und Immobilienmarkt unseres Landes.

Wird unser Lebensstandard sinken, weil die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter zurückgeht? Oder wird der Produktivitätsfortschritt auch weiterhin für einen steigenden Lebensstandard sorgen? Könnte der bislang „natürliche“ Produktivitätsfortschritt durch die Alterung vermindert oder gar gestoppt werden, weil den Alten die Ideen ausgehen? Oder gibt es einen entgegengesetzten Rückkopplungsprozess, nach dem die Gesellschaft unter dem Druck der (demografischen) Verhältnisse neue Produktivitätsreserven erschließt? Dies sind beispielhafte Fragen, die zeigen, wie fundamental der demografische Wandel unsere ökonomische Situation beeinflussen kann.

Leider hat sich in Deutschland eine eher pessimistische Sicht eingestellt. Der demografische Wandel wird von den meisten als Bedrohung, die gesetzliche Rente als Auslaufmodell und das deutsche Gesundheitssystem nur als Kostenfaktor gesehen. Ich halte dies für eine Fehleinschätzung. Ich sehe in unserer steigenden Lebenserwartung und der stetig besser werdenden Gesundheit eine Ressource, die eine längere Erwerbstätigkeit ohne größere Einbußen an Lebensqualität ermöglicht und das Bedrohungspotenzial des demografischen Wandels in eine große Chance für Jung und Alt wendet. Auch das beliebte Argument, dass ältere Menschen den jüngeren die Arbeitsplätze wegnehmen würden, ist nach aller Evidenz grundlos.

Ob der dramatische Strukturwandel unseren Lebensstandard und unseren Sozialstaat bedroht, ist daher keineswegs ausgemacht, sondern hängt von unseren künftigen wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen und unserer Reaktion auf diese politischen Maßnahmen ab.

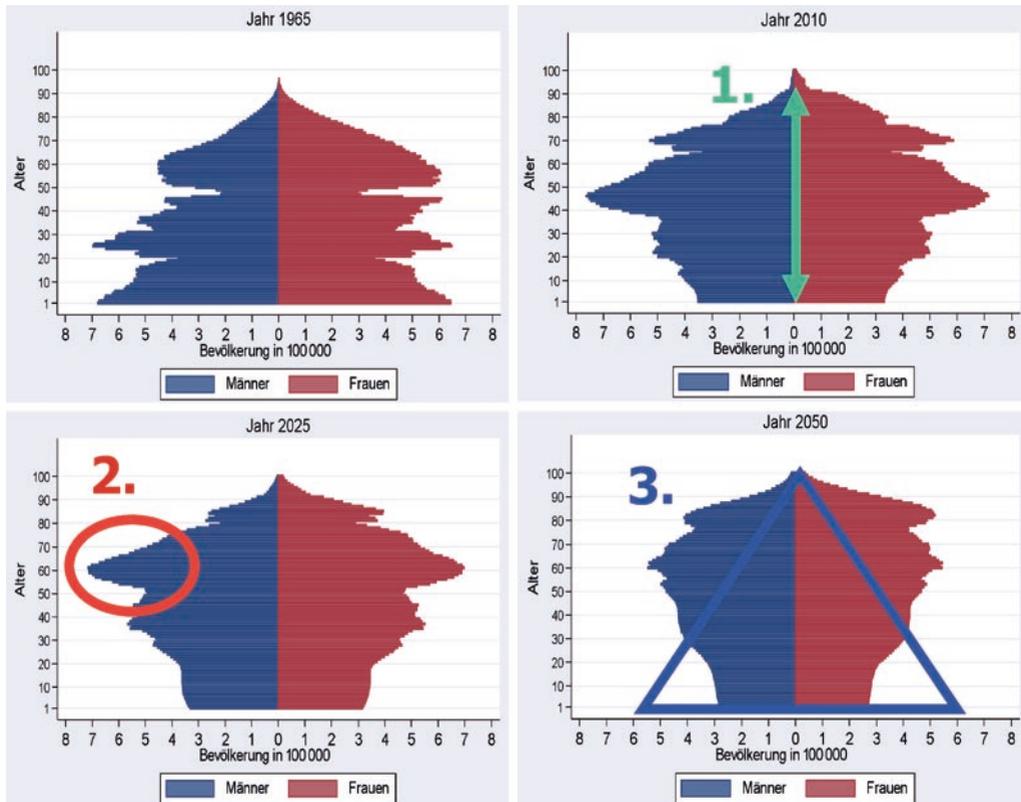
Dieser Beitrag umfasst also spannende, hoch politische und daher sehr kontroverse Themen.¹ Im folgenden Abschnitt werden zunächst die demografischen und ökonomischen Rahmendaten geschildert, um die Herausforderung des demografischen Wandels und mögliche Lösungsansätze zu charakterisieren. Anschließend werden die ökonomischen Auswirkungen detailliert dargestellt, um diesen dann Lösungsansätze gegenüberzustellen. Schließlich werde ich ein typisches Simulationsmodell der Volkswirtschaftslehre auf die Problematik des demografischen Wandels anwenden und zeigen, wie sich unser Lebensstandard entwickeln kann, je nachdem welche Lösungsansätze ergriffen oder nicht ergriffen werden.

Demografie und Erwerbstätigkeit

Abbildung 1 zeigt die Grundstrukturen des demografischen Wandels in Deutschland, aufbauend auf den Daten des Statistischen Bundesamtes und der sogenannten Rürup-

¹ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Alterung und Familienpolitik. Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Berlin 2005.

Abbildung 1: Die drei Komponenten des demografischen Wandels



Quelle: Szenario der Rürup-Kommission demografischen Entwicklung.

Kommission.² Dargestellt sind vier Bevölkerungspyramiden: Rechts ist jeweils die Anzahl der Frauen, links die Anzahl der Männer, ansteigend vom Alter 0 bis 100 Jahre. Das Jahr 1965 (oben links) ist der Höhepunkt des Babybooms. Abgesehen von den Einschnitten der Weltkriege und Wirtschaftskrisen ist durchaus eine „Alterspyramide“ zu erkennen. Heute hat sich dies grundlegend geändert (oben rechts: Jahr 2010). Drei Entwicklungen haben dazu geführt: die steigende Lebenserwartung, der auf den Babyboom folgende, sogenannte Pillenknick und die anhaltend niedrige Geburtenrate. Die Fortsetzung dieser drei Entwicklungen bewirkt zusammen den demografischen Wandel.

² Die Kommission wurde 2002 von der Bundesregierung eingesetzt, um Vorschläge zu erarbeiten, wie die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme langfristig gesichert werden kann. Vgl. Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme, Abschlussbericht, Berlin 2003.

Erstens hat sich der Altersaufbau 2010 im Unterschied zu 1965 gestreckt: weit mehr Personen erreichen heute das Alter von 100 Jahren. Die Streckung der Pyramide repräsentiert die bislang ungebrochene Erhöhung der Lebenserwartung, die nach wie vor etwa linear ansteigt: Pro zehn Jahre erhöht sich die Lebenserwartung um 1,5 Jahre (die vorsichtige Prognose des Statistischen Bundesamtes) bis 3,5 Jahre (die sehr optimistische Prognose des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung in Rostock).³ Ebenso sieht man den starken Einbruch der Kinderzahlen im Pillenknick, der auf die Babyboomjahre folgte.

Im Jahr 2010 sind die Babyboomer etwa Mitte vierzig. Die rasche Abfolge von Pillenknick auf Babyboom ist die zweite große Komponente des demografischen Wandels,

³ Vgl. Jim Oeppen/James W. Vaupel, Enhanced: Broken Limits to Life Expectancy, in: Science, 296 (2002), S. 1029ff.

die historisch gegeben ist, an der wir nichts mehr ändern können, und die in etwa 15 Jahren ganz dramatisch die sozialpolitische und ökonomische Lage Deutschlands bestimmen wird. Dies sieht man auf der Bevölkerungspyramide des Jahres 2025 (links unten). Im Vergleich zum Jahr 2010 hat sich die Abfolge von Pillenknick auf Babyboom um 15 Jahre vorgearbeitet, nun sind die Babyboomer etwa 60 Jahre alt und beginnen, in Rente zu gehen.

Weitere 25 Jahre später (rechts unten: Jahr 2050) sind die Babyboomer schon recht alt, die meisten von ihnen sind verstorben. Die erwartete Altersstruktur im Jahre 2050 zeigt, dass uns der demografische Wandel langfristig beschäftigen wird. Solange die Geburtenraten so niedrig bleiben wie sie sind – dies ist die dritte, langfristig besonders wichtige Komponente des demografischen Wandels – wird die Bevölkerungsstruktur nie wieder die Form der eingezeichneten Pyramide erreichen, sondern wird einen Kopf haben, der größer als die Basis ist. Von Generation zu Generation wird uns etwa ein Drittel der Bevölkerung fehlen. Dies liegt daran, dass die Geburtenrate von derzeit 1,4 Kindern pro Frau nur zwei Dritteln der Geburtenrate entspricht, die für eine Bestandserhaltung nötig ist (Dies sind etwa 2,1 Kinder pro Frau: Sie muss sich und ihren Mann ersetzen unter Einbeziehung der zum Glück in Deutschland sehr niedrigen Kinder- und Jugendsterblichkeit).

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist weniger die Altersschichtung grundlegend als die Aufteilung in Menschen, die zur Wirtschaft und den sozialen Sicherungssystemen direkt oder indirekt finanziell beitragen, und Menschen, die von ihnen alimentiert werden – sei es, weil sie sich noch in der Ausbildung befinden oder sei es, weil sie sich nach dem Erwerbsleben im verdienten Ruhestand befinden. Altersschichtung und Erwerbsphase hängen zwar eng zusammen, aber hier gibt es viele Spielräume: Wenn wir uns zum Beispiel mit Dänemark vergleichen, kommen dort die jungen Menschen etwa zwei Jahre früher in ihren Beruf; es arbeiten deutlich mehr dänische Frauen als bei uns, vor allem nach der Kindererziehungsphase; schließlich gehen die Dänen über zwei Jahre später in die Rente als die Deutschen. Bei ähnlicher Altersschichtung gibt es in Dänemark also deutlich mehr Erwerbstätige pro Kopf der Bevölkerung als bei uns.

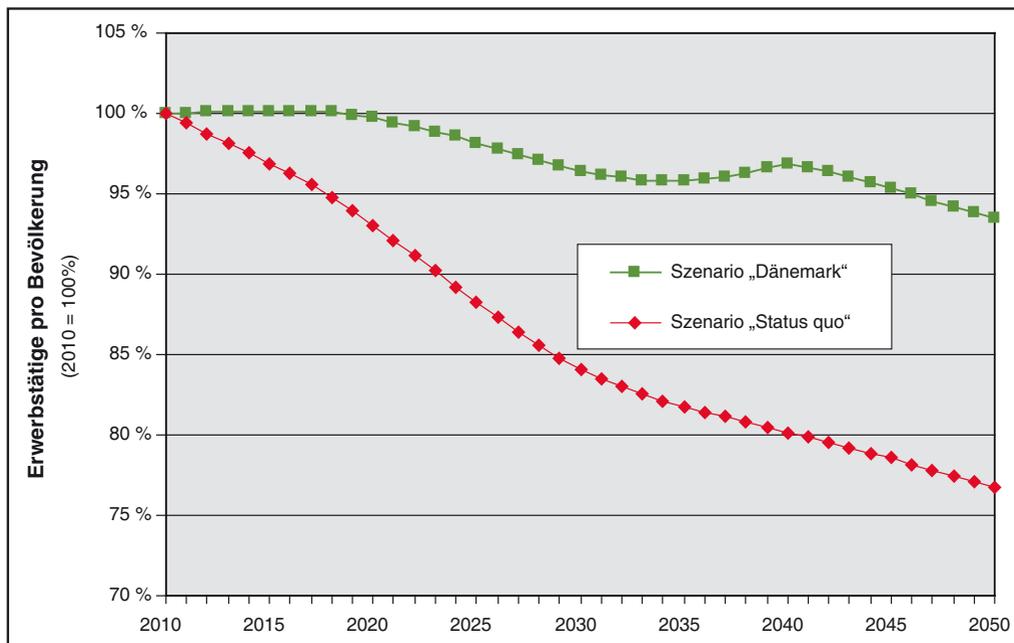
Die Kenngröße Erwerbstätige pro Kopf der Bevölkerung ist zentral für die ökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels; sie ist aber auch eine der wichtigsten Schlüsselgrößen für Lösungsansätze, die aus dem Bedrohungspotenzial des demografischen Wandels eine Chance machen können. Sie ist nicht einfach zu prognostizieren, da sie von vielen Annahmen wie Länge von Schulzeit und Studium, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und von dem Verhalten der Arbeitnehmer und -geber beim Renteneintritt abhängt.

Abbildung 2 zeigt zwei mögliche Verläufe, basierend auf einer Erwerbsprognose des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demografischer Wandel.[†] Ihr liegen zwei sehr verschiedene Annahmen zugrunde. Ein erstes Szenario („Status quo“) basiert auf der Annahme, dass die Erwerbstätigkeit nach Alter und Geschlecht, wie sie derzeit in Deutschland vorherrscht, auch in Zukunft so bleibt. Wir passen uns also zum Beispiel mit dem Rentenalter nicht dem demografischen Wandel an, sondern bleiben so, wie wir es derzeit gewohnt sind. Dem zweiten Szenario („Dänemark“) liegt stattdessen zugrunde, dass wir Deutschen in einem Anpassungsprozess das oben beschriebene Erwerbsverhalten der Dänen übernehmen. Die höhere dänische Erwerbsbeteiligung ist nicht vom Himmel gefallen oder Ausdruck einer etwaigen traditionellen dänischen Lust am Arbeiten, sondern war Resultat eines etwa zehn Jahre langen Arbeitsmarktreformprozesses in den 1990er Jahren.

Die beiden Verläufe sind höchst unterschiedlich. Unter den heutigen Erwerbsquoten sinkt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland rapide und beträchtlich: 2030 wird es etwa 17 Prozent weniger Erwerbstätige pro Kopf der Bevölkerung geben, im Jahr 2050 sogar 23 Prozent. Erhöhen wir in den nächsten zehn Jahren unsere Erwerbstätigkeit auf das dänische Niveau, bleibt die Zahl der Erwerbstätigen pro Kopf der Bevölkerung in etwa gleich und sinkt danach bis zum Jahr 2030 lediglich um etwa vier Prozent, bis 2050 um etwa sechs Prozent ab. Die Demogra-

[†] Vgl. Axel Börsch-Supan/Christina B. Wilke, Zur mittel- und langfristigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, (2009) 1, S. 29–48.

Abbildung 2: Entwicklung der Erwerbsquote unter zwei alternativen Annahmen



Quelle: Eigene Berechnungen.

fie selbst ist also nicht unser Schicksal, sondern entscheidend ist, ob wir es schaffen, uns durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung an den demografischen Wandel anzupassen. *Abbildung 2* zeigt, dass dies keineswegs unmöglich ist, wenn es unsere Nachbarn, die Dänen, die viel Freizeit und ein enges soziales Netz haben, bereits geschafft haben.

20 Jahren wird sich die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik kaum ändern, sie schrumpft erst nach dem Ableben der Babyboom-Generation. Es wird also weiterhin viele Konsumenten geben in Deutschland, aber, wenn das Status-quo-Szenario der *Abbildung 2* eintrifft, deutlich weniger Erwerbstätige, welche die Güter und Dienstleistungen produzieren, die diese Menschen konsumieren wollen.

Ökonomische Auswirkungen

Der demografische Wandel bedeutet in der mittleren Frist, also etwa in 15 Jahren (*Abbildung 1*, links unten), dass wir viele Rentner haben werden, aber wenige Beitragszahler in die Rentenversicherung. Entsprechend wird es aber auch viele Personen geben, die Leistungen aus der gesetzlichen Krankenkasse benötigen, aber nur wenige, die Beiträge in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen. Tatsächlich sind alle unsere sozialen Sicherungssysteme bedroht, wenn es weniger Erwerbstätige und somit weniger Beitragszahler für die beitragsfinanzierten Sozialversicherungen geben wird.

Die Alterung bedeutet aber auch fundamentale Veränderungen für die makroökonomische Entwicklung. Denn in den nächsten

Weniger Erwerbstätige, also Produzenten von Gütern und Dienstleistungen, heißt notwendigerweise, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP), nachdem wir zumindest annähernd unseren Wohlstand messen, sinken wird. Der ökonomische Lebensstandard, definiert als BIP pro Kopf der Bevölkerung, wird erzeugt als Produkt der in die Volkswirtschaft investierten Ressourcen (vor allem die Anzahl der Arbeitsstunden, aber auch des Realkapitals, also Maschinen und Ausrüstungen) multipliziert mit der Produktivität, mit der Arbeit und Maschinen eingesetzt werden. Die zukünftige Entwicklung des BIPs pro Kopf wird daher aus drei Komponenten errechnet: der zukünftigen Entwicklung der Produktivität, der Wachstumsrate der Erwerbsquote und der Wachstumsrate des Realkapitals, das pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung aufgewendet wird.

Hier gibt es zunächst nur schlechte Nachrichten. Erstens gehen viele vom Status-quo-Szenario der *Abbildung 2* aus und erwarten nicht, dass die Erwerbsquote deutlich steigen könnte. Zweitens wird vielfach behauptet, dass ältere Menschen weniger produktiv sind als jüngere. Sollte diese Behauptung stimmen, würde eine Alterung der Bevölkerung, die auch immer eine Alterung der Belegschaft impliziert, einen Rückgang der Produktivität zur Folge haben. Drittens hat eine ältere Bevölkerung eher die Tendenz dazu, Vermögenswerte abzubauen, statt neue anzusammeln. Dies gilt natürlich auch für die Sparguthaben, mit denen Investitionen finanziert werden. Ein Wachstum des Produktivkapitals pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung ist daher in einer alternden Bevölkerung schwieriger zu finanzieren.

Zudem wird sich auch auf den Immobilien- und Kapitalmärkten eine wesentliche Strukturveränderung ergeben, wenn die Babyboom-Generation ihr angespartes Vermögen und viele ihrer erworbenen Häuser verkaufen möchte. Denn dann gibt es viele Verkäufer von Vermögensgegenständen, aber relativ wenige Käufer aus der jungen Generation. Einige sehen hier die nächste große Finanzkrise mit einem Abschmelzen der Vermögenswerte.

Lösungsansätze

Dass es nicht so kommen muss, zeigt das optimistische Szenario in *Abbildung 2*. Die Lösungsansätze liegen im Prinzip auf der Hand: eine höhere Erwerbstätigkeit, mehr Aus- und Weiterbildung und ein Abpuffern der stärksten Belastung durch eine echte „Nachhaltigkeitsreserve“.

Erstens bedarf es großer Anstrengungen, damit die im internationalen Vergleich niedrige deutsche Erwerbsquote trotz des demografischen Wandels ansteigt, indem jüngere Menschen früher in den Beruf eintreten, mehr Frauen Familie und Beruf miteinander vereinbaren können und die Menschen nicht schon mit Anfang 60 in den Ruhestand geschickt werden. Das Beispiel der Dänen zeigt, dass dies machbar ist. Gesundheitlich geht es uns Deutschen sogar besser als den Dänen, so dass einer Anpassung der Lebensarbeitszeit an die verlängerte Lebenszeit eigentlich

nichts im Wege steht. Zudem hilft uns die Entwicklung der Lebenserwartung und unserer Gesundheit dabei. Die durchschnittliche Lebenserwartung des Menschen wird sich bis 2029, wenn die Rente mit 67 voll eingeführt sein wird, um drei Jahre erhöhen, die Arbeitsphase jedoch nur um zwei: Die Rente mit 67 bedeutet also einen um ein Jahr längeren Rentenbezug und keine Rentenkürzung.

Nun könnte man meinen, dass diese gewonnenen Jahre ganz oder zu einem Großteil mit großen gesundheitlichen Einschränkungen verbracht werden. Dies ist falsch, alle Anzeichen deuten darauf hin, dass das Gegenteil der Fall sein wird: Die Anzahl der Jahre, in der die Menschen ohne gesundheitliche Einschränkungen leben, bleibt nicht nur anteilmäßig gleich, sondern sie steigt noch schneller an als die Lebenserwartung. Die Zeit im Alter, vor der wir uns fürchten, verschwindet nicht, leider, aber sie wird kürzer, obwohl wir länger leben.¹⁵ Dies liegt nicht daran, dass die typischen Alterskrankheiten später auftreten, denn die Biologie des Menschen ändert sich nur langsam. Die behindernden Auswirkungen der typischen Alterskrankheiten kommen jedoch erst später zum Tragen, weil moderne Medizin und Technik uns das Leben mit diesen Krankheiten deutlich erleichtern. Eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit insbesondere der über 55-Jährigen ist politisch kontrovers, weil er Besitzstände angreift, aber volkswirtschaftlich unumstritten.

Zweitens ist es keineswegs erwiesen, dass die Produktivität älterer Menschen sinkt. Eher scheinen sich Erfahrung und körperliche Leistungsfähigkeit zu ergänzen: Während erstere steigt, sinkt letztere, und die Summe bleibt konstant über alle Altersklassen.¹⁶ In Zukunft ist es aber wichtig, dass eine älter werdende Belegschaft durch vermehrte Aus- und Weiterbildungsanstrengungen neue Techniken erlernen und flexibel bleiben kann. Auch hier können die skandinavischen Länder als Vorbild dienen, in denen Menschen über vierzig weit mehr weitergebildet werden als in Deutschland. Eine Ver-

¹⁵ Vgl. James A. Fries, *Measuring and Monitoring Success in Compressing Morbidity*, in: *Annals of Internal Medicine*, 139 (2003), S. 455–459.

¹⁶ Vgl. Axel Börsch-Supan/Ismail Düzgün/Matthias Weiss, *Age and Productivity in Work Teams: Evidence from an Assembly Line*, in: *Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e. V.*, (2006) 9, S. 9.

besserung der Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind politisch unkontrovers und eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit, sind aber bislang Lippenbekenntnisse geblieben, weil Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Staat sich um die Finanzierung streiten.

Drittens ist es sinnvoll, wenn durch teilweise kapitalgedeckte soziale Sicherungssysteme (Rente, Krankenversicherung, Pflegeversicherung) ein Kapitalstock angesammelt wird, der uns über die Dauer seiner Akkumulation hilft, zusätzliches Produktivkapital zu schaffen, und gleichzeitig die jüngere Generation von zukünftigen Sozialabgaben entlastet. Ein höherer Bestand an produktivem Kapital in den Sozialversicherungssystemen hilft, die Spitzenbelastung der jungen Generation durch hohe Beitragssätze abzumildern, die in den Jahren 2020 bis 2035 entsteht. *Abbildung 1* (links unten) zeigt, wie für etwa 15 Jahre eine Spitzenlast an Renten- und sonstigen Sozialversicherungsleistungen für Ältere von den Jüngeren getragen werden muss.

Dieser dritte Punkt ist sehr kontrovers. Vor allem mag uns die jüngste Finanzkrise skeptischer gemacht haben – tatsächlich aber ist das Altersvorsorgevermögen (etwa der Riesterrenten) von der Finanzkrise praktisch unberührt geblieben, weil es sicher und nicht spekulativ angelegt war. Sogar die Ansprüche auf die gesetzliche Rente waren stärker von der Krise betroffen als die Ansprüche auf Auszahlungen aus Riestervermögen.⁷ Und ein dramatisches Abschmelzen der Vermögenswerte, wenn die Babyboom-Generation in Rente geht, lässt sich ebenfalls ausschließen.⁸

Simulationsrechnungen

Alle drei Komponenten des BIPs – Erwerbstätigkeit, Produktivität und Kapitalstock – können auch bei einer alternden Gesellschaft wachsen. Unsere Gesellschaft ist also keineswegs zum Stillstand oder gar Rückschritt verdammt; ganz im Gegenteil bietet die Tatsache, dass Menschen im Alter von 60 Jahren heute

⁷ Vgl. Axel Börsch-Supan/Martin Gasche/Michael Ziegelmeyer, Auswirkungen der Finanzkrise auf die private Altersvorsorge, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, (2010) 4, S. 383–406.

⁸ Vgl. James M. Poterba, Demographic Structure and Assets Returns, in: Review of Economics and Statistics, (2001) 4, S. 565–584.

eher den Menschen im Alter von 50 Jahren vor einer Generation ähneln, eine enorme Chance.

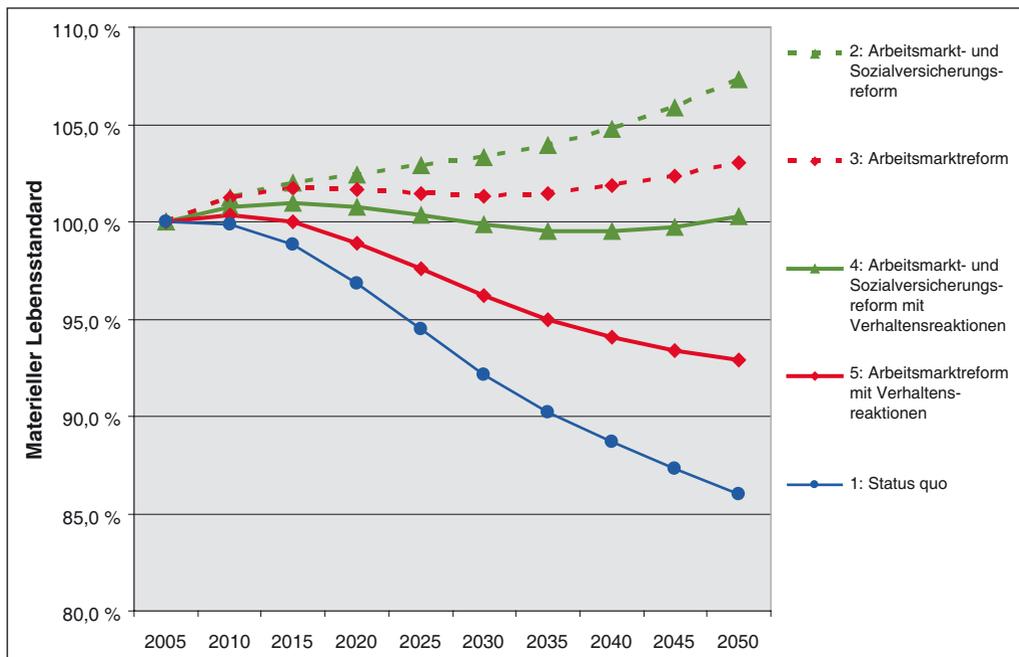
Die moderne Volkswirtschaftslehre bedient sich relativ komplizierter Rechenmodelle, um diese Überlegungen wissenschaftlich zu fundieren und quantitativ auszudrücken. Die Komplikationen liegen weniger in den erläuterten Grundlinien, sondern in den gegenseitigen Abhängigkeiten (zum Beispiel: weniger Produktivkapital verringert auch die Arbeitsproduktivität), der internationalen Einbindung der deutschen Volkswirtschaft und den Verhaltensreaktionen auf Gesetzesänderungen.

Abbildung 3 zeigt das Ergebnis eines solchen Rechenmodells, das die ökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels simuliert.⁹ Zielvariable ist der ökonomische Lebensstandard eines Durchschnittsdeutschen während des demografischen Wandels, der hier bis zum Jahr 2050 verfolgt wird, und zwar gemessen an den durch Arbeits- und Renteneinkommen definierten Konsummöglichkeiten im Vergleich zu einer Bevölkerung, die nicht altert. In *Abbildung 3* bedeuten 100 Prozent im Jahr 2050 also, dass es einem typischen Deutschen genauso gut geht wie wenn es den demografischen Wandel nicht geben würde.

Die unterste Kurve (Kurve 1) beschreibt den wirtschaftspolitischen Status quo in dem Sinne, dass die Menschen während des demografischen Wandels unter den gleichen arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Rahmenbedingungen leben wie heute. Diese Kurve entspricht, was die Erwerbsbeteiligung angeht, dem Status-quo-Szenario in *Abbildung 2*. Man sieht, dass der Lebensstandard deutlich absinkt, bis 2050 um etwa 17 Prozent, also um ein gutes Sechstel. Wegen der deutlich kleineren Zahl von Erwerbstätigen schrumpft der gesamtwirtschaftliche „Kuchen“, weil weniger Menschen Güter und Dienstleistungen produzieren. Dies kann auch nicht durch Importe wettgemacht werden, denn diese müssen aus den deutschen Exporterlösen bezahlt werden – doch für die Herstellung von Exportprodukten gibt es ebenso wie für die inländische Produktion weniger Erwerbstätige.

⁹ Vgl. Axel Börsch-Supan/Alexander Ludwig, Old Europe is Aging: Reforms and Reform Backlashes, in: John Shoven (ed.), Demography and the Economy, Chicago 2011.

Abbildung 3: Entwicklung des materiellen Lebensstandards unter alternativen Annahmen



Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 3 ist relativ zu einer Entwicklung ohne den demografischen Wandel. Absolut gesehen wird die Produktivitätsentwicklung dies mehr als ausgleichen, wir werden also nicht real ärmer trotz des demografischen Wandels. Aber da die Produktivität in unseren Nachbarländern ebenso steigt (in den meisten unserer Nachbarländern übrigens stärker als bei uns), der Alterungsprozess in Deutschland aber mit der Ausnahme Italiens deutlich ausgeprägter ist, würden wir im Vergleich mit unseren Nachbarländern Jahr für Jahr ärmer werden.

Die übrigen Kurven zeigen, dass es nicht so kommen muss. Dem Status-quo-Szenario werden zwei Politikmaßnahmen (Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreform) mit und ohne Verhaltensreaktionen gegenübergestellt. Im besten Falle wird die Zukunft wie Kurve 2 aussehen. Ihr liegt eine Reform des Arbeitsmarktes zugrunde, welche die Erwerbstätigkeit auf das dänische Niveau erhöht, also der „dänischen“ Entwicklung der *Abbildung 2* entspricht. Zudem werden die alterungsabhängigen, umlagefinanzierten Sozialversicherungen – also die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen – stärker kapitalgedeckt finanziert. Riester- und

Betriebsrentensystem werden also weiter ausgebaut, die gesetzliche Krankenversicherung muss ebenso hohe Rücklagen bilden wie die privaten Krankenversicherungen und die Pflegeversicherung wird komplett kapitalgedeckt. Werden alle diese Reformen vollständig umgesetzt und von der Bevölkerung angenommen, zeigt Kurve 2, dass im Zuge des demografischen Wandels unser Lebensstandard sogar deutlich steigen kann.

Wird reformpolitisch zwar eine Angleichung der deutschen Erwerbstätigkeit an die dänische geschafft, aber auf eine stärkere kapitalgedeckte Finanzierung der Sozialversicherungen verzichtet, ergibt Kurve 3 immer noch einen leichten Anstieg des Lebensstandards, allerdings nur dann, wenn die Arbeitsmarktreformen, einschließlich der Rente mit 67, auch vollständig von der Bevölkerung angenommen werden.

Typischerweise ist das jedoch nicht der Fall. Die Verhaltensreaktionen auf Gesetzesänderungen sind komplex. In den seltensten Fällen machen die Menschen genau das, was der Gesetzgeber im Sinn hatte – meistens gibt es Ausweichreaktionen. So wird die Einführung der Rente mit 67 aller Wahr-

scheinlichkeit nicht zu einer Erhöhung des durchschnittlichen Renteneintritts um zwei Jahre führen, sondern um deutlich weniger, weil dann zum Beispiel mehr Menschen Erwerbsminderungsrenten beantragen. Auch die Riesterreute haben bei weitem nicht alle Haushalte angenommen, sondern, je nach Einkommensschicht, zwischen ein und zwei Drittel der Anlageberechtigten.

Die Kurven 4 und 5 versuchen, diese ausweichenden Verhaltensreaktionen zu simulieren und entsprechen den Kurven 2 und 3. Nun wird es schon schwieriger, die Folgen des demografischen Wandels abzufedern: Nur mit einer Kombination aus Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreform wird das gelingen.

Schlussfolgerungen

Eine deutlich sinkende Anzahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter, höhere Sozialausgaben bei weniger Beitragszahlern, Kapitalmarktverluste für die Babyboomer, die Gefahr eines sinkenden Lebensstandards: Die ökonomischen Herausforderungen an eine alternde Gesellschaft sind groß und zahlreich. Hinzu kommen die vielfältigen gesellschaftlichen und medizinischen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft. Sie reichen von der Ausgestaltung eines demografiefesten Gesundheitssystems über Pflege und Zuwendung einer großen, immer älter werdenden Babyboom-Generation zu den Auswirkungen auf die große Politik: Ein alterndes Deutschland wird nicht den Platz in der globalen machtpolitischen Hackordnung einnehmen können, den es derzeit hat.

Grund zu einem fundamentalen Pessimismus gibt es dennoch keinen. Die ökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels sind kein unabänderliches Schicksal, sondern sie können abgewendet werden, wenn eine Anpassung an die sich verändernde Welt gelingt. Zentrale Stellhebel sind eine erhöhte Erwerbsquote, vor allem unter den Älteren, und deren Aus- und Weiterbildung. Mit einer geschickten Kombination von Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreform kann unser Lebensstandard auch in Zukunft zumindest gehalten werden, vielleicht sogar steigen.

Norbert F. Schneider · Jürgen Dorbritz

Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur

Deutschland ist ein Niedrig-Fertilitäts-Land. Seit Mitte der 1970er Jahre gehört es zu den Ländern mit dem weltweit niedrigsten Geburtenniveau. Zwar gibt es in Europa mehrere Länder, die zeitweise eine niedrigere Geburtenrate aufgewiesen haben, zum Beispiel Italien, aber deren Geburtenraten sind inzwischen wieder merklich angestiegen. In Deutschland dagegen ist das Geburtenniveau seit nunmehr fast vierzig Jahren stabil sehr niedrig. Die deutsche Fertilitätssituation ist in jüngster Zeit verstärkt in die Diskussion geraten.

Norbert F. Schneider

Dr. rer. pol. habil., geb. 1955; Professor für Soziologie; Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden.
norbert.schneider@destatis.de

Jürgen Dorbritz

Dr. phil., geb. 1952; wissenschaftlicher Direktor am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (s. o.).
juergen.dorbritz@destatis.de

Drei Aspekte spielen dabei im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs eine besondere Rolle: Das konstant niedrige Geburtenniveau hat das Altern der Bevölkerung maßgeblich forciert und eine Debatte über die Sicherheit der sozialen Sicherungssysteme unter den Bedingungen des voranschreitenden demografischen Wandels ausgelöst. Immer wieder geraten dabei die Kinderlosen ins Blickfeld, denen vorgeworfen wird, durch ihr Verhalten keinen Beitrag zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft zu leisten. Daneben sind unter dem Eindruck des Schrumpfens und Alterns der Bevölkerung verstärkt Fragen nach den Ursachen der spezifischen deutschen Fertilitätssituation sowie nach der politischen Beeinflussbarkeit des generativen Verhaltens aufgeworfen worden. Schließlich wird zunehmend die Bedeutung des Wandels der Familie für die niedrigen Geburtenraten thematisiert.

Während lange Zeit unterstellt wurde, dass wirtschaftliche und infrastrukturelle Faktoren einen besonderen Einfluss auf das Gebärverhalten haben, wird mittlerweile davon ausgegangen, dass auch soziale und kulturelle Faktoren eine wichtige Rolle spielen, indem sie das Denken und Handeln der Menschen beeinflussen und maßgeblich dazu beitragen, wie die Infrastruktur, etwa im Hinblick auf die öffentliche Kinderbetreuung, beschaffen ist.

Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur zu sein, ist nicht nur wissenschaftlich von Interesse. Es geht auch darum, über die bessere Kenntnis des Geburtengeschehens Strategioptionen zur zukünftigen Steuerung des demografischen Wandels zu entwickeln. Eine Veränderung des generativen Verhaltens ist einer der möglichen Wege, die weitere demografische Entwicklung zu beeinflussen und die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung mittelfristig abzumildern.

Generatives Verhalten im internationalen Vergleich

In Europa bestehen gegenwärtig, gemessen an der zusammengefassten Geburtenziffer (*total fertility rate*, TFR),¹ deutliche Fertilitätsunterschiede. Die Spanne reicht von 1,31 Kindern je Frau in Lettland bis 2,23 in Island. Deutschland rangiert mit einer für die Jahre 2005 bis 2010 gemittelten Geburtenziffer von 1,32 weltweit auf dem zehnten Platz der Länder mit der niedrigsten Geburtenziffer. Noch

¹ Die zusammengefasste Geburtenziffer errechnet sich aus der Summe aller altersspezifischen Geburtenziffern von Alter 15 bis 45 bzw. 49. Die TFR ist eine zusammengesetzte, hypothetische Kennziffer und gibt an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für deren ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Kalenderjahres gelten würden. Sie ist die am häufigsten verwendete Kennziffer zur Charakterisierung des aktuellen Geburtenniveaus, weil die tatsächlichen durchschnittlichen Geburtenzahlen je Frau erst dann festgestellt werden können, wenn die Frauen das gesamte gebärfähige Alter durchlaufen haben. Der Ausweis, wie viele Kinder die Frauen tatsächlich bekommen, erfolgt in der Kennziffer „endgültige Kinderzahl“. Die TFR hat den Nachteil, dass sie durch das Vorziehen von Geburten in ein niedrigeres oder das Verschieben in ein höheres Lebensalter beeinflusst wird. Da die Fertilitätsverhältnisse des jeweils betrachteten Kalenderjahres unterstellt werden, wird in den vergangenen Jahren die tatsächliche Fertilität der Frauen mit der zunehmenden Zahl von Geburten im höheren Alter unterschätzt.

niedriger sind die Ziffern unter anderem in Südkorea (1,22), Japan (1,27), Weißrussland (1,28) und der Ukraine (1,31).² Beim gegenwärtigen Geburtenniveau in Deutschland ist die Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die Elterngeneration. Erstmals seit geraumer Zeit ist in Europa aber in einer ganzen Reihe von Ländern wieder ein Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffern zu beobachten – Deutschland gehört jedoch nicht dazu.

Neben der Geburtenziffer bestehen einige weitere bedeutsame Unterschiede im generativen Verhalten in Europa: Bei den Anteilen nichtehelich Lebendgeborener reicht die Spannweite nach Angaben von Eurostat in Europa von 6,6 Prozent in Griechenland bis 64,4 Prozent in Island. Deutschland weist mit 30,2 Prozent ein mittleres Niveau auf. Dabei bestehen nach Angaben des Statistischen Bundesamts ausgeprägte Unterschiede zwischen Ost und West. Während in Westdeutschland 24,6 Prozent aller Kinder im Jahr 2009 außerehelich geboren wurden, waren es in Ostdeutschland 59,9 Prozent. Zwischen dem Geburtenniveau und den Anteilen nichtehelich Lebendgeborener lässt sich ein statistischer Zusammenhang nachweisen: In der Tendenz erreicht die zusammengefasste Geburtenziffer in den Ländern ein höheres Niveau, in denen die Anteile nichtehelicher Geburten hoch sind. Die Entkoppelung von Ehe und Elternschaft ist ein Merkmal der Deinstitutionalisierung der Ehe. Angenommen wird, dass die soziale Institution Ehe mit den sie stützenden vielfältigen Rechten und Pflichten an Attraktivität verloren und sich für einen wachsenden Teil der Menschen in Europa eher zum Hindernis für die Verwirklichung individueller Lebensentwürfe entwickelt hat. In Ländern wie etwa den südeuropäischen, in denen nichteheliche Elternschaft weiterhin stigmatisiert ist, wirkt dieser Zusammenhang negativ auf das Geburtengeschehen.

Das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt von Kindern ist in Deutschland und in Europa seit den 1970er Jahren stark angestiegen und steigt derzeit noch weiter. 2009 hatten bulgarische Kinder die jüngsten Mütter, sie waren im Durchschnitt 26,6 Jahre,

² Vgl. United Nations (Department of Economic and Social Affairs, Population Division), *World Population Prospects: The 2008 Revision*. CD-ROM Edition, New York 2009.

und die schweizerischen Kinder die ältesten (31,1 Jahre). Während in den vormals sozialistischen Ländern die Kinder immer noch vergleichsweise früh zur Welt kommen, sind laut Eurostat die Mütter in West- und Südeuropa bei der Geburt ihrer Kinder etwa 30 Jahre alt, in Deutschland 30,2 Jahre.

Deutschland, insbesondere Westdeutschland, gilt als die Region mit der höchsten Kinderlosigkeit in Europa. Jede vierte Frau, die 1968 in der Bundesrepublik geboren wurde, ist kinderlos geblieben. In Ostdeutschland sind es nur 12,7 Prozent. Mit Westdeutschland vergleichbare Werte finden sich nur noch in der Schweiz und in Österreich. Der Anstieg dauerhafter Kinderlosigkeit ist jedoch ein europaweiter Trend. Sie wird in den weiteren Betrachtungen erhöhte Aufmerksamkeit erfahren.

Rückgang der Fertilität seit Ende des 19. Jahrhunderts

Die heutige Fertilitätssituation ist ohne die Kenntnis ihrer historischen Entwicklung nicht zu verstehen. Für die Langzeitanalyse der Geburtenentwicklung stehen zwei Kennziffern zur Verfügung – die zusammengefasste Geburtenziffer in den Kalenderjahren und die endgültige Kinderzahl der Frauen nach Geburtsjahrgängen.[¶] Nur die Betrachtung beider Ziffern ermöglicht belastbare Einschätzungen.

Ein erstes Bild über den langfristig verlaufenden Fertilitätstrend bietet die Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer im Zeitraum 1871 bis 2009 (*Abbildung 1*). Auffällig auf den ersten Blick sind drei Sachverhalte: Erstens sinkt der Wert der zusammengefassten Geburtenziffer langfristig ab, von nahezu 5 auf unter 1,4 Kinder je Frau. Zweitens setzt sich der rückläufige Trend über eine Vielzahl von Schwankungen durch (siehe Beschriftun-

¶ Die endgültige Kinderzahl nach Geburtsjahrgängen gibt an, wie viele Kinder durchschnittlich am Ende des gebärfähigen Alters je Frau geboren worden sind. Sie ist von kurzfristigen Einflüssen auf das generative Verhalten weitgehend unbeeinflusst, hat aber den Nachteil, dass die Fertilitätssituation erst nach dem Ende des fertilen Lebensabschnitts beurteilt werden kann. Gegenwärtig kann sie für die Frauen, die im Jahr 1968 oder früher geboren wurden, festgestellt werden. Für alle späteren Geburtskohorten kann sie erst in Zukunft errechnet werden.

gen in *Abbildung 1*); diese sind ausgelöst durch besondere historische Ereignisse und vor allem durch das Ausbleiben, aber auch durch das „Vorziehen“ und „Nachholen“ von Geburten erklärbar. Schließlich sind zwei Phasen eines jeweils nachhaltigen Geburtenrückgangs erkennbar, eine zu Beginn des 20. Jahrhunderts, eine zweite zwischen 1965 und 1974.

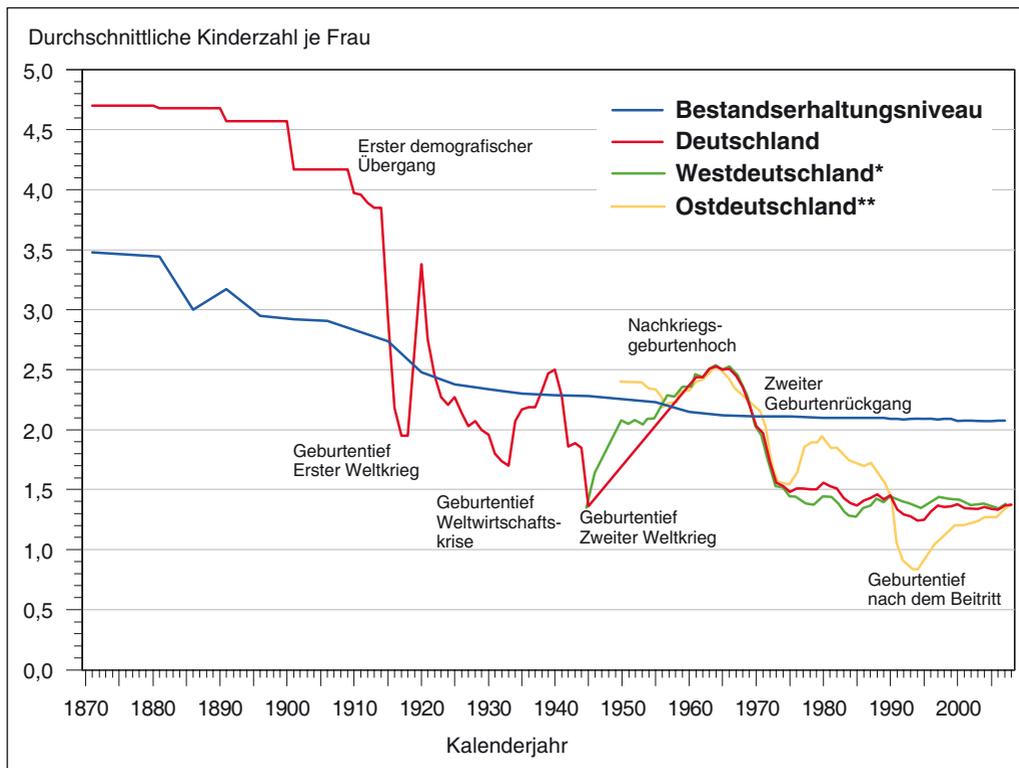
Der erste Geburtenrückgang ist Bestandteil eines generellen demografischen Übergangs, in dem zuerst die Sterbeziffern und nachfolgend die Geburtenziffern zurückgegangen sind. Der Sterblichkeitsrückgang ist hauptsächlich aus dem Wirken äußerer Faktoren im Zuge der Industrialisierung zu erklären. Maßgeblich dazu beigetragen haben der medizinische Fortschritt und die verbesserten Ernährungsmöglichkeiten. Der Fertilitätsrückgang ist dagegen viel stärker das Ergebnis veränderter individueller Handlungsweisen. Er war einerseits der intensivierten Geburtenkontrolle geschuldet und andererseits vor allem Ergebnis der veränderten Rolle des Kindes in Familie und Gesellschaft. Kinder verloren Ende des 19. Jahrhunderts ihre Bedeutung als Arbeitskraft und Altersstütze der Eltern. Statt viele Kinder zu haben, investierten Eltern verstärkt Zeit, Geld und Emotionen in wenige Kinder.[¶] Deren zukünftiger Lebensverlauf entschied sich über Erziehung und Ausbildung. Es setzte sich die Auffassung durch, dass die Eltern ihre Rolle zum Wohl des Kindes mit weniger Kindern viel besser erfüllen könnten.

Der zweite Geburtenrückgang (*Europe's second demographic transition*) schloss sich zumindest in Westdeutschland an das Nachkriegsgeburtenhoch an. Die zusammengefasste Geburtenziffer sank in kurzer Zeit sehr stark und erreichte 1975 in der Bundesrepublik mit einem Wert von 1,45 ein Niveau, das seither nur noch geringfügig unterschritten wurde. Dieser zweite Geburtenrückgang war, nach Johan Surkyn und Ron Lesthaeghe,[¶] neben der Verbreitung von zuverlässigen und leicht zugänglichen Verhütungsmitteln, vor allem durch den Prozess der Individualisierung hervorgerufen, also

¶ Vgl. Philippe Aries, *Geschichte der Kindheit*, München 1975.

¶ Johan Surkyn/Ron Lesthaeghe, Wertorientierungen und ‚second demographic transition‘ in Nord-, West- und Südeuropa: Eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, (2004) 1, S. 63–98.

Abbildung 1: Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet und Ostdeutschland, 1871/1880–2009



* ab 1990 ohne Berlin

** ab 1990 einschließlich Berlin

Für verschiedene Jahre liegen keine Daten vor, im Interesse der Darstellung einer langen Reihe wurden deshalb die Zwischenjahre geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen verschiedener Autoren (grafische Darstellung: BiB).

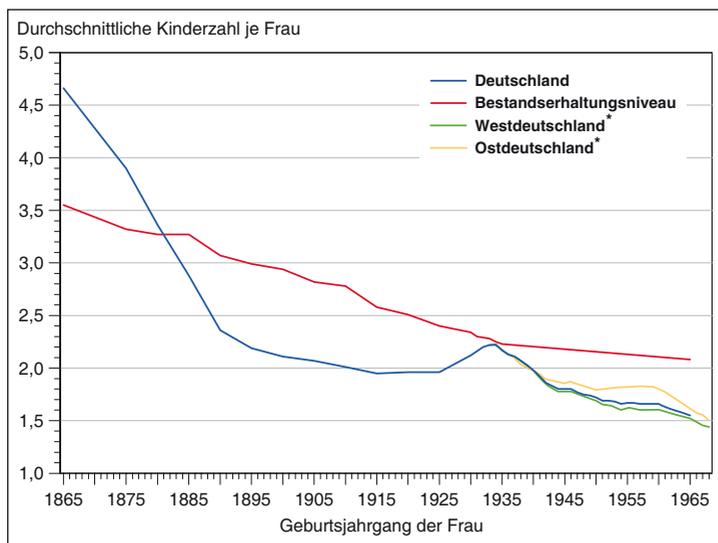
durch die Erweiterung individueller Handlungsspielräume in Verbindung mit einer größeren Autonomie und Selbstbestimmtheit, aber auch mit mehr Eigenverantwortung und Ungewissheit.

Abbildung 2 zeigt den Geburtenrückgang in der Darstellung nach den endgültigen Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge 1865 bis 1968. Der Fertilitätsrückgang weist eine ähnliche Dimension wie bei den zusammengefassten Geburtenziffern auf. Die Frauen des Geburtsjahrgangs 1865 bekamen durchschnittlich noch 4,7 Kinder, bei den Frauen des Geburtsjahrgangs 1965 waren es noch 1,55. Letztmalig im Geburtsjahrgang 1880 war die Zahl der geborenen Kinder so groß wie die Zahl ihrer Eltern (Bestandserhaltungsniveau). Die endgültigen Kinderzahlen zeigen nicht mehr den stark schwankenden Verlauf wie die zusammengefassten Geburtenziffern. Die Ursache liegt da-

rin, dass besondere wirtschaftliche oder politische Ereignisse das Timing von Geburten in bestimmten Kalenderjahren unmittelbar beeinflussen, daraus aber keine entsprechenden Effekte auf die im Lebenslauf endgültig realisierte Kinderzahl resultieren. So wurden in den ersten beiden Jahren nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern nur sehr wenige Kinder geboren und die TFR sackte stark ab. In der längerfristigen Lebenslaufbetrachtung wird heute erkennbar, dass diese damals ausgebliebenen Geburten später zu einem erheblichen Teil nachgeholt wurden und sich die endgültig realisierte Kinderzahl jener Kohorten nur geringfügig von der ihrer Vorgängerinnen unterscheidet.

Letztlich erfährt man über die Betrachtung der beiden Fertilitätsmaße nur Durchschnittswerte, die Auskunft über die Höhe des Fertilitätsniveaus geben. Weitere Einsich-

Abbildung 2: Endgültige Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge 1865–1968 in Deutschland, dem früheren Bundesgebiet und Ostdeutschland



* Jeweils ohne Berlin.

Für verschiedene Jahre liegen keine Daten vor, im Interesse der Darstellung einer langen Reihe wurden deshalb die Zwischenjahre geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen verschiedener Autoren (grafische Darstellung: BiB).

ten in die Fertilitätsmuster sind notwendig und können erreicht werden, indem die Verteilung der Frauen nach der Zahl der geborenen Kinder in differenzierten Fertilitätsanalysen betrachtet wird.

Unterschiedliche Fertilitätsmuster

West-Ost-Differenzierungen. Eines der prägenden Merkmale der deutschen Fertilitätssituation sind die nach wie vor bestehenden Unterschiede in den Fertilitätsmustern zwischen West- und Ostdeutschland. Anhand der Daten des Mikrozensus 2008 kann gezeigt werden, wie sich die durchschnittlichen Kinderzahlen und die Anteile der Frauen nach der Zahl der geborenen Kinder in den Geburtsjahrgangsgruppen von 1933/1938 bis 1964/1978 verändert haben. Der Geburtenrückgang hat sich in beiden Großregionen Deutschlands auf zwei Wegen vollzogen. Zunächst haben sich bei den älteren Geburtsjahrgängen die Anteile der Frauen reduziert, die drei bzw. vier oder mehr Kinder geboren haben (Tabelle 1). Bei den jüngeren Jahrgängen sind die Trends dann auseinandergedriftet. In Westdeutschland sind die Anteile kinderloser Frauen und in Ostdeutschland die

Anteile der Frauen mit nur einem Kind signifikant angestiegen. Ergebnis ist eine deutliche Reduzierung der durchschnittlichen Kinderzahlen auf einem ähnlichen Niveau.

Die Frauen der Geburtsjahrgänge 1964 bis 1968, die zum Zeitpunkt der Mikrozensusbefragung 40 bis 44 Jahre alt waren, hatten in Westdeutschland durchschnittlich 1,51 und in Ostdeutschland 1,56 Kinder. Trotz des Geburtstiefs in der Hälfte der 1990er Jahre gilt also nach wie vor, dass die ostdeutschen Frauen etwas mehr Kinder zur Welt gebracht haben. Die Fertilitätssituation in Ostdeutschland kann als die weite Verbreitung der Ein- und Zwei-Kind-Familie bezeichnet werden, wäh-

rend dauerhafte Kinderlosigkeit und Familien mit mindestens drei Kindern wenig verbreitet sind. Das westdeutsche Muster ist dagegen durch eine größere Heterogenität gekennzeichnet, wobei die hohe Kinderlosigkeit und die größere Verbreitung von Familien mit drei oder mehr Kindern auffallen.

Einfluss der Lebensform. Ein tieferer Einblick in die deutsche Fertilitätssituation gelingt, wenn die aktuelle Lebensform in die Analysen einbezogen wird. Lebensformen werden hier durch die Kombination von drei Merkmalen gebildet: Zahl der geborenen Kinder, Partnersituation und Familienstand. So wird erkennbar, dass der Zusammenhang von Elternschaft und Ehe vor allem in Westdeutschland fortbesteht. Verheiratete Frauen haben im Westen im Durchschnitt 1,82 Kinder, im Osten sind es 1,69. Dagegen haben die Frauen, die in einer nichtehelichen Lebensform (alleinlebend, nichteheliche Lebensgemeinschaft) leben, in Ostdeutschland deutlich mehr Kinder geboren (1,27) als in Westdeutschland (0,91).

Die Betrachtung des Geburtengeschehens im West-Ost-Vergleich und in Abhängigkeit von

Tabelle 1: Paritätsverteilung und durchschnittliche Kinderzahl von Frauen der Geburtsjahrgänge 1933 bis 1973 in West- und Ostdeutschland (in Prozent)

Geburtsjahrgänge (Alter)	Kinderzahl					Durchschnittl. Kinderzahl
	0	1	2	3	4+	
Westdeutschland						
1964–1968 (40–44)	24,0	22,5	36,2	12,6	4,6	1,51
1949–1953 (55–59)	15,9	25,9	38,8	13,6	5,9	1,68
1933–1938 (70–75)	11,5	20,8	34,9	18,9	13,9	2,04
Ostdeutschland						
1964–1968 (40–44)	11,8	36,0	40,0	9,2	3,0	1,56
1949–1953 (55–59)	7,2	27,2	49,9	11,8	3,9	1,78
1933–1938 (70–75)	8,8	25,9	34,5	17,3	13,5	2,01

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008, eigene Berechnung.

der Lebensform offenbart auch, wie ausgeprägt die Unterschiede in der Paritätsverteilung sein können. Verheiratete sind relativ selten kinderlos (West: 11,4 Prozent, Ost: 5,2 Prozent), die Zwei-Kind-Familie ist die am häufigsten vorkommende Lebensform, und verheiratete Frauen im Westen haben häufiger drei und mehr Kinder als verheiratete Frauen im Osten. Für die nichtehelichen Lebensformen im Westen ist Kinderlosigkeit prägend. Knapp die Hälfte der nicht verheirateten westdeutschen Frauen ist kinderlos. Im Osten dagegen hat nur etwa jede fünfte unverheiratete Frau keine Kinder (in nichtehelicher Lebensgemeinschaft 13,7 Prozent, ohne Partner 25,9 Prozent).

Die Daten zeigen eine stärkere Entkopplung von Ehe und Elternschaft in Ostdeutschland. Eine endgültige Erklärung dafür steht noch aus. Gegenwärtig dominieren drei Thesen. Die erste lautet: Es handelt sich um historisch gewachsene Fertilitätsmuster (etwa als Folge der niedrigen Anteile von Katholiken), die schon vor der Zweistaatlichkeit bestanden. Die zweite lautet: Die spezifischen Verhaltensmuster, die sich unter den familienpolitischen Bedingungen der DDR ausgebildet haben, und vor allem alleinerziehende, ledige und geschiedene Mütter gezielt unterstützt haben, wirken nach. Die dritte These stellt darauf ab, dass die höhere ökonomische Selbstständigkeit der Frauen bei der Entscheidung für Kinder und gegen Ehe eine Rolle spielt.

Bildung. Der formale Schulabschluss der Frauen differenziert die Kinderzahlen und die Paritätsverteilungen insbesondere Westdeutschland erheblich. Generell gilt: Je niedriger der berufliche Ausbildungsabschluss, desto mehr Kinder haben die Frauen zur

Welt gebracht. Im Durchschnitt haben Frauen (Westdeutschland, Geburtsjahrgänge 1964 bis 1968) ohne allgemeinen Schulabschluss 2,06 Kinder geboren. Bei den Frauen mit Hauptschulabschluss waren es 1,66, mit Realschulabschluss 1,48 und mit (Fach-)Hochschulreife 1,31. Ähnlich unterschiedlich sind die Muster der Paritätsverteilungen. Fast jede zweite Frau ohne Schulabschluss (45,5 Prozent) hat mindestens drei Kinder. Die mittleren Schulabschlüsse (Haupt- oder Realschule) sind durch eine Dominanz der Zwei-Kind-Familie gekennzeichnet. Bei den Frauen mit Hoch- und Fachschulabschluss ist die hohe Kinderlosigkeit (30,9 Prozent) auffällig.

Paarspezifische Erwerbssituation. Paarspezifische Erwerbssituationen führen in West- und Ostdeutschland zu jeweils besonderen Fertilitätsmustern. Werden die Erwerbssituationen anhand des Arbeitsumfangs (Vollzeit, Teilzeit, nicht erwerbstätig) gebildet, können die Fertilitätsmuster in fünf verschiedenen Kombinationen analysiert werden (Tabelle 2). Die Ergebnisse lassen sich in zwei Aussagen bündeln: Erstens unterscheiden sich in Westdeutschland die Fertilitätsmuster von Frauen je nachdem, ob sie in einer Vollzeiterwerbstätigkeit sind, in Teilzeit arbeiten oder nicht erwerbstätig sind. Vollzeiterwerbstätigkeit korrespondiert bei Frauen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit, kinderlos zu sein. Arbeiten beide Partner Vollzeit, sind 46,6 Prozent der Frauen kinderlos. Dagegen ist bei traditionellen Modellen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, das heißt Vollzeiterwerbstätigkeit des Mannes und Teilzeit oder Nichterwerbstätigkeit der Frau, Kinderlosigkeit außerordentlich selten und der Anteil von Familien mit drei und mehr Kindern

Tabelle 2: Frauen nach der Kinderzahl in paarspezifischen Erwerbskombinationen in den Geburtsjahrgängen 1964 bis 1968 in West- und Ostdeutschland (in Prozent)

Erwerbsform		Kinderzahl			
Männer	Frauen	0	1	2	3+
Westdeutschland					
Vollzeit	Vollzeit	46,6	22,0	23,4	8,0
Teilzeit	Vollzeit	26,7	28,8	33,3	11,2
Nicht erwerbstätig	Vollzeit	34,8	25,9	27,4	11,9
Vollzeit	Teilzeit	5,6	25,4	51,5	17,4
Vollzeit	Nicht erwerbstätig	5,0	18,6	48,1	28,3
Ostdeutschland					
Vollzeit	Vollzeit	8,3	41,5	43,5	6,7
Teilzeit	Vollzeit	10,4	41,2	34,6	13,7
Nicht erwerbstätig	Vollzeit	9,2	38,9	44,6	7,2
Vollzeit	Teilzeit	3,1	34,2	48,6	14,1
Vollzeit	Nicht erwerbstätig	5,6	30,1	44,5	19,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008, eigene Berechnung.

sehr hoch. In Ostdeutschland kommt diese Differenzierung dagegen nicht vor. Kinderlosigkeit ist in allen Kombinationen der Arbeitsteilung niedrig, und der Anteil der Ein-Kind-Familien ist jeweils höher.

Einstellungen zu Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und Geschlechterrollen

Der Befund, dass sich die Fertilitätsmuster in West- und Ostdeutschland erheblich unterscheiden, wirft die Frage auf, wodurch diese Unterschiede erklärt werden können. Analysen mit den Daten des Generations and Gender Surveys (GGS)⁶ und der European Values Study (EVS)⁷ aus dem Jahr 2008 legen nahe, dass Einstellungen und Leitbilder bei der Erklärung von Trends und Unterschieden im generativen Verhalten eine erhebliche Bedeutung haben. Untersucht wurden in der West-Ost-Differenzierung die Einstellungen zur außerhäuslichen Kinderbetreuung und die Akzeptanz egalitärer Geschlechterrollen.

⁶ Für nähere Informationen zum GGS siehe online: www.bib-demografie.de/cIn_099/nn_750130/DE/Forschung/GGS/ggs__node.html?__nncn=true (7.2.2011).

⁷ Die EVS ist ein international vergleichender Survey mit derzeit vier Erhebungen, die erste fand 1981 statt, die jüngste 2008. Befragt wurden volljährige Personen in allen Altersstufen. Die hier präsentierten Befunde beziehen sich auf die Befragten im Alter zwischen 18 und 53 Jahren.

Die Analysen zeigen, dass die Akzeptanz außerhäuslicher Kinderbetreuung in Westdeutschland geringer ist und dort das Bild der „Rabenmutter“ noch immer in den Köpfen existiert. Den Aussagen, dass Kinder, die den Großteil der Woche in einer Kinderbetreuungseinrichtung verbringen, später wahrscheinlich Probleme im Leben haben werden und dass die beste Betreuung für ein Kind die eigenen Eltern sind, wird im Westen signifikant häufiger zugestimmt. Ebenso findet im Westen laut EVS 2008 das Statement „Ein Vorschulkind wird darunter leiden, wenn seine Mutter arbeitet“ eine erheblich größere Zustimmung (57,9 Prozent) als dies im Osten der Fall ist (34,4 Prozent). Diese Befunde sind deutliche Hinweise darauf, dass Elternschaft in Westdeutschland normativ etwas anderes bedeutet als in Ostdeutschland. Neue Leitbilder wie etwa das der „Verantworteten Elternschaft“ und der „Guten Mutter“ sind im Westen präsenter und handlungsrelevanter. Eltern sehen sich dort mit besonderen Rollenerwartungen konfrontiert, die nur schwierig zu erfüllen sind – ein Umstand, der die Entscheidung zur Elternschaft für manche erschweren dürfte.

Dem Wandel der Geschlechterrollen steht die Bevölkerung mehrheitlich positiv gegenüber. Allerdings ist die Akzeptanz egalitärer Geschlechterrollen im Osten merklich höher, während die klassische Rollenteilung zwischen den Geschlechtern im Westen mehr Zustimmung erfährt. Die ostdeutschen Bundesländer kennzeichnet insgesamt

ein Einstellungsbündel, in dem die Vereinbarung von Familie und Erwerbstätigkeit, die dazugehörige Akzeptanz der außerhäuslichen Kinderbetreuung und die Befürwortung egalitärer Geschlechterrollen viel prägnanter angelegt sind als in Westdeutschland. Dort besteht eine deutlich größere Heterogenität. Eine ausgeprägte Befürwortung der klassischen Hausfrauenehe und der traditionellen Mutterrolle ist dort ebenso verbreitet wie die strikte Ablehnung dieser Aufgabenteilung.

Diskussion und Wertung

Die demografischen Betrachtungen haben erhebliche Unterschiede in den Kinderzahlen und den Paritätsmustern zwischen Ost- und Westdeutschland gezeigt, die es zu erklären gilt. Das Hauptfazit der Betrachtungen zur deutschen Fertilitätssituation ist: Das anhaltend niedrige Geburtenniveau und die speziellen Paritätsmuster resultieren aus einem besonderen Zusammenwirken struktureller und kultureller Faktoren, die im Ost-West-Vergleich unterschiedlich gestaltet sind. Ausgangspunkt des Erklärungsansatzes sind die paarspezifischen Erwerbskombinationen, die in den westdeutschen und den ostdeutschen Ländern zu stark abweichenden Handlungsmustern führen. Auffällig ist die hohe Kinderlosigkeit bei vollerwerbstätigen und hochqualifizierten Frauen im Westen.

Die Ost-West-Unterschiede lassen sich aber auch im Kontext divergenter Einstellungen zu Geschlechterrollen in Verbindung mit einer unterschiedlich starken Akzeptanz der außerhäuslichen Kinderbetreuung erklären. Verstärkt wird dieser Zusammenhang durch ungleiche Chancen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Günstigere Vereinbarkeitsbedingungen gehen in den ostdeutschen Bundesländern mit vereinbarkeitsorientierten Einstellungen und einer weitaus höheren Betreuungsquote von Kindern aller Altersgruppen in außerhäuslichen Einrichtungen einher. Daraus lässt sich die höhere Müttererwerbstätigkeit im Osten erklären und die geringe Verbreitung von Kinderlosigkeit, aber nicht das niedrige Geburtenniveau. Die Befunde deuten darauf hin, dass im Osten die Vereinbarung von Vollerwerbstätigkeit beider Partner und Familie durch die Beschränkung auf ein Kind gelöst wird.

Für Westdeutschland gilt umgekehrt, dass die oftmals schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgrund fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen sowie das nach wie vor präzente Leitbild der „guten Mutter“, also der Mutter, die zum Kind gehört, die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass berufsorientierte Frauen häufiger kinderlos bleiben. Frauen, die ihre Kinder außerhäuslich betreuen lassen, gelten in Westdeutschland schnell als „Rabenmütter“ oder halten sich selbst für solche. Um eine solche (Selbst-) Stigmatisierung zu vermeiden, verzichten sie oftmals auf Kinder, wenn sie berufstätig bleiben wollen. Andererseits ist die vergleichsweise hohe Verbreitung der traditionellen Hausfrauenehe im Westen sicherlich ein Grund dafür, dass dort der Anteil von Familien mit zwei und mehr Kindern höher ist.

Die Fertilitätsentwicklung in Ostdeutschland lässt sich momentan noch nicht endgültig beurteilen. Die Anfang der 1990er Jahre entwickelte These, wonach sich die DDR-Muster der Familienbildung schnell auflösen und im Sinn einer nachholenden Modernisierung in die westdeutschen übergehen werden, hat sich nicht bestätigt. Die familiendemografischen Trends in Deutschland variieren zwischen Konvergenz und Divergenz. Divergent sind sie bei der Paritätsverteilung der Lebendgeborenen, insbesondere bei der Kinderlosigkeit und beim Anteil der von nicht verheirateten Müttern geborenen Kinder. Konvergenz findet sich bei der Heiratsneigung und dem durchschnittlichen Gebäralter.

Die niedrigere Kinderlosigkeit und die stärkere Vereinbarkeitsorientierung bei günstigeren strukturellen Voraussetzungen legen den Schluss nahe, dass ein zukünftiger Geburtenanstieg eher im Fertilitätsmuster der ostdeutschen Bundesländer angelegt ist. Ein höheres Geburtenniveau hat sich dort bei geringer Kinderlosigkeit jedoch aufgrund hoher Anteile von Ein-Kind-Familien bislang nicht entwickelt.

In das Schema von Divergenz und Konvergenz passt auch die unterschiedliche Verknüpfung von Lebensformen und generativem Verhalten. Konvergent ist in beiden Regionen die hohe subjektive Bedeutung, die einem glücklichen Familienleben beigemessen wird. In Ost und West dominiert eine hohe Familienorientierung, die sich jedoch

auf unterschiedliche Weise manifestiert: Im Osten findet sie ihren Ausdruck durch die vergleichsweise geringen Anteile Kinderloser, bei einer fortgeschrittenen Entkoppelung von Ehe und Elternschaft. Im Westen ist dagegen der Fortbestand der engen Verknüpfung von Ehe und Elternschaft typisch.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet: Ein Anstieg des Fertilitätsniveaus in Deutschland ist ohne die Auflösung des Zusammenhangs von Kinderlosigkeit und Frauenerwerbstätigkeit in Westdeutschland und von Müttererwerbstätigkeit und Ein-Kind-Familien in Ostdeutschland nur schwer vorstellbar. Das Zusammenwirken von kulturellen und strukturellen Faktoren hat in der Vergangenheit in einem sich wechselseitig verstärkenden Prozess zur Niedrig-Fertilitäts-Situation geführt. Der Weg aus dieser Situation heraus ist nur über einen Wandel beider Faktoren denkbar. Die europäischen Vergleiche zeigen, dass im Hinblick auf die Fertilitätsunterschiede neben anderen Faktoren die Qualität und der Umfang familienexterner Kinderbetreuung ebenso bedeutsam sind wie die breite soziale Akzeptanz dieser Angebote. Ebenfalls relevant scheinen politische Bestrebungen zu sein, die darauf gerichtet sind, die Familienarbeit aus dem Hauptverantwortungsbereich der Frauen zu lösen und sie zur gemeinsamen Aufgabe und Frauen und Männern zu entwickeln.¹⁸

Der Fertilitätstrend ist nicht kurzfristig und nicht durch Einzelmaßnahmen beeinflussbar. Nur strategisch ausgerichtetes, langfristig angelegtes und konzertiertes Handeln, bei dem neben politischen Akteuren auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene auch Wirtschaft und Verbände beteiligt sind, kann eine spürbare Wirkung entfalten. Soll das Geburtenniveau angehoben werden, ist die Wahlfreiheit der Lebensführung bestmöglich zu gewährleisten. Beeinträchtigungen dieser Wahlfreiheit finden sich derzeit weniger für das Modell der traditionellen Hausfrauen- oder Hinzuverdienerehe, sondern dort, wo beide Partner Erwerbstätigkeit und Elternschaft in für sie befriedigender Weise vereinbaren wollen.

¹⁸ Vgl. Jan M. Hoem, *The Impact of Public Policies on European Fertility*, in: *Demographic Research*, (2008) 19, S. 249–259.

Hans Dietrich von Loeffelholz

Demografischer Wandel und Migration als Megatrends

Demografische Veränderungen und länderübergreifende Wanderungsbewegungen werden heute nicht nur national, sondern auch international verstärkt von Politik und Wissenschaft thematisiert und vergleichend analysiert. Natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegungen werden immer mehr als zwei Seiten einer Medaille begriffen, die aufs Engste mit gesellschaftlichen, insbesondere ökonomischen Faktoren verbunden sind und die politische Bedeutung von Ländern, Regionen und Kontinenten im globalisierten 21. Jahrhundert spürbar beeinflussen.

Wichtige Auslöser für räumliche Bevölkerungsbewegungen sind politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche *push-* und *pull-*Faktoren in den Herkunfts- und Zielländern. Darunter genießen jeweils das Rechtssystem, das Regierungshandeln, die Verfassung sowie der Arbeitsmarkt, die soziale Sicherung und die materielle wie die immaterielle Infrastruktur (etwa im Bildungs- oder Gesundheitsbereich) besondere Aufmerksamkeit. Davon werden wiederum das Geburtenverhalten, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung der Bevölkerung beeinflusst.

Der Autor dankt Dipl.-Volkswirtin Barbara Heß, Dipl.-Demograf Martin Kohls, ROAR Elmar Kubnick, Dipl.-Volkswirt Waldemar Lukas sowie Maria Wagner für kritische Kommentare, weiterführende Anmerkungen und redaktionelle Hinweise.

Hans Dietrich von Loeffelholz
Dr. rer. pol., geb. 1947; Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen Migrations- und Integrationsforschung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg; Lehrbeauftragter der Ludwig-Maximilians-Universität München; BAMF, Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg.
dr.hans-dietrich.loeffelholz@bamf.bund.de

Mit Blick auf diesen Kontext wird die Migrationspolitik etwa seit Beginn des vergangenen Jahrzehnts zu einer demo-ökonomischen Handlungsoption akzentuiert – nicht nur hierzulande, sondern auch in vielen anderen hoch entwickelten Industrieländern.¹ Im globalen Wettbewerb richtet die Migrationspolitik ihre Steuerungsakzente explizit wie implizit nicht nur nach ökonomischen Kriterien aus, sondern eben gerade auch im Hinblick darauf, inwieweit die Zuwanderung demografischen Anforderungen entsprechen kann. Deutlich kommt dies im Begriff *managing migration*² zum Ausdruck, indem mit der Gewinnung von „*the best and the brightest*“ nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch demografischen Aspekten Rechnung getragen wird.³

Demografie und Migration

Migration auf der einen Seite und Demografie auf der anderen haben sich weltweit zu sogenannten Megatrends entwickelt, die zunehmend in das Blickfeld politischer Entscheidungsträger rücken. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellt regelmäßig die Bedeutung der Migration für die Entwick-

lung in den Industrieländern heraus.⁴ Die Global Commission on International Migration⁵ (GCIM) weist in ihrem Bericht von 2005 an die Vereinten Nationen (UN) darauf hin, dass weltweit etwa 190 Millionen Menschen über internationale Grenzen hinweg unterwegs seien,⁶ was einer Verdoppelung dieser internationalen Wanderungen innerhalb der vergangenen drei Jahrzehnte entspricht.⁷

Stellt man diese Angaben in Relation zur Weltbevölkerung (6,9 Milliarden Menschen), so beträgt die globale Migrationsquote knapp drei Prozent; sie ist über längere Frist weitgehend stabil – allerdings mit erheblichen Strukturveränderungen, was die Richtung und auch die Ursachen für die jeweiligen Wanderungen nach dem Ende des „Kalten Kriegs“ angeht: Migration erfolgt heute weniger in Ost-West-, als in Süd-Nord-Richtung und sowohl innerhalb der nördlichen wie der südlichen Halbkugel. Die nationale Migrationspolitik der Zielländer versucht heute stärker als in der Vergangenheit, die Migration zu begrenzen und nach den ökonomischen, insbesondere arbeitsmarktspezifischen Erfordernissen, aber auch nach den demografischen Bedarfen des jeweiligen Landes zu steuern.

¹ Vgl. German Marshall Fund of the United States, Bellagio Dialogue on Migration, Washington, DC 2007, S. 5, wo unter dem Stichwort der gesteuerten Migration als „Human Capital Mercantilism“ auf die Gefahr einer Verschärfung von Entwicklungsunterschieden zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern hingewiesen wird. Zur Quantifizierung der „Nebeneffekte“ Wachstum und Verjüngung der Bevölkerung durch Migration vgl. Martin Kohls, Migration und der Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, (2008) 2, S. 237–249.

² Vgl. Philip Martin/Hans Dietrich von Loeffelholz/Thomas Straubhaar, Managing Migration for Economic Growth. Germany and the United States in Comparative Perspective, AIGCS Policy Report, (2002) 1.

³ Vgl. ausführlicher Hans Dietrich von Loeffelholz, Migration und demographischer Wandel aus ökonomischer Perspektive, in: Stefan Luft/Peter Schimany (Hrsg.), Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven, Bielefeld 2010, S. 211–242; mit Betonung auf die ostdeutschen Länder und im konjunkturellen Kontext: ders., Demografischer Wandel und Migration – Erfahrungen, Perspektiven und Optionen zu ihrer Steuerung, in: Ullrich Heilmann (Hrsg.), Demografischer Wandel in Deutschland. Befunde und Reaktionen, Volkswirtschaftliche Schriften 559, Berlin 2010, S. 93–127.

⁴ Vgl. OECD, International Migration Outlook: SOPEMI 2009, Paris 2009.

⁵ Vgl. Global Commission on International Migration (GCIM), Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien, Nürnberg 2005.

⁶ Nicht berücksichtigt sind dabei die landesinternen Migrantinnen und Migranten, die zum Beispiel von Nord- nach Süd-China als Arbeitskräfte zuwandern oder in östlicher Richtung in die Megastädte an der Ostküste ziehen.

⁷ Vgl. auch Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucasen/Jochen Oltmer (Hrsg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn–München 2007. Die mit den internationalen Wanderungen verbundenen Rücküberweisungen, durch welche die Migranten Gelder, die sie im Zielland verdient haben, der im Herkunftsland verbliebenen Familie zukommen lassen, spielen für Entwicklungsländer als staatliche Devisen- und vor allem als private Einkommensquelle eine deutlich größere Rolle als Zuwendungen im Rahmen der Entwicklungshilfe. Die Summe der globalen Rücküberweisungen – nach einer Schätzung der Weltbank im Jahr 2007 in Höhe von 240 Milliarden US-Dollar – entspricht dem Dreifachen der offiziellen Entwicklungshilfe der OECD-Länder. Seit 1990 haben sich die weltweiten Rücküberweisungen verdreifacht, in die Entwicklungsländer sogar mehr als verfünffacht. Die über informelle Kanäle außerhalb des Bankensystems transferierten Gelder schätzt die Weltbank als noch höher ein.

Wenn indes Mitte dieses Jahrhunderts nach den Projektionen der UN je nach den Varianten und demografischen Annahmen zwischen fast acht und mehr als elf Milliarden Menschen auf der Erde leben,⁸ werden bei unveränderter Migrationsquote zwischen 240 und 330 Millionen Personen nicht in ihrem Geburtsland leben. Inwieweit es sich dabei neben Arbeits-, Familien- oder Bildungsmigranten auch um Umwelt- oder Bürgerkriegsflüchtlinge handeln wird, inwieweit sie im Rahmen der jeweiligen rechtlichen Regelungen oder irregulär zuwandern und auf welche Länder, Regionen oder Kontinente sie sich verteilen werden, ist von den genannten *push*- und *pull*-Faktoren abhängig.⁹

Während Wanderungen erst seit Ende des Ost-West-Konflikts in den 1990er Jahren (wieder) mehr ins öffentliche Bewusstsein traten, wurden demografische Entwicklungen und Implikationen, insbesondere niedrige Geburtenraten und Alterung der Bevölkerung in den Industrieländern, national wie international, schon seit Mitte der 1970er Jahre von der Wissenschaft als Megatrends erkannt, analysiert und in die politische Debatte eingebracht.¹⁰ In Deutschland legte eine entsprechende Enquêtékommision des Deutschen Bundestages zwischen 1994 und 2002 diesbezügliche Berichte vor.¹¹

Die Ergebnisse, die schon damals auf die längerfristig bevorstehende Schrumpfung und Alterung der hiesigen Bevölkerung hinwiesen, sind allerdings in Folge der Wiedervereinigung und der massiven Aussiedler- und Asylzuwanderungen zu dieser Zeit zunächst in den Hintergrund gedrängt worden. Politische Reaktionen auf nachhaltige demogra-

fische Veränderungen gab es erst Mitte des vergangenen Jahrzehnts durch Maßnahmen zur Verlängerung der Erwerbsphase.¹² Diese folgt der steigenden Lebenserwartung, die mit einer seit über drei Jahrzehnten niedrigen Geburtenhäufigkeit einhergeht.¹³ Hält diese Entwicklung, wie allgemein erwartet wird, weiter an, wird die Zahl der Einwohner hierzulande nach den aktuellen Bevölkerungsvorausberechnungen von 82 Millionen am Ende des Jahres 2008 auf eine Spannweite zwischen 62 und 77 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Dieser Trend verläuft ebenso wie in anderen Ländern der Europäischen Union (EU) wie etwa in Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien, aber anders jedoch als in Frankreich, Großbritannien und in ganz Skandinavien, wo die jeweiligen Bevölkerungen zunehmen werden.

Nach den aktuellen Eurostat-Projektionen auf Basis der entscheidenden demografischen Variablen (Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und (Netto-)Zuwanderung) – also ohne Berücksichtigung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Anpassungsreaktionen¹⁴ – wird Deutschland im Jahr 2060 nicht mehr das Land mit der größten Bevölkerung in der (heutigen) EU-27 sein.¹⁵ Damit ist eine erhebliche und politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich höchst relevante Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung verbunden: Während heute 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre) 33 Ruheständler (Personen über 65 Jahre) gegenüberstehen, verdoppelt sich der Anteil der über 65-Jäh-

⁸ Vgl. United Nations, World Population Prospects. 2008 Revision, New York 2009.

⁹ Zur Abschätzung des Süd-Nord-Migrationspotenzials vgl. Susanne Schmid unter Mitarbeit von Kevin Borchers, Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika, BAMF-Forschungsbericht 7, Nürnberg 2010.

¹⁰ Vgl. Thomas J. Espenshade/William J. Serow, The Economic Consequences of Slowing Population Growth, New York u. a. 1978.

¹¹ Vgl. Deutscher Bundestag, Enquêtékommision „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Zwischenbericht vom 14. 6. 1994 (Drucksache 12/7876) und Endbericht vom 28. 3. 2002 (Drucksache 14/8800).

¹² Die seit 1992 umgesetzten Rentenreformen erfolgten auch schon unter dem Eindruck der sich verschiebenden Relationen zwischen aktiver und inaktiver Generation.

¹³ Vgl. Peter Schimany, Migration und demographischer Wandel. BAMF-Forschungsbericht 5, Nürnberg 2007.

¹⁴ Vgl. zu den Optionen und Anpassungserfordernissen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Die Auswirkungen der demographischen Alterung in der EU bewältigen (Bericht über die demographische Alterung 2009), KOM(2009) 180 endgültig, Brüssel 29. 4. 2009.

¹⁵ Vgl. Eurostat, Europe in figures. Eurostat yearbook 2010, Luxembourg 2010, S. 163. Demnach wird Frankreich 72 Millionen und Großbritannien sogar 77 Millionen Einwohner aufweisen.

rigen bis 2060. Das Medianalter, das genau zwischen der jüngeren und der älteren Hälfte der Bevölkerung liegt, steigt bis 2050 von 43 Jahren (2008) auf 52 Jahre.¹⁶

Zuwanderungen nach Deutschland

Vor diesem Hintergrund interessiert die dem Auf und Ab der Konjunktur seit Mitte der 1950er Jahre folgende und aus unterschiedlichen Anlässen (Flucht, Asyl, Arbeitsaufnahme, Familienzusammenführung oder Bildung) mehr oder weniger ausgeprägte Migration nach Deutschland.¹⁷ Diese erhöhte den Bestand an Ausländern in Deutschland von 506 000 Personen im Jahr 1951 bis auf den Höchststand von fast 7,4 Millionen im Jahr 1997, was einem Bevölkerungsanteil von etwa neun Prozent entsprach. Bis 2009 gab die Zahl auf etwas mehr als 7,1 Millionen nach, der Bevölkerungsanteil fiel damit auf 8,7 Prozent.¹⁸

Zusätzlich zu diesen Personen mit einem ausländischen Pass leben in Deutschland 8,4 Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund, also zusammen fast 16 Millionen mit einem solchen Hintergrund,¹⁹ was etwa einem Fünftel der Gesamtbevölkerung entspricht. Dieser Bevölkerungsanteil wird zukünftig noch zunehmen. Die Gesellschaft wird also nicht nur älter und zahlenmäßig kleiner, sondern immer „bunter“,²⁰ auch

¹⁶ Vgl. P. Schimany (Anm. 13), S. 134.

¹⁷ Im Einzelnen vgl. H. D. von Loeffelholz (Anm. 3) S. 120 ff.

¹⁸ Vgl. Bundesministerium des Innern und BAMF, Migrationsbericht 2009, Nürnberg 2011, S. 227. Damit liegt Deutschland im internationalen Vergleich nach Angaben der OECD etwa im Mittelfeld. Vgl. OECD, Society at a Glance. OECD Social Indicators, Paris 2009, S. 67. Nach Angaben des Ausländerzentralregisters lebten in 2009 in Deutschland knapp 6,7 Millionen Ausländer, was einem Anteil von 8,2 Prozent entspricht.

¹⁹ Das sind nach der amtlichen Definition alle seit 1949 auf das heutige Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer sowie alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

²⁰ Derzeit leben zwischen 3,8 und 4,2 Millionen Muslime in Deutschland, was einem Bevölkerungsanteil von rund fünf Prozent entspricht. Dieser Anteil wird nach den neuesten Abschätzungen des Pew Forum on Religion & Public Life bis 2030 auf sieben

wenn in Zukunft die tatsächliche Migration auf Dauer vergleichsweise niedrig bleibt.

Die Niveau- und Strukturveränderungen gelten naturgemäß auch in Bezug auf die Erwerbstätigen und Arbeitslosen sowie die sogenannte Stille Reserve, also für das zivile Erwerbspersonenpotenzial.²¹ Kann indes Deutschland in Zukunft entgegen den in den veröffentlichten Vorausberechnungen bzw. Abschätzungen und Projektionen vorgenommenen Wanderungsannahmen wie seit 2004 nur wenige Migrantinnen und Migranten auf Dauer gewinnen, sinkt die Bevölkerungszahl und das Erwerbspersonenpotential in Richtung der unteren Bandbreite der Schätzungen. In welchem Ausmaß diese Einwohnerinnen und Einwohner tatsächlich als effektives Arbeitsangebot zur Verfügung stehen und erwerbstätig sind, ist dann von einer Vielzahl von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen sowie allfälligen Anpassungsmechanismen abhängig.

Jedenfalls bedeutet eine geringe (Netto-)Zuwanderung nach Deutschland, dass zum Ausgleich der demografisch bedingt weiter abnehmenden Zahl der jüngeren Personen bei zunehmender Zahl der älteren die Anforderungen an alle Altersgruppen steigen, soll der individuelle Lebensstandard aufrechterhalten werden.²² Der dazu erforderliche Einsatz und die damit verbundenen privaten und öffentlichen Investitionen müssten auf allen Ebenen massiv gesteigert werden. Dies

Prozent bzw. 5,5 Millionen Personen anwachsen. Vgl. Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs, Muslimisches Leben in Deutschland. BAMF-Forschungsbericht 6, Nürnberg 2009, S. 53 ff; Pew Forum on Religion & Public Life, The Future of the Global Muslim Population, Washington, DC Januar 2011. Zur europa- und weltweiten Entwicklung vgl. auch Islam and demography: A waxing crescent, in: The Economist vom 27.1.2011, S. 54.

²¹ Vgl. Johann Fuchs, Demografische Effekte auf das Erwerbspersonenpotenzial. Vortrag auf der „Fachkräftekonferenz“ im Rahmen der Reihe „Wissenschaft trifft Praxis“, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg, 29./30.4.2008; Johann Fuchs/Gerd Zika, Arbeitsmarktbilanz bis 2025: Demografie gibt die Richtung vor, IAB-Kurzbericht, (2010) 2.

²² Vgl. Axel Börsch-Supan/Christina B. Wilke, Zur mittel- und langfristigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, (2009) 1, S. 25–48. Siehe auch den Beitrag von Axel Börsch-Supan in diesem Heft.

gilt umso mehr, wenn Deutschland mit einer Netto-Abwanderung konfrontiert ist.

Zusätzliche Anstrengungen erscheinen umso dringlicher, als die EU-Osterweiterung im Mai 2004 kaum zu zusätzlicher Zuwanderung nach Deutschland geführt hat. Auch die am 1. Mai 2011 auslaufenden Übergangsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die damals der EU beigetretenen ost- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten lässt kaum einen „Ansturm“ bzw. eine Konzentration der Migrationsbewegungen auf Deutschland erwarten.²³

In einer aktuellen Publikation thematisiert die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Perspektive 2025 und nennt zehn Handlungsfelder, um eine nachhaltige und sichere Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Fachkräften zu erreichen.²⁴ Neben den neun internen Optionen, wie zum Beispiel Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren und steuerrechtlichen Anpassungen,²⁵ wird eine Steuerung der Zuwanderung zur Gewinnung von 400 000 bis 800 000 Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland („Drittstaaten“) in den nächsten 15 Jahren, also jahresdurchschnittlich 27 000 bis 54 000 Personen, gefordert.²⁶ 2009 sind allerdings nur 17 000 Fachkräfte gekommen. Zur Steigerung könnte Deutschland nach dem Vorbild klassischer Einwanderungsländer ein Punktesystem einführen, das sich – als transparentes Modell – am ausländischen Fachkräfteangebot orientiert, demografischen Anforderungen wie das in Kanada praktizierte entspricht und als Signal des Willkommens verstanden

²³ Vgl. Timo Baas/Herbert Brücker, Wirkungen der Zuwanderungen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft. Expertise im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist in seinem Jahresgutachten 2010/2011 (Tz 489 bis 498) mehrheitlich der Ansicht, dass sich die Auswirkungen der Freizügigkeit auf den Arbeitsmarkt in Grenzen halten werden.

²⁴ Vgl. BA, Perspektive 2025: Fachkräfte für Deutschland, Nürnberg 2011, S. 36.

²⁵ Die Antwort auf die Finanzierung der zusätzlich erforderlichen privaten und öffentlichen Investitionen bzw. der steuerpolitischen Einnahmenverzichte zur Erreichung der Zielsetzungen bleibt die BA allerdings schuldig.

²⁶ Vgl. BA (Anm. 24).

werden könnte. Im Jahreswirtschaftsbericht 2011 betont die Bundesregierung,²⁷ dass der Zugang von ausländischen Hochqualifizierten und Fachkräften zum deutschen Arbeitsmarkt systematisch an den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes ausgerichtet und nach zusammenhängenden, klaren, transparenten und gewichteten Kriterien wie Bedarf, Qualifizierung und Integrationsfähigkeit gestaltet werden muss.

Der Gewinnung qualifizierter Zuwanderungen und um sich auf den globalen Wettbewerb um junge Migrantinnen und Migranten einzulassen, dient die *managed migration* zur Anwerbung hoch und gut qualifizierter Arbeitskräfte einschließlich vielversprechender Unternehmer und Selbständiger aus dem Ausland. Dies sind wichtige Stichworte der nationalen und internationalen Debatte über moderne Migrationsregime. In Europa bzw. der EU versuchen die Staaten zunehmend, die Migration in ihre Länder jeweils nach ihren ökonomischen Bedarfen, insbesondere nach dem zukünftigen Bedarf ihrer demografisch tendenziell schrumpfenden Arbeitsmärkte zu beeinflussen; das beginnt schon mit der Gewinnung von ausländischen Studentinnen und Studenten sowie Auszubildenden und reicht über die Adressierung (hoch-)qualifizierter Arbeitskräfte, Hochqualifizierter und Rückkehrer aus dem Ausland bis zur Reduzierung von Abwanderungen.

Steuerung der Migration

Hierzulande begann eine derartige Migrationspolitik, die freilich anders als in der Vergangenheit mit Blick auf die sich verändernde sektorale Produktionsstruktur der Wirtschaft mehr auf kognitive als auf physische Fähigkeiten setzt (*brain* statt *brawn*), mit der *Green-Card*-Initiative der Bundesregierung im März 2000. Mit der Anwerbung von ausländischen IT- und Kommunikationsexperten wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der 2004 zur Inkraftsetzung des Zuwanderungsgesetzes führte. Dieses begrenzt und steuert per Aufenthaltsgesetz seit Anfang 2005 unter Aufrechterhaltung des seit

²⁷ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Technologie, Jahreswirtschaftsbericht 2011. Deutschland im Aufschwung – den Wohlstand von morgen sichern, Berlin 2011, S. 17.

1973 geltenden Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten die Arbeitsmigration nach Deutschland insbesondere nach seinen jeweiligen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen. Wegen der aktuellen und noch anstehenden Erweiterungen der EU um die ost- und südosteuropäischen Beitrittsländer bzw. -kandidaten kann sich diese Steuerung naturgemäß nur noch auf Migrationen aus immer weiter entfernt liegenden Staaten und Regionen in Europa, Asien und Afrika beziehen.

Mit dem sogenannten Richtlinienumsetzungsgesetz, das Ende August 2007 in Kraft trat, wurde neben der Erleichterung des Zuzugs von Selbständigen eine Vereinfachung des Zulassungsverfahrens für Forscher aus Drittstaaten eingeführt. Fast gleichzeitig wurden Erleichterungen beim Zuzug von Bewerbern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten mit Ingenieurberufen in den Fachrichtungen Maschinen-, Fahrzeugbau und Elektrotechnik sowie beim Zugang ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen zum Arbeitsmarkt beschlossen (durch Verzicht auf individuelle Vorrangprüfung^{F²⁸}). Im Sommer 2008 wurde von der Bundesregierung ein Aktionsprogramm unter dem Titel „Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ vorgelegt. Es sieht eine Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Hochqualifizierte vor, damit absehbare Engpässe am Arbeitsmarkt möglichst verhindert werden und angesichts der oben skizzierten demografischen Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials schon jetzt Vorsorge getroffen werden kann. Die gesetzlichen Grundlagen dafür wurden mit dem Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz ab Beginn des Jahres 2009 gelegt.

Knapp ein halbes Jahr nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wurde im Juni 2009 die EU-Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung verkündet.^{F²⁹} Diese legt gemeinsame Mindeststandards für die Auf-

^{F²⁸} Individuelle Vorrangprüfung: Verfahren, in dem ermittelt wird, ob bei der Besetzung eines bestimmten Arbeitsplatzes mit einem (ausländischen) Bewerber ein bevorrechtigter (deutscher oder EU-) Bewerber benachteiligt würde.

^{F²⁹} Richtlinie 2009/50/EG des Europäischen Rates vom 25.5.2009.

nahme von drittstaatsangehörigen Fachkräften in den Mitgliedstaaten fest, die eine sogenannte *Blue Card* erhalten (nach der Farbe der Europafahne). Um in den Besitz einer solchen zu kommen, muss der Antragsteller einen Arbeitsvertrag und einen Arbeitsplatz in der EU nachweisen und über eine qualifizierte Berufsausbildung verfügen. Die Höhe des Gehalts muss dem 1,5-Fachen des Brutto-Durchschnittsgehalts im Aufnahmestaat entsprechen. Für Berufssparten, in denen ein besonderer Bedarf an Arbeitskräften besteht, kann diese Schwelle auf das 1,2-Fache des Brutto-Durchschnittsgehalts gesenkt werden.

Mit der „Blauen Karte EU“ wird ab Mitte 2011 eine weitere Option zur Verfügung stehen. Es bleibt abzuwarten, wann zusätzliche „sektorale“ Richtlinien zur Steuerung zukünftiger Zuwanderungen im Unternehmensbereich vom Europäischen Rat beschlossen und in die nationalen Gesetzeswerke umgesetzt werden. Jedenfalls sind 2009 zusätzlich zu den genannten 17 000 Fachkräften rund 12 000 Hochschulabsolventen und Akademiker oder leitende Angestellte, gut 4400 Mitarbeiter internationaler Unternehmen, 140 Forscher und 169 Hochqualifizierte nach Deutschland zur Arbeitsaufnahme eingereist. Zusammengenommen sind dies etwa so viele Personen wie unter den deutschen Staatsbürgern in diesem Jahr aus Deutschland im Saldo weggezogen sind.

Schlussfolgerungen

Die Megatrends der Alterung, Schrumpfung und zunehmenden Diversität der Bevölkerung nicht nur hierzulande, sondern europaweit auf der einen Seite und der absolut zunehmenden Zahl der internationalen Migrantinnen und Migranten auf der anderen Seite, werden sich verstärken. Dies beinhaltet in der durch die anhaltende Globalisierung „flachen Welt“^{F³⁰} mehr Chancen, Alternativen und Optionen für den Einzelnen und für die Politik, aber auch mehr Wettbewerb und Risiken.

Die Steuerungsansätze sind in Deutschland bzw. Europa deutlich auf die Gewinnung von mehr (hoch-)qualifizierten und ambiti-

^{F³⁰} Vgl. Thomas Friedman, *The World is Flat. The Globalized World in the Twenty-First Century*, London 2006.

onierten Zuwanderinnen und Zuwanderern gerichtet. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn eine umfassende Anerkennungs- und Willkommenskultur für diese auch in den klassischen Einwanderungsländern aus wirtschaftlichen *und* demografischen Gründen begehrten Fachleute mit ihren Familien etabliert wird.¹ Dies gilt umso mehr, als die Angesprochenen hochmobil sind und ihr Zuzug keine endgültige Einwanderung bedeuten muss, sondern Teil ihrer europa- bzw. weltweiten Mobilität und ihrer temporären Karriereplanung darstellen kann.

Die genannte Bedingung erscheint notwendig, aber nicht hinreichend. Hinzu kommen muss für eine ganzheitliche Migrations- und Integrationspolitik, dass auch der jeweilige Ehegatte bzw. Lebenspartner die sozioökonomischen Möglichkeiten des Zuwanderungslandes ausschöpfen kann und nicht auf bürokratische und gesellschaftliche Hindernisse bei der Realisierung des Lebensentwurfs stößt, und schließlich dass eine umfassende Informationskampagne gestartet wird. Damit sollten die Zuwanderinnen und Zuwanderer schon vor und nach ihrer Einreise zusammen mit ihren Familien stärker beraten und informiert werden. Dazu wäre eine bundesweite, zentrale Informations- und Anlaufstelle auf Dauer einzurichten, die sie durch das föderal geprägte Geflecht von Zuständigkeiten, Ansprechpartnern und für sie relevanten Institutionen lotsen kann.

Mit der Erfüllung dieser Voraussetzungen können Migration und Integration nicht nur demografischen Anforderungen in Deutschland und in der EU entsprechen. Sie können auch die zunehmenden sozioökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Megatrends abfedern helfen. Bei dieser Aufgabe sind freilich gerade auch andere Politikbereiche gefordert, wie die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Finanz- und Familienpolitik. In ihrer konsistenten Praxis liegt aber auch die Chance der Beeinflussung der Megatrends nach den eigenen Präferenzen.

¹ Vgl. Hans Dietrich von Loeffelholz, Die europäische Dimension: Brain Gain durch Blue Card?, in: Litwina Meyer (Hrsg.), Brain Gain für alle? Migration als Entwicklung – Praktische und politische Handlungserfordernisse, Loccumer Protokolle 03/08, Rehburg-Loccum 2009.

Thomas Bryant

Alterungsangst und Todesgefahr – der deutsche Demografie-Diskurs (1911–2011)

Obwohl die Interpretation des „demografischen Wandels“ im 20. Jahrhundert auch in vielen anderen (vornehmlich westeuropäischen) Ländern nicht immer nach rationalen Gesichtspunkten erfolgte, so war sie doch vor allem in Deutschland durch eine geradezu außergewöhnliche Dramatisierung gekennzeichnet. Die Reflexion über die möglichen Folgen jenes demografischen Veränderungsprozesses war stets überschattet von antimalthusianischen Gefahrenszenarios und apokalyptischen Untergangsängsten. Viele Wissenschaftler, Politiker und sonstige Personen des öffentlichen Lebens machten die sinkenden Geburtenraten für die von ihnen publizistisch inszenierte „nationale Tragödie“ verantwortlich und verwiesen dabei immer wieder auf die dreifache Gefahr der vermeintlichen Überalterung, Schrumpfung und letztlich gar Selbstauslöschung des deutschen Volkes. Aus diesem Grunde wurde die „demografische Transition“ als ein gänzlich abnormes und nachgerade pathologisches Phänomen (also eine „Volks-Krankheit“ im buchstäblichen Sinne) aufgefasst, welches es dringend zu korrigieren gelte.

Thomas Bryant

Dr. phil., geb. 1979; Historiker, Dozent in der historisch-politischen Erwachsenenbildung, lebt in Berlin.

post@thomas-bryant.de

Der demografische Diskurs durchlief in Deutschland vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine unheilvolle Entwicklung, die von Anfang an durch diskriminierende, segregierende und nicht zuletzt auch eliminatorische Überlegungen und Praktiken geprägt war. Seine zweifelsohne radikalste Ausprägung erreichte er innerhalb der pro- und antinatalistischen sowie genozidalen Bevölkerungspolitiken des „Dritten Reiches“. Dabei markierte die angewandte Demografie während der NS-Zeit zwar den verhängnisvollen Höhepunkt, aber keines-

wegs das Ende der politischen Instrumentalisierung bevölkerungsstatistischer Expertisen, deren Prophezeiungen als hochgradig beängstigend erachtet wurden. Letzteres lag im Zuge einer disziplinären Selbstinstrumentalisierung zum Teil durchaus in deren Intention, um sich auf diese Weise möglichst großen Einfluss zu verschaffen.

Wie im Folgenden auf der Grundlage zeitgenössischer Quellen erörtert wird, offenbart der demografische Diskurs in Deutschland über die politischen Systemumbrüche der Jahre 1918, 1933, 1945/1949 und 1989/1990 hinweg eine gewisse Kontinuität. Daran zeigt sich, dass die „demografische Alterung“ nicht nur eines der zentralen Themen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts war, sondern dass darüber hinaus im Falle Deutschlands auch von einer besonderen „demografischen Kultur“ mit einem ebenso besonderen „demografischen Gefahrsinn“ gesprochen werden kann, der letztlich bis heute wirkt.¹

„Deutschland in Gefahr“ – der Diskurs zwischen 1911 und 1945

1911 ist gewissermaßen das Stichjahr für die Diskussion über die demografische Alterung in Deutschland. Es war der Gynäkologe Max Hirsch, der in jenem Jahr einen Aufsatz unter dem Titel „Der Geburtenrückgang – Etwas über seine Ursachen und die gesetzgeberischen Maßnahmen zu seiner Bekämpfung“ veröffentlichte.² Auch wenn der Begriff „Geburtenrückgang“ hier erstmals im Titel einer Veröffentlichung auftauchte, so gab es bereits schon zuvor einige andere Autoren, die sich gleichermaßen mit diesem Gegenstand auseinandergesetzt hatten. In diesem Zusammenhang wäre etwa der Volkswirtschaftler und Staatswissenschaftler Karl Oldenberg zu nennen, der ebenfalls 1911 einen Aufsatz „Ueber den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer“ publizierte und darin den von

¹ Vgl. Thomas Bryant, Von der „Vergreisung des Volkskörpers“ zum „demographischen Wandel der Gesellschaft“. Geschichte und Gegenwart des deutschen Alterungsdiskurses im 20. Jahrhundert, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, (2007) 35, S. 110–127.

² Max Hirsch, Der Geburtenrückgang. Etwas über seine Ursachen und die gesetzgeberischen Maßnahmen zu seiner Bekämpfung, in: Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie, (1911) 5, S. 628–654.

ihm ausgemachten „Umschwung in den natürlichen Bevölkerungsvorgängen“ als „das weltgeschichtlich bedeutsamste Ereignis der letzten Jahrzehnte“ bezeichnete.³ Pionierarbeit leistete auch bereits 1909 der Nationalökonom Lujo Brentano, der – Oldenberg zufolge – „zum ersten Male das Thema“ des Geburtenrückgangs „in seiner ganzen Breite aufgerollt“ habe.⁴ Statistisch nachweisbar war der Rückgang der Geburtenziffern indes schon seit 1877.⁵

Den Diskurs prägten vor allem Mediziner und Rassenhygieniker, aber auch Nationalökonomien wie etwa Julius Wolf, der eines der wegweisenden Standardwerke zum Geburtenrückgang verfasste.⁶ In aller Regel erfolgte die Auseinandersetzung mit diesem Thema in einer auffällig polemischen, populistischen und nachgerade sensationslüsternen Art und Weise. Einer der Wegbereiter eines solchen – in der Folgezeit immer wieder nachgeahmten und nicht selten rhetorisch weiter radikalisierten – Stils war beispielsweise der Mediziner Carl Tönniges. In seiner programmatischen Schrift „Der Geburtenrückgang und die drohende Entvölkerung Deutschlands“ von 1912 geißelte er den Geburtenrückgang als „eine Krankheit des Staatsorganismus“.⁷

In seiner zu Beginn des Ersten Weltkrieges erschienenen Schrift „Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückgangs im Deutschen Reich“ stellte der Hygieniker und Bakteriologe Max von Gruber den stetig sinkenden „Kinderertrag“ – verschuldet durch eine in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung vorherrschende „Unterfrüchtigkeit“ – an den Pranger.⁸ Er beklagte das immer weiter um sich greifende „Zweikinder“- „Einkind“- bzw. „Keinkindsystem“ und machte in erster

³ Karl Oldenberg, Ueber den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, (1911) 32–33, S. 319.

⁴ Ebd., S. 325.

⁵ Vgl. Verena Steinecke, Menschenökonomie. Der medizinische Diskurs über den Geburtenrückgang von 1911 bis 1931, Pfaffenweiler 1996, S. 17–25.

⁶ Vgl. Julius Wolf, Der Geburtenrückgang. Die Rationalisierung des Sexuallebens in unserer Zeit, Jena 1912.

⁷ Carl Tönniges, Der Geburtenrückgang und die drohende Entvölkerung Deutschlands, Leipzig 1912, S. 2.

⁸ Max von Gruber, Ursachen und Bekämpfung des Geburtenrückgangs im Deutschen Reich, München 1913, S. 7.

Linie die aufkommende Sexualreformbewegung für die Erosion der traditionellen, kinderreichen Familie verantwortlich.⁹ Deren Akteure kämpften vor allem für die Emanzipation der Frau und sprachen sich beispielsweise für eine Legalisierung der Abtreibung sowie für „freie Liebe“ aus.

An vorderster Front, was die bevölkerungswissenschaftliche Exploration und politische Agitation betraf, kämpfte der Bevölkerungsstatistiker Friedrich Burgdörfer.¹⁰ Seit der Zeit der Weimarer Republik zählte er zu den einflussreichsten Akteuren innerhalb des deutschen Demografie- bzw. Alterungsdiskurses. Mit seinem 1932 veröffentlichten Hauptwerk „Volk ohne Jugend“ verhalf Burgdörfer diesem Diskurs endgültig zum Durchbruch, indem er „die drohende Schrumpfung und Überalterung des Volkskörpers“ aufs Schärfste verurteilte und sich zugleich energisch für eine „volkserneuende, volkserhaltende Familienpolitik“ aussprach, um so die „biologische Selbstvernichtung“ des deutschen Volkes abzuwenden.¹¹

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 stiegen demografische Themen in den Rang eines zentralen, gesamtgesellschaftlichen Politikums auf. Fortan wurden verschiedene bevölkerungspolitische Maßnahmen umgesetzt, die allesamt das Ziel verfolgten, die demografische Quantität und Qualität des deutschen „Volkskörpers“ unter rassenhygienischen bzw. eugenischen Gesichtspunkten zu regulieren – mit verheerenden Konsequenzen für die davon Betroffenen. Dazu zählten auch ältere Menschen, die im Sinne der NS-Ideologie als Vorboten des befürchteten „Volks- und Rassetodes“¹² und somit eines propagandistisch diffamierten „Volkes ohne Jugend“ (*Abbildung 1*) die abschreckende Negativfolie zu dem Idealbild einer „jugendlichen“ und „vitalen“ deutschen „Volksgemeinschaft“ repräsentierten.

⁹ Vgl. ebd., S. 14 und S. 54.

¹⁰ Vgl. Thomas Bryant, Friedrich Burgdörfer (1890–1967). Eine diskursbiographische Studie zur Geschichte der deutschen Demographie im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2010.

¹¹ Friedrich Burgdörfer, Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers, Berlin 1932, S. 89, S. 152 und S. 427.

¹² Ders., Aufbau und Bewegung der Bevölkerung. Ein Führer durch die deutsche Bevölkerungsstatistik und Bevölkerungspolitik, Leipzig 1935, S. 189.

tierten. Alte, kranke und pflegebedürftige Menschen galten als „unproduktive Ballast-Existenzen“, die dem deutschen Volk bei seinem „Kampf ums Dasein“ abträglich waren.¹³

Der alte Menschheitstraum von „ewiger Jugend“¹⁴ sowie die Utopie „einer alterslosen Gesellschaft“¹⁵ beförderten im „Dritten Reich“ einerseits einen überschwänglichen Jugendkult und andererseits diverse negative Altersstereotype und gerontophobe Affekte.¹⁶ Letztere wiederum manifestierten sich in alltäglicher Altersdiskriminierung bis hin zu Gerontoziden in Alters- und Pflegeheimen¹⁷ und bildeten damit den tragischen Zenit des deutschen Alterungsdiskurses im 20. Jahrhundert.

„Deutschland ohne Deutsche“ – der Diskurs zwischen 1945/1949 und 1989/1990

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende der NS-Diktatur kam der Alterungsdiskurs erst inmitten des bundesdeutschen „Wirtschaftswunders“ wieder in Gang. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Gründung eines Bundesministeriums für Familienfragen im Herbst 1953. Bundeskanzler Konrad Adenauer rechtfertigte dieses institutionelle Novum damit, dass „die wachsende Überalterung des deutschen Vol-

¹³ Vgl. Lil-Christine Schlegel-Voß, Alter in der „Volksgemeinschaft“. Zur Lage der älteren Generation im Nationalsozialismus, Berlin 2005, S. 281.

¹⁴ Vgl. Heiko Stoff, Ewige Jugend. Konzepte der Verjüngung vom späten 19. Jahrhundert bis ins Dritte Reich, Köln u. a. 2004.

¹⁵ Vgl. Domenica Tölle, Altern in Deutschland 1815–1933. Eine Kulturgeschichte, Graftschaff 1996, S. 320.

¹⁶ Vgl. Gertrud M. Backes, Alter(n) als „gesellschaftliches Problem“? Zur Vergesellschaftung des Alter(n)s im Kontext der Modernisierung, Opladen 1997; Gerd Biegel (Hrsg.), Geschichte des Alters in ihren Zeugnissen von der Antike bis zur Gegenwart, Braunschweig 1993; Stefan Pohlmann, Das Alter im Spiegel der Gesellschaft, Idstein 2004.

¹⁷ Susanne Hahn, Altersforschung und Altenpflege im Nationalsozialismus, in: Christoph Meinel/Peter Voswinkel (Hrsg.), Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus, Stuttgart 1994, S. 221–229; Susanne Hahn, Pflegebedürftige alte Menschen im Nationalsozialismus, in: Christoph Kopke (Hrsg.), Medizin und Verbrechen, Ulm 2001, S. 131–142.

Abbildung 1: Propagandaminister Joseph Goebbels bei der Eröffnung der Ausstellung „Die Frau“ am Berliner Kaiserdamm (März 1933)



Quelle: Bildarchiv des Bundesarchivs (Signatur: BArch Bild 102-14418).

kes“¹⁸ gefährlich und „die Bevölkerungs-
bilanz des deutschen Volkes (...) erschreckend“
sei.¹⁹ Sein zuständiger Fachminister Franz-
Josef Wuermeling malte gar das altbekannte
Schreckgespenst vom „allmähliche(n) Aus-
sterben unseres Volkes“ an die Wand.²⁰

Die inzwischen schon traditionsreiche De-
batte um das Für und Wider bzw. um die
Wirkmächtigkeit oder auch Wirkungslosig-
keit bevölkerungspolitischer (namentlich:
pronatalistischer) Maßnahmen war während
Wuermelings Amtszeit aufs Neue entflammt.
Als einer der ersten jener sowohl stilistisch als
auch inhaltlich neonazistisch angehauchten
Nachkriegspublizisten wagte sich ein gewisser
Dr. Findeisen aus der Deckung: 1957 beschäf-

¹⁸ Regierungserklärung Konrad Adenauers auf
der 3. Sitzung des II. Deutschen Bundestages am
20.10.1953, in: Verhandlungen des Deutschen Bun-
destages. Stenographische Berichte (2. Wahlperiode
1953), Bd. 18, Bonn 1954, S. 18.

¹⁹ Wortprotokoll vom „Kanzler-Tee“ am 20.10.1953
(Tee-Gespräch Nr. 47), in: Adenauer. Rhöndorfer Aus-
gabe, Teegespräche 1950–1954, Berlin 1984, S. 491.

²⁰ Franz-Josef Wuermeling, Staatliche Familienpoli-
tik?, in: Bonner Hefte. Zeitschrift für Politik, Wirt-
schaft und Kultur, (1953) 8, S. 3 f.

tigte er sich in seinem Buch „Europa stirbt und
merkt es nicht“ mit der von ihm ausgemachten
Gefahr des Alterungs- und Schrumpfungspro-
zesses der europäischen Völker – vornehmlich
des deutschen Volkes. „Durch die Überver-
mehrung der fremdrassigen Völker wird der
weiße Mensch langsam aber sicher verdrängt“,
so Findeisens Befürchtung. Als Gegenmaß-
nahme, um die „biologische Überrundung der
weißen Menschen“ und die „Alterskrise der
europäischen Völker“ zu verhindern, forderte
er eine umfassende Bevölkerungspolitik.²¹

Trotz des sogenannten Pillenknicks in der
Geburtenstatistik ab Mitte der 1960er Jahre
lässt sich erst wieder seit den 1980er Jahren
sowohl ein größeres mediales Interesse als
auch eine verstärkte Tendenz zur rhetorischen
Radikalisierung in Bezug auf den (bundes-)
deutschen Alterungsdiskurs konstatieren.²²
Anhaltspunkte für diesen Befund liefern Pu-
blikationen, die mit Titeln wie „Deutsch-

²¹ M. Findeisen, Europa stirbt und merkt es nicht,
Baden-Baden–Frankfurt/M. 1957, S. 23 und S. 137.

²² Tendenziell eher eine Ausnahme bildet „Der Spie-
gel“, der am 24. 3. 1975 titelte: „Sterben die Deutschen
aus?“

land – ohne Deutsche“ auf den Markt kamen und in denen sich die Autoren wortgewaltig über den mutmaßlichen deutschen „Genozid“ bzw. „Volksselbstmord“ empörten, da sie ob des Geburtenrückgangs „das deutsche Volk in der Todesspirale“ wähten.¹²³ Besonders krass waren auch die geschichtsrevisio-nistischen Auslassungen, in denen sich 1988 der umstrittene Soziologe Robert Hepp in seinem Pamphlet „Die Endlösung der Deutschen Frage“ erging. Er verstieg sich zu der Behauptung, dass wenn „die Bonner Politiker tatsächlich nur wegen der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik heute nichts gegen den Selbstmord des deutschen Volkes unternehmen“ würden, die Deutschen schließlich „am umgekehrten Nazismus‘ der Nachkriegspolitiker zugrunde“ gingen.¹²⁴ Immerhin habe die Bundesrepublik bereits das Stadium des „demographischen Untergangs“ erreicht, so dass „der ‚Volkstod‘ (...) die notwendige Folge des selbstmörderischen Geburtenrückgangs der Deutschen“ sei.¹²⁵

Ähnlich dramatisierend stellte sich der ebenfalls 1988 erschienene Sammelband „Sterben wir aus?“ dar. Darin sprach sich unter anderem der Astronomie-Professor Theodor Schmidt-Kaler in einer Untersuchung der „Psychosomatik des sterbenden Volkes“ vehement für „die Erhaltung des eigenen Volks- und Menschentums“ aus, um den deutschen „Volksbestand“ zu sichern, die „Geburtenkrise“ und das „selbstverordnete demographische Absterben“ zu überwinden sowie eine „Bevölkerungs-Impllosion“ zu verhindern. Anderenfalls müsse man allen Ernstes „das berechenbare Ende des deutschen Volkes auf dem Boden dieser Bundesrepublik“ in Betracht ziehen.¹²⁶

Gemeinsames Charakteristikum dieser vorwiegend populärwissenschaftlichen Publika-

¹²³ Vgl. Heinrich Schade, Genozid – Volksselbstmord, in: o. A., Deutschland – ohne Deutsche, Tübingen 1984, S. 1–14; Robert Hepp, Das deutsche Volk in der Todesspirale, in: ebd., S. 15–29.

¹²⁴ Robert Hepp, Die Endlösung der Deutschen Frage. Grundlinien einer politischen Demographie der Bundesrepublik Deutschland, Paris u. a. 1988, S. 91.

¹²⁵ Ebd., S. 39 und S. 69.

¹²⁶ Theodor Schmidt-Kaler, Bevölkerungsfragen auf der Tagesordnung der Zukunft, in: Bruno Heck (Hrsg.), Sterben wir aus? Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg/Br. 1988, S. 31, S. 33–37 und S. 45.

tionen ist die Tatsache, dass „demographische Trends als argumentativer Kern gesellschaftlicher Krisenszenarien“ benutzt wurden – und noch immer werden.¹²⁷ Der publizistisch ausgetragene deutsche Alterungsdiskurs war dabei zugleich auch immer ein existentialistischer Diskurs über das Wohl und Wehe, das Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Auf der Grundlage der jeweils aktuellen demografischen Maßzahlen des Statistischen Bundesamtes sowie daraus abgeleiteter „Krisenkalkulationen“ ließ und lässt sich so die Großgefahr eines vermeintlichen „Finis Germania“ heraufbeschwören.¹²⁸

„Deutschland gegen Methusalem“ – der Diskurs seit 1989/1990

Aufgrund der demografischen Veränderungen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung richtete der Deutschen Bundestag eine Enquête-Kommission ein, die sich ausführlich mit diesem Thema auseinandersetzte.¹²⁹ Der Kommission war es gelungen, die ideologisch aufgeladenen Begriffe „Vergreisung“ und „Volkstod“ weitestgehend durch den neutraleren Begriff „demografischer Wandel“ – der sich inzwischen mehrheitlich im allgemeinen Sprachgebrauch durchgesetzt hat – zu ersetzen und damit zugleich auch den Alterungsdiskurs insgesamt etwas zu versachlichen.

Ohne diesen semantischen Fortschritt wäre es um die Jahrtausendwende wohl nicht zur Herausbildung eines gänzlich neuen Diskursstranges gekommen, der nun erstmals nicht nur einseitig die Gefahren und Nachteile thematisiert, sondern ergänzend dazu auch die potenziellen Chancen und Vorzüge der demografischen Alterung mit in Betracht

¹²⁷ Bettina Bräuninger/Andreas Lange/Kurt Lüscher, „Alterslast“ und „Krieg zwischen den Generationen“? Generationenbeziehungen in aktuellen Sachbuchtexten, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, (1998) 1, S. 7.

¹²⁸ Vgl. Christiane Reinecke, Krisenkalkulationen. Demographische Krisenszenarien und statistische Expertise in der Weimarer Republik, in: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.), Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt/M.–New York 2005, S. 209–240.

¹²⁹ Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.), Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Bonn 2002.

zieht.^{f30} Dies beinhaltet ebenso die von der einschlägigen Publizistik erneut aufgeworfene Frage nach den Ursachen sowie nach alternativen Interpretationsmöglichkeiten der demografischen Alterung.^{f31} Dadurch gerät letztlich auch der vom Soziologen Franz-Xaver Kaufmann kritisierte „demografische Fatalismus“ ins Wanken,^{f32} da in zunehmendem Maße deutlich wird, dass der demografische Wandel grundsätzlich weder irreversibel noch alternativlos sein muss. Mithin mehrten sich seit einigen Jahren diejenigen Stimmen, welche zur Besonnenheit aufrufen, um „aus der Not eine Tugend“ zu machen.^{f33}

Der britische Ökonom Nicholas Strange war einer der ersten Autoren, die sich gegen die „Methusalem-Hysterie“ wandten, indem er erklärte, „warum wir mit dem Altern unserer Bevölkerung gut leben können“ und weshalb man – so der Titel seines 2006 erschienenen Buches – „keine Angst vor Methusalem“ zu haben brauche.^{f34} Dem vorausgegangen war 2004 „Das Methusalem-Komplott“ von Frank Schirmmacher, mit dem der Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ entscheidend zur weiteren Intensivierung und Popularisierung der medialen Auseinandersetzung mit dem Phänomen des demografischen Wandels beitrug.^{f35}

Schirmmacher plädierte für eine gleichsam gerontokratische Verschwörung der Alten gegenüber den Jungen, um sich im Zuge des heraufziehenden Generationenkonflikts

^{f30} Vgl. z. B. Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist, Frankfurt/M.–New York 2007; Antje Schrupp, Methusalems Mütter. Chancen des demografischen Wandels, Königstein/Ts. 2007.

^{f31} Vgl. z. B. Meike Dinklage, Der Zeugungsstreik. Warum die Kinderfrage Männersache ist, München 2006; Susanne Gaschke, Die Emanzipationsfalle. Erfolgreich, einsam, kinderlos, München 2005, S. 94.

^{f32} Franz-Xaver Kaufmann, Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/M. 2005, S. 31.

^{f33} Vgl. Axel Börsch-Supan, Aus der Not eine Tugend. Zukunftsperspektiven einer alternden Gesellschaft, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.), Gesellschaft ohne Zukunft? Bevölkerungsrückgang und Überalterung als politische Herausforderung, Bad Homburg 2004, S. 81–91.

^{f34} Nicholas Strange, Keine Angst vor Methusalem! Warum wir mit dem Altern unserer Bevölkerung gut leben können, Hannover 2006.

^{f35} Frank Schirmmacher, Das Methusalem-Komplott, München 2004.

behaupten zu können. Demgegenüber hob Strange darauf ab, dass die demografische Alterung nicht notwendigerweise katastrophale Folgen haben müsse, zumal angesichts des erwartbaren Produktivitätsfortschritts sowie des ausreichenden Reservoirs an Arbeitskräften der wirtschaftliche Wohlstand auch in Zukunft nicht gefährdet sei.

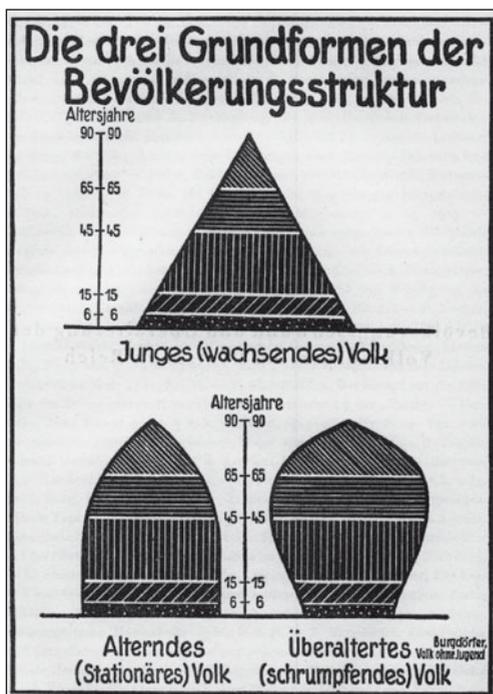
In geradezu paradigmatischer Weise repräsentieren diese beiden Autoren mit ihren Büchern das für den deutschen Alterungsdiskurs des frühen 21. Jahrhunderts charakteristische Hin- und Herschwanken zwischen zwei Extrempositionen: resignative Schicksalsergebenheit einerseits und tatkräftiger Gestaltungswille andererseits. Ungeachtet dieser Ambivalenz bleibt festzuhalten, dass der diskursive Schwerpunkt nach wie vor eindeutig auf den „Gefahren“ des demografischen Wandels liegt – vorrangig im Bereich der staatlichen Wohlfahrtspolitik. Die letztgenannte Sichtweise offenbarte sich auch 2003 in einer Rede des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering: „Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demografie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.“^{f36}

Aus dem deutschen Demografie-Diskurs gar nicht mehr wegzudenken ist zudem die allgemein geläufige, schon in der Weimarer Republik durch Burgdörfer in Umlauf gebrachte grafische Illustration des demografischen Wandels in Gestalt einer urnenförmigen (*Abbildung 2*) oder auf dem Kopf stehenden Alterspyramide.^{f37} Die Urne als geradezu archetypisches Sinnbild für die Vergänglichkeit eines Individuums wird hierbei als aufschreckendes Warnsymbol auf die Mortalität eines ganzen Volkes projiziert. Das gilt genauso für die paradoxe Metapher von der den physikalischen Naturgesetzen trotztenden Pyramide, weil darin die imaginierte Abnormalität der vormals „normalen“, „natürlichen“ bzw. „gesunden“ Altersstruktur veranschaulicht wird. Unverkennbar

^{f36} Zit. nach: Verdi-Bundesvorstand (Hrsg.), Mythos Demografie, Frankfurt/M. 2003, S. 1.

^{f37} Vgl. Andrea Tichy/Roland Tichy, Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München 2003.

Abbildung 2: „Die drei Grundformen der Bevölkerungsstruktur“ (Pyramide, Glocke und Urne) nach Friedrich Burgdörfer



Quelle: Friedrich Burgdörfer, Volk ohne Jugend. Geburtenchwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers, Berlin–Heidelberg 1938³, S. 112.

waren und sind all diese rhetorischen und visuellen Popularisierungsstrategien ein „Erfolgsrezept“ für die kontinuierliche Selbstreproduktion der deutschen Alterungsangst.

Schlussbetrachtung

Aus gutem Grund vertritt die Soziologin Elisabeth Beck-Gernsheim die These, dass „die aktuelle Dramatisierung des Geburtenrückgangs wesentlich ein Medienereignis“ sei, bei dem aufgrund der täglichen „Konkurrenz um Aufmerksamkeit, Schlagzeilen, Verkaufszahlen“ altbekannte Fakten als brandneue Sensationsmeldungen verkauft werden sollen. Zurecht weist sie auch darauf hin, dass sich geschichtskundige Zeitgenossen durchaus darüber im Klaren seien, dass es „ähnliche Debatten (...) auch schon früher gegeben“ habe.³⁸

³⁸ Elisabeth Beck-Gernsheim, Die Kinderfrage heute. Über Frauenleben, Geburtenrückgang und Kinderwunsch, München 2006, S. 12.

Folglich hält sich der tatsächliche Neuigkeitswert der meisten medienwirksam gestalteten demografischen Prognosen und Prognosezeiungen in Grenzen. Immerhin kann das Unbehagen gegenüber demografischen Veränderungsprozessen vor allem in Deutschland auf eine ebenso lange wie wechselvolle Tradition zurückblicken. Und deshalb steht auch zu vermuten, dass der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin, der mit seinem bevölkerungspolitisch argumentierenden Buch „Deutschland schafft sich ab“ 2010 binnen weniger Tage einen vieldiskutierten Bestseller landete, welcher 2011 sogar zum auflagenstärksten Sachbuch nach 1945 avancierte, nicht der letzte Erbwalter dieser bedenklichen „nationalen Tradition“ bleiben wird.³⁹ Dass namentlich „Alterungsangst“ und „Todesgefahr“ fortwährend publizistisch inszeniert und nicht selten auch politisch instrumentalisiert wurden und werden,⁴⁰ gehört schließlich seit dem frühen 20. Jahrhundert zu den zählebigsten diskursiven Kontinuitäten der deutschen Geschichte und Gegenwart.

Somit wird auch künftig die gefährliche Nähe von Demografie und Demagogie – gerade im Zeitalter der (massen)medialen Demokratie – sicherlich allenthalben zu beobachten sein. Die schier unerschütterliche Persistenz jenes „apokalyptischen Bevölkerungsdiskurses“ ist in gewisser Weise „ein ewigwährender Untergang“.⁴¹ Dass „die aktuelle Erregungskurve (...) ihre historischen Vorläufer“ hat, veranlasst schließlich auch den Bevölkerungswissenschaftler Ralf Ulrich zu der ebenso ironischen wie berechtigten Zuspitzung: „Wir sterben immer wieder aus.“⁴²

³⁹ Sarrazin behauptet zum Beispiel: „Was wird denn in Deutschland geschehen, wenn das deutsche Volk still dahinscheidet? (...) Wir Deutschen (...) ziehen uns still aus der Geschichte zurück nach der Gesetzmäßigkeit der Sterbetafel des Statistischen Bundesamtes.“ Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010, S. 346 und S. 394.

⁴⁰ Erinnert sei in diesem Zusammenhang zum Beispiel auch an die „Kinder statt Inder“-Debatte im Jahr 2000.

⁴¹ Thomas Etzemüller, Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2007.

⁴² Ralf E. Ulrich, Wir sterben immer wieder aus, in: Die Welt vom 11. 5. 2006, S. 9.

APuZ

Nächste Ausgabe

12/2011 · 21. März 2011

Ökonomische Bildung

Hermann May

Ökonomische Bildung als Allgemeinbildung

Rudolf Schröder · Dirk Loerwald

Institutionalisierung im allgemeinbildenden Schulwesen

Thomas Retzmann

Kompetenzen und Standards der ökonomischen Bildung

Hans J. Schlösser

Finanzkompetenz

Ilona Ebberts

Entrepreneurship Education

Andreas Liening

E-Learning in der ökonomischen Bildung

Wolfgang Gaiser · Martina Gille · Johann de Rijke

Jugend in der Finanz- und Wirtschaftskrise

G.-E. Famulla · A. Fischer · R. Hedtke · B. Weber · B. Zurstrassen

Bessere ökonomische Bildung: problemorientiert, pluralistisch, multidisziplinär

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
25. Februar 2011

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißensefstraße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 34,90 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 19,00 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fsd-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Demografischer Wandel *APuZ* 10–11/2011

- Björn Schwentker · James W. Vaupel*
3–10 **Eine neue Kultur des Wandels**
Wir leben nicht nur länger, sondern bleiben auch immer länger gesund. Die gewonnene Lebenszeit eröffnet große Chancen für positiven gesellschaftlichen Wandel. Im Zentrum sollte eine Umverteilung der Arbeit stehen, die nicht nur das Rentensystem verändert.
- Tilman Mayer*
11–18 **Demografiepolitik – gestalten oder verwalten?**
Im November 2009 beschloss die Bundesregierung die Ausarbeitung einer Demografiestrategie. Dieser Schritt kann jedoch nur ein Anfang sein. Wünschenswert wäre es, wenn die Aufgaben, die jetzt noch auf viele Ministerien verteilt sind, in einem eigenen Demografieministerium koordiniert würden.
- Axel Börsch-Supan*
19–26 **Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels**
Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für die Alters- und Gesundheitsvorsorge sowie das ganze Wirtschaftssystem. Seine ökonomischen Auswirkungen sind jedoch kein unabänderliches Schicksal, sondern können mit Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreformen in Chancen umgewandelt werden.
- Norbert F. Schneider · Jürgen Dorbritz*
26–34 **Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur**
Seit den 1970er Jahren gehört Deutschland zu den Ländern mit dem weltweit niedrigsten Geburtenniveau. Dabei gibt es in den Fertilitätsmustern noch große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Generell gilt aber: Je höher eine Frau gebildet und je „berufstätiger“ sie ist, desto weniger Kinder bekommt sie.
- Hans Dietrich von Loeffelholz*
34–40 **Demografischer Wandel und Migration als Megatrends**
Nach aktuellen Vorausberechnungen wird sich die Bevölkerung in Deutschland bis 2060 auf 77 bis 62 Millionen Einwohner verringern. Um die Versorgung der Wirtschaft mit ausreichend Fachkräften zu erreichen, müssen Schätzungen zufolge jährlich mindestens 27 000 gut ausgebildete Menschen einwandern.
- Thomas Bryant*
40–46 **Alterungsangst und Todesgefahr – der deutsche Demografie-Diskurs**
Seit nunmehr hundert Jahren wird in Deutschland über das Phänomen des „demografischen Wandels“ diskutiert. Noch immer ist die publizistisch inszenierte und politisch instrumentalisierte Angst vor der „Vergreisung“ und dem „Aussterben“ des „deutschen Volkes“ durch geradezu paranoide Züge geprägt.